

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Anzeigener Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragener in der Post-Beilage.
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7078.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Spalte
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf.,
 „Klein Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 24. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die deutsche Socialreform.

Die Staatsdebatte im Reichstag verblieb am Donnerstag nicht bei den Jagdhaftigkeiten der jede socialpolitische Langsamkeit schätzenden Centrumsfraktion, sondern gestaltete sich durch das Eingreifen der Socialdemokratie zu einer eindringlichen Abrechnung mit der Socialpolitik des Grafen Posadowsky, die würdig an der Seite steht der Vortragspolitik desselben Regierungschefs.

Der Beginn der Sitzung brachte dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern freilich noch keinerlei Unannehmlichkeiten. Herr Wassermann sprach zwar für den socialpolitisch geneigten Teil der nationalliberalen Partei, aber diese nationalliberale Socialpolitik, die nicht hindert, daß ihre Vertreter mit den schroffsten Scharfmachern in derselben Partei sitzen, ist für das Unternehmertum und damit für die Regierung wahrlich nicht aufregend. Herr Wassermann steht gleich Herrn Heye auf demselben socialpolitischen Boden wie die Regierung des Grafen Posadowsky; weder denkt er an gründlich eingreifende Reformen für die Arbeiterklasse noch denkt er daran, wenn die Regierung selbst seine milden Anregungen mit andauernder Nichtbeachtung beantwortet, irgendwelche ernsthaften Maßnahmen zu ihrer Durchführung zu ergreifen. Wie hochgesteckte Ziele die Wassermannsche Socialpolitik verfolgt, zeigt die Erklärung des nationalliberalen Redners, daß er in der Forderung eines Gesetzes behufs Einwirkung der Regierung auf Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise eine der wichtigsten Aufgaben der Socialreform für die nächsten Jahre erblickt. Tatsächlich ist die dem Reichstage vorgelegte Resolution eine lächerliche Nichtigkeit, da das Eingreifen der Regierung erfordert wird, sofern in einer Kommune Unternehmern und Arbeiter den Arbeitsnachweis fordern. Die Kommunen möge man nachweisen, in denen Arbeitsnachweise nicht geschaffen werden, wenn — die Unternehmer es wollen.

Unser Parteigenosse Fischer-Berlin, der nach Herrn Wassermann das Wort nahm, begann dem auch sogleich mit einer entschiedenen Kritik der socialpolitischen Kritik des Centrums und der Liberalen. Er charakterisierte diese Art Socialpolitik in dem Wort: Socialreform — ja! Aber den Unternehmern Geld kosten — das darf sie nicht! Und die Machtbefugnisse des Unternehmertums schmälern — das wäre Todsünde!

Dann wandte sich Fischer temperamentvoll und in schlagenden Worten gegen den Kurs Posadowsky. Zurückblickend auf die Geschichte des deutschen Arbeiterschutzes seit 1800 wies er die Hohlheit des socialreformatorischen Nihilismus in Deutschland nach, zeigte, wie unendlich wenig in mehr als drei Jahrzehnten geschaffen worden ist und wie nach mehrmaligen Anläufen die Socialreform immer wieder kurzatmig versagte. Eine ausführliche Betrachtung widmete der socialdemokratische Redner den Arbeiterchutzversuchen der 90er Jahre; er legte die völlige Unzulänglichkeit der vereinzelten Schutzverordnungen dar, zu denen sich die Regierung schließlich gedrängt sah, und stellte in klarem Licht den großen Gegensatz zwischen der Art Socialpolitik, welche die Regierung befolgt, und einer ernsthaften Socialpolitik, wie sie den Interessen der Arbeiterklasse dient, wie sie die Arbeiterklasse fordert und wie sie besonders dringlich ist in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, da die Arbeiterschaft besonders schwer getroffen ist. Die Regierung erschöpft sich in kleinlichen Bemühungen um den sanitären Maximalarbeitstag, zu dessen Vorbereitung für jeden einzelnen Beruf sie lange Jahre gebraucht, um schließlich eine Arbeitszeit vorzuschreiben, die dem denkbar ärgsten Maß der Ausbeutung den Stempel der Gefährlichkeit verleiht. Das ist die Karikatur der Socialreform! Die Socialdemokratie fordert den Maximalarbeitstag für die gesamte Arbeiterklasse, den sofortigen Neinstundentag, dessen Durchführbarkeit außer Zweifel ist, und die baldige Erreichung des Achtstundentages. Das ist Socialreform! Wenn die deutschen Arbeiter in den letzten Jahrzehnten irgendwelche vorwärts gekommen sind, so nicht durch die Scheinreformen und Verdrängungen der Regierung, sondern durch die eigene Kraft, durch die wachsende Macht ihrer Organisationen!

Ein weiterer Abschnitt der Rede Fischers brachte eine sehr interessante Kritik der Stellung des Reichsamts des Innern zum Fabrikinspektorat. Durch das Drängen der Socialdemokratie im Reichstage ist das Reichsamt des Innern dazu genötigt worden, die Fabrikinspektorenberichte aller Bundesstaaten anstatt des früheren Uebersichtsbandes dem Reichstage vorzulegen. Nun aber redigiert man die sämtlichen Berichte im Reichsamt des Innern und verhindert, daß das, was die Fabrikinspektoren selbst sagen, vollständig in die Öffentlichkeit gelangt. Kein Wunder, daß Reformvorschlüsse, wie sie wenigstens einige fortgeschrittene Inspektoren in früheren Berichten zum Leidwesen des Unternehmertums gemacht haben, jetzt gänzlich verschwunden sind!

Wer noch mehr! Fischer bedachte die bisher unbemerkte gebliebene Tatsache auf, daß das Reichsamt des Innern den Fabrikinspektoren aufgegeben hat, sich künftig nicht mehr über die allgemeine Lebenslage der Arbeiter, über Ernährungsverhältnisse und dergleichen in ihren Berichten auszusprechen! Auch allzu milde Urteile der Gerichte bei Uebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen sollen in den Berichten der Inspektoren nicht mehr Erwähnung finden dürfen!

Die Rede Fischers zog den Vertreter der socialpolitischen Messias zur Antwort. Graf Posadowsky hielt seine Erwiderung auf die scharf gezielten Angriffe des socialdemokratischen Redners in überaus milder Form, was um so mehr auffiel, als Fischer schließlich auch die Person des Staatssekretärs schwer traf durch den Hinweis, daß er im vielberühmten 12 000 Mark-Bettel seinen Untergebenen geopfert habe, während er selbst die Schuld begangen. War die Milde in der Antwort des Staatssekretärs verursacht durch das Empfinden, daß er in Ermangelung der Möglichkeit wirk-

samer Abwehr gut thue, sanftere Saiten zu spielen? Graf Posadowsky wußte auf die Feststellung seiner Schuld im Vitzgang beim Scharfmacherverband nichts zu erwidern und gestand durch Schweigen die Nichtigkeit jener Feststellung zu. Im übrigen begann er mit einer auch nicht ganz üblichen Anerkennung der Socialdemokratie im Reichstag als Fürsprecherin der Arbeiterinteressen; was er dabei vom Aufgeben des Zukunftsstaates sagte, ist zwar sehr irrig, aber nicht ohne Reiz aus dem Munde eines einst begeisterten Befürworters von Umsturz- und Zuchtansgelegen. Den Hauptteil seines Abwehrversuches machte der Staatssekretär den Anweisungen widmen, durch die er die Fabrikinspektoren zur Versammlung ihrer Verichterstattung genötigt hat. Graf Posadowsky suchte diese Anschuldigungen Fischers in Ruhmedienheiten seiner Socialpolitik zu verwandeln. Wenn die Inspektoren über die allgemeine Lage und die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter nicht berichten sollen, so sei das nur angeordnet, weil eine alljährliche Verichterstattung nicht wertvoll sei und weil die Absicht bestehe, zu geeigneter Zeit einmal gründlich diese Verhältnisse behandeln zu lassen. Wenn die Inspektoren die milden Gerichtsurteile nicht mitteilen sollen, so nur, weil sie aufgefordert sind, solche Vorkommnisse unmittelbar an ihre vorgesetzte Behörde zu berichten, damit diese den Rechtsweg verfolgen könne.

Es ist nur selbstam, daß der Staatssekretär diese Aufklärungen nicht schon früher gab, als das badische Fabrikinspektorat, wie dem Grafen Posadowsky bekannt war, Klage über die angeordneten Neuerungen erhob. Der Staatssekretär wartete erst, bis ein socialdemokratischer Vertreter jene Klage vor die weitere Öffentlichkeit zog! Aber die guten Absichten, die der Staatssekretär so spät seinem Verhalten unterlegt, können überhaupt keinen Anspruch auf Anerkennung erheben. Wenn ein umfassender Bericht über die Lage der Arbeiterschaft drabachtet ist, so schließt ein solcher Bericht nicht aus, daß alljährlich das, was die Inspektoren beobachtet haben und was geeignet ist, eine aktuelle Einwirkung auf die Gesetzgebung zu haben, gleichfalls berichtet wird. Wenn nach fünf oder acht Jahren die Inspektoren einen Rückblick über die Arbeiterlage im Jahre 1902 geben dürfen, so ist das freilich dem Grafen Posadowsky anzunehmen, als wenn sie etwa jetzt durch ungenügende Mitteilungen den Suchertarif gefährden können! Und ebenso ist nicht zu verstehen, warum die Meldung der allzu milden Gerichtsurteile an die vorgesetzte Behörde, die durchaus zu billigen, ja selbstverständlich ist, einen Grund für die Nichtmitteilung derselben Vorkommnisse in den für die Öffentlichkeit bestimmten Berichten abgeben kann. Nach der Absicht des Grafen Posadowsky werden alle diese dem Unternehmertum peinlichen Angelegenheiten in den Aktenmappen der Behörden begraben und die Öffentlichkeit erfährt nicht mehr davon.

So ist es dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern nirgends gelungen, seine Socialpolitik besser erscheinen zu lassen als sie ist.

Nach dem Staatssekretär sprach noch Abgeordneter Böfke, der zwar die Ueberschätzung des liberalen Arbeiterschutzes-Antrages teilte, aber manches gutes Wort gegen die Rückständigkeit der Reichsocialpolitik und den absolutistischen Uebermut gewisser Unternehmertreife fand. Nachdem schließlich Abg. Beck für den Vogelsschutz gesprochen und eine befriedigende Antwort vom Regierungslisch erhalten hatte, wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

Zolltarif-Kommission.

Die Beratung wendete sich am Donnerstag der Ziffer 11 des § 5 des Zolltarif-Gesetzes zu. Hier werden zollfrei gelassen Kunstgegenstände, die für öffentliche Kunstanstalten und öffentliche Sammlungen, sowie auch andere Gegenstände, die für öffentliche Anstalten oder öffentliche Sammlungen zu Lehr- oder Anschauungszwecken eingeht; ferner Statuen aller Art einschließlich der Wäfen, Reliefs und Tierfiguren, die zu öffentlichen Kunstanstellungen eingeht, sofern sie Kunstgegenstände sind und das Ursprungsland für derartige Gegenstände deutschen Ursprungs- Gegenseitigkeit gewährt.

Die Socialdemokraten beantragen folgende Fassung: „Zollfrei bleiben Kunstgegenstände, welche zu Kunstanstellungen, oder für öffentliche Kunstanstalten, oder öffentliche Sammlungen, sowie andere Gegenstände (einschließlich Naturalien), die für Bibliotheken, andere wissenschaftliche Sammlungen oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingeht.“

Singer weist zur Begründung darauf hin, daß der socialdemokratische Antrag sich dem bestehenden Gesetz anschleie. Man sollte doch keinen Anlaß haben, den Verkehr mit Gegenständen, die zur Förderung der Kultur eingeht, zu beschränken.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Es sind Mißbräuche vorgekommen: Sachen sind als Kunst- und Ausstellungsgegenstände eingeführt worden, die als Gebrauchsgegenstände zu betrachten sind. Es liegt kein Grund vor, den Leuten, die sich teure Gegenstände auf Kunstanstellungen kaufen, den Zoll darauf zu erlassen. Nur wenn Gegenseitigkeit gewährt wird, sind Ausnahmen zuzulassen.

Gothein fragt an, ob nicht Petitionen von Antiquitätenhändlern vorliegen. Unsere Kunst- und Kunstgewerbeschüler müssen Lehr- und Anschauungsgegenstände haben, die sie meistens nur durch den Antiquitätenhändler beziehen können.

Schauspielrät v. Thielmann: Der deutsche Antiquitätenhandel sitzt nur in München, Dresden, Berlin und einigen andern Städten. Italien und Paris haben das Hauptgeschäft darin. Zu Venedig und Florenz werden viele Gegenstände angefertigt, die als Antiquitäten in den Handel kommen. Alle diese Dinge kommen für Kunst- und Lehrzwecke gar nicht in Betracht. Gegen diesen Mißbrauch müßte man einschreiten.

Stadthagen: Eine erhebliche Beschränkung des geltenden Gesetzes solle hier ohne jeden Grund vorgenommen werden. Da, wo sich Mißbräuche herausgestellt haben, hat das Finanzministerium bereits jetzt erhebliche Einschränkungen getroffen, indem es die Einfuhr von Gobelins „für Private“ unter Zoll stellte. Altlerkimer finden nur dann freie Einfuhr, wenn ihr Wert nur in ihrem Alter begründet ist. Die Kunst ist international und jeder Künstler ist auf Anregungen aus dem Auslande angewiesen. Will man Kultur und Kunst fördern, dann muß auch unser Antrag angenommen werden. Die Naturalien müssen frei eingeht, weil sie zur Förderung der Naturerkenntnis nötig sind. Der finanzielle Effekt der in Ziffer 11 vorgeschlagenen Beschränkungen ist minimal; der kulturelle Schaden aber kann groß sein.

Reitich (L.) hält den socialdemokratischen Antrag unter Hinweis auf die Gegenseitigkeitsklausel für überflüssig.

Dr. Veumer (natl.): Amerika legt einen hohen Zoll auf die Einfuhr deutscher Kunstgegenstände. Die deutschen Künstler klagen, daß wir schon zu viel internationale Kunstanstellungen haben, durch die viele ausländische Kunstwerke deutschen Künstlern zugeführt werden. Wir müssen eine nationale Kunst haben.

Speck (C.) beantragt, im socialdemokratischen Antrag hinter „Sammlungen“ öffentliche Anstalten zu setzen.

Gothein (fr. Sp.): Die Kunstanstalten sind auf die Händler angewiesen. Diese haben den Zoll zu bezahlen und wälzen ihn dann bei der Preisberechnung auf die deutschen Museen ab.

Dr. Paasche (natl.): Das Reich braucht das Geld. Der Zoll muß also auch für Gegenstände des Kunstgewerbes genommen werden.

Dr. Zwick (fr. Sp.): Die Fortschritte des deutschen Kunstgewerbes sind namentlich auf Anregungen des Auslandes zurückzuführen. Auch in Bezug auf die Herstellung von Lehrmitteln ist uns das Ausland oft überlegen.

Singer: Die deutsche Kunst hat nur dadurch ihre Höhe erreicht, weil unsere Künstler nicht auf dem beschränkten Standpunkt der nationalen Kunst standen und Anregungen folgten, wo sie sie fanden. Wenn Amerika sich abschließt durch die Zölle auf Kunstgegenstände, sind die amerikanischen Kunstfreunde zu Reisen in das Ausland gezwungen. Das deutsche Kunstgewerbe würde durch die Abänderung schwer geschädigt werden. Man sollte bei jeder Zollbestimmung die Petitionen vortragen, die sich hierauf beziehen. Die Petitionen können doch nicht für erledigt erklärt werden, wenn man sie bei den zutreffenden Stellen nicht berücksichtigt. Ueber dem fiskalischen Zweck muß der kulturelle stehen.

Dr. Stein (C.) erklärt sich für den socialdemokratischen Antrag und wünscht nur, daß vor dem Wort „Bibliotheken“ das Wort „öffentliche“ eingeschaltet wird.

Direktor im Reichsamt des Innern **Wermuth** hebt hervor, daß Kunstanstellungs-Gegenstände zollfrei eingeht, und daß nur dann Zoll zu bezahlen ist, wenn sie verkauft werden.

Auf eine Anfrage **Brümel** befragt Geheimrat **Wermuth**, daß im Wirtschaftlichen Ausschuss keine Sachverständigen über die in Rede stehende Angelegenheit vernommen worden seien.

Stadthagen wendet sich gegen Veumer, das Gute und Schöne ist nie an nationale Grenzen gebunden.

Gothein beantragt folgende Fassung: Kunstgegenstände, die für öffentliche Kunstanstalten und öffentliche Sammlungen, sowie auch andere Gegenstände, die für öffentliche Anstalten oder öffentliche Sammlungen eingeht, ferner Kunstgegenstände, die zu öffentlichen Kunstanstellungen eingeht.

Der socialdemokratische Antrag wird hierauf mit 12 gegen 11 Stimmen in folgender Fassung angenommen: „Zollfrei bleiben: Kunstgegenstände, welche zu Kunstanstellungen oder für öffentliche Kunstanstalten oder öffentliche Sammlungen, sowie auch andere Gegenstände, die für Bibliotheken oder andere wissenschaftliche Sammlungen öffentlichen Charakters oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingeht.“ Für den Antrag stimmen die Socialdemokraten, Freisinnigen, Centrum, Reichspartei und der Antifemist, dagegen die Nationalliberalen und Konservativen.

Ziffer 12 des § 5 läßt zollfrei: Naturalien, die zum Bau, zur Ausbesserung oder zur Ausrüstung von See- oder Flußschiffen verwendet werden, mit Ausnahme des Kajüts- und Rüchensgutes. Von der Begünstigung sind die zu Luxuszweden bestimmten Plintheen- und Tischschiffe ausgeschlossen. Die näheren Bestimmungen erklärt der Bundesrat.

Gothein (fr. Sp.) beantragt die Worte „mit Ausnahme des Kajüts- und Rüchensgutes“ zu streichen.

Geyer (Soc.) beantragt nach „verwendet werden“ einzuschalten: „sofern sie nicht aus Waren hergestellt sind, die von Deutschland aus nach dem Ausland billiger verkauft sind, als Waren der gleichen Art in Deutschland verkauft zu werden pflegen.“

Gothein (fr. Sp.) und **Geyer (Soc.)** begründen ihre Anträge, **Brümel** unterstützt sie, während sich Unterstaatssekretär **Fischer** gegen sie erklärt.

Mollenhuth (Soc.): Bei Ablehnung des Antrages Gothein würden die Hamburger Werften gegenüber den im Zollgebiet gelegenen sehr im Vorteil sein. Nur die deutschen Händler hätten den Vorteil.

Handelsminister Müller: Die von der Regierung vorgeschlagene Fassung des Absatzes 12 sei von den Sachverständigen aufgegeben worden, welche auch erklärten, daß alle Schiffsausrüstungs-Gegenstände im Inlande bezogen würden.

Abg. Speck (C.): Er sei kein Freund der Ausnahmen für Schiffsmaterialien, für die Zollfreiheit bestehe kein Bedürfnis. Er sei entschieden gegen den Antrag Gothein.

Dr. Veumer (natl.) wendet sich gegen den Antrag Geyer und verteidigt sich gegen den Vorwurf, als hätten die deutschen Werks-

Schmablonkurrenz getrieben. Man habe die Werke nur arbeitsfähig erhalten wollen.

Direktor Vermuth: Es seien zweimal Sachverständige vernommen worden, das erste Mal auch Vertreter der Reederei, die erklärt haben, daß sie vom Auslande keine Schiffsbauaterialien beziehen.

Gothein erklärt, die Hamburger Reeder hätten einem Antrag zugestimmt, man solle bei dem jetzigen Zustand bleiben.

Kardorf glaubt, daß die Zollfreiheit des Materials nicht nötig ist. Amerika hat nicht die Zollfreiheit und im vorigen Jahre mehr Schiffe gebaut als Deutschland.

Wolkenbüh: Die Amerikaner bauen Schiffe und geben Subventionen. Die Steuerzahler müssen dort Gelder ausbringen, die schließlich von den Eisenartefakten eingezogen werden.

Unter Ablehnung der beiden Abänderungsanträge wird Ziffer 12 des § 5 unverändert angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Verlin, den 23. Januar.

Zolldebatte im Abgeordnetenhaus.

Die zweite Lesung des Stats der Domänenverwaltung, mit der sich das Abgeordnetenhaus am Donnerstag beschäftigte, bot den Agramern wieder einmal Gelegenheit, Propaganda für den Buderzoll zu machen. Die Einnahmen aus den Domänenverpachtungen sind zurückgegangen, Grund genug, um ein großes Geschrei über die Not der Landwirtschaft anzustellen! Die Führung im Kampfe um höhere Zölle überließen die Herren diesmal dem neuen Landwirtschaftsminister, Herrn von Rodzielski, der denn auch ihre Interessen in einer Weise vertrat, wie es besser selbst die Camp, Wangenheim und Mendel-Steinfelds nicht vermögen. Auf das Veredle näher einzugehen, hat keinen Zweck, da die agrarischen Debatanten, deren wir in den letzten Tagen wahrlich genug gehabt haben, sich gleichen, wie ein Ei dem andern. Bemerkenswert sei mir, daß die Agrarier durch den nationalliberalen Professor Friedberg kräftig unterstützt wurden, während die Freisinnigen Dr. Erüger und Dr. Barth die Argumente der Brotwucherer widerlegten.

Am Freitag um 11 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

Ein „revolutionärer“ Centrumsantrag.

Gegen die indirekten Kommunalsteuern hat nun auch das Centrum einen noch über den freisinnigen Antrag hinausgehenden Antrag in der Zollkommission eingebracht. Das Centrum verlangt:

Nach dem § 10 des Zollgesetzes einen Paragraphen folgenden Inhalts einzuschalten: „Die Erhebung von Gemeinde-Abgaben auf Nahrungsmittel, welche nach diesem Gesetze und dem nachstehenden Zolltarif bei der Einfuhr zollpflichtig sind, ist untersagt.“

Kein Zweifel, daß dieser Antrag eine Mehrheit finden wird; denn Socialdemokraten und Freisinnige, die dem Antrag zustimmen werden, bilden mit dem Centrum die Mehrheit, auch wenn die Konservativen sich ablehnend verhalten.

Dieser Centrumsantrag bedeutet die schärfste Kritik des Zolltarifs und des gesamten indirekten Steuerwesens überhaupt. Denn wenn das Centrum die verhältnismäßig sehr niedrigen Steuerätze mißbilligt, die in den Städten auf Lebensmittel erhoben werden, um wie viel mehr muß es erst die unendlich höheren Zölle und Verbrauchssteuern bekämpfen, die das Reich fordert. So dankenswert dieser Centrumsantrag ist, so gewährt diese kleine Nuße doch noch keinen Anlaß für die große Schande des Zollwuchers im Reich.

Was aber bedeutet dieser plötzliche Antrag in der gegenwärtigen Situation unter dem politischen Gesichtspunkt?

Die Aufhebung der indirekten Kommunalsteuern würde in vielen Gemeinden das ganze Finanzwesen revolutionieren. Denn wenn auch die einzelnen Steuerätze verhältnismäßig gering sind, die große Masse des städtischen Verbrauchs bringt es doch schließlich mit sich, daß die Erträge an indirekten Steuern eine bedeutende Rolle in den Gemeinde-Stats spielen.

Brot- und Fleischsteuern werden in sehr vielen Gemeinden erhoben, die große Summen aufbringen. Wiesbaden erhob 1898 von Getreide und Mehl 25 646 M., München 245 270, Nürnberg 378 488, Augsburg 129 914, Dresden 604 561, Karlsruhe 103 724 M. In noch weiterem Umfange bestehen kommunale Fleischsteuern. Max v. Hedeol führt in Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften an, daß 1898 Breslau von Vieh und Fleischwaren 1 705 000, von Wild und Geflügel 177 604 M. erhob, Kassel 281 969 und 9367, Rachen 492 598 und 43 470, Wiesbaden 276 780 und 49 276, Posen 280 727 und 20 546, Potsdam 329 158 und 22 172, München 280 455 und 20 359, Nürnberg 176 719 und 6238, Augsburg 61 659 und 3711, Dresden 672 236 und 101 470, Stuttgart 604 367 und 18 555, Karlsruhe 91 488 und 22 067 M. Besonders verbreitet sind die kommunalen Verbrauchsabgaben auch in Elsaß-Lothringen.

Die Frage ist nun, ob die Reichsregierung diesen sehr löblichen, aber, unter den heutigen Umständen, die besitzenden Klassen in den Städten und die Gemeinde-Stats empfindlich treffenden Eingriff in die Kommunalverwaltung wagen wird. Wir vermuten, daß der Bundesrat diese Forderung ablehnen wird. Was wird dann das Centrum thun? Wird es auf seinem Antrag beharren? Hält es an ihm fest, dann wird die Veseitigung der indirekten Steuern in den Kommunen ein Teil des Zollgesetzes, das damit für die Regierung unannehmbar würde. Dieser Antrag würde somit das ganze Tarifgesetz zu Fall bringen.

Ist das der Zweck der außerordentlich zweideutigen Centrumsanträge? Sucht das durch die Rebellion der Centrumsarbeiter bedrängte Centrum einen Weg, um das ganze Gesetz über eine an sich durchaus berechnigte, aber für die Regierung unannehme Forderung führen zu lassen? Das wäre alte Centrumpolitik.

Bereits befreundet man sich auch in Industriekreisen mit dem Gedanken, den vorliegenden Zolltarif aufzugeben und die Regierung zu veranlassen, auf Grund des noch geltenden Tarifs neue Handelsvertragsverhandlungen anzuknüpfen. Wir haben auf diesen bequemsten Ausweg — gegenüber den albernem Drohungen mit Kündigung der Handelsverträge — des öfteren hingewiesen. Heute erklärt das Organ des Centralverbands, die Verleiner u. A. G., der Kat., „auf Grund des jetzigen Tarifentwurfs mit dem Auslande zu verhandeln und neue Verträge abzuschließen, hat sicherlich manches für sich.“ Selbst die Industrie vom hochschützpolitischen Centralverband legt also keinen Wert mehr auf das Potsdamer Zolltarifgesetz. Danach sollte man annehmen, daß auch diese Ausgeburt der Gesegnmacherei des neuen Aufes spurlos verschwinden wird, wie einst das Amstutzgesetz, die Zuchthausvorlage, die lex Felge.

Inzwischen werden wir nicht zögern, durch Anträge zu versuchen, den Tarifentwurf zu verbessern. Zunächst wird man sehen, wie die Regierung sich zu dem Centrumsantrag stellt und ob das Centrum nicht doch wieder umfällt, um den Tarif zu „retten“ — ein Rettungsversuch, der freilich nicht gelingen wird.

Deutsches Reich.

Neue socialdemokratische Anträge zum Zollgesetz.

Die bereits früher angekündigten Anträge der socialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission auf Aufhebung der Salzsteuer, der Branntweinsteuer, der Exportprämien für Zucker sind eingebracht. Ferner beantragen sie, den Bundesrat zu verpflichten, die Zölle auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Malz, Mais anzuhängen, sobald die Verkaufspreise die im Antrag Komit. aus dem Jahre 1894 festgelegten Verkaufspreise erreicht haben.

Die Anträge lauten:

Bei § 11b bis 11e einzuschalten:

Solange Zölle bei der Einfuhr von Nahrungsmitteln oder Genussmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, treten 1. die §§ 2—18 des Gesetzes betreffend die Erhebung einer Abgabe an Salz vom 12. Oktober 1867 außer Kraft, wird 2. die Verbrauchsabgabe, welche durch das Gesetz betreffend die Besteuerung des Branntweins eingeführt ist, durchweg auf 0,50 M. für das Liter reinen Alkohols (anstatt 0,70 M.) herabgesetzt (Aufhebung der Branntweinsteuer), wird 3. § 43c des Branntweinsteuer-Gesetzes (Ausfuhrprämien für Brenner) und 4. §§ 27 und 28 des Zuckersteuer-Gesetzes (Exportprämien für Zuckerbarren) außer Kraft gesetzt.

§ 11f endlich lautet:

Der Bundesrat hat die Zölle auf die nachbenannten Waren anzuhängen, sobald deren Verkaufspreise die daneben gesetzten Preise erreichen:

Weizen	215 Mark pro Tonne
Roggen	165 „ „ „
Gerste	155 „ „ „
Hafer	135 „ „ „
Hülsenfrüchte	125 „ „ „
Lupinen	80 „ „ „
Malz	175 „ „ „
Mais	155 „ „ „

Die Kunst im Zollgesetz.

Die Zolltarif-Kommission hat Donnerstag eine mehrstündige Debatte über Kunst und Wissenschaft geführt, die mit einem Erfolg der Socialdemokratie endete.

Die Regierung will Kunstgegenstände nur dann zollfrei einlassen, wenn dieselben für öffentliche Sammlungen bestimmt sind und wenn Gegenständlichkeit im Ausland gewährt wird. Hierzu hatten die Socialdemokraten den Antrag gestellt, die zollfreie Einfuhr auch für Kunstausstellungen und Bibliotheken zu gestatten, die Zollfreiheit auch auf Gegenstände zu Verlehr- und Ausstellungs-zwecken auszudehnen und die Gegenseitigkeit des Handels zu vereinbaren.

Der Redekampf war heiß, die Zollfiskalität der Regierung feierte wahre Dnyen. Die Nationalliberalen und Konservativen — mit Ausnahme des Herrn v. Kardorf — traten unentwegt für „nationale Kunst“ ein, zu deren Schutz man fremden Künstlern es durch Zollaufschläge erschweren müsse, deutsche Kunstwerke zu beschützen. Unser Bericht spiegelt die Mäßigkeit der Zöllner wieder.

Was ist diesen Leuten Kunst und Wissenschaft gegenüber der hohen Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in Deutschland nichts unbezollt bleibt!

Daß unser Kunstgewerbe durch Studium ausländischer Kunstwerke in den Ausstellungen gefördert wird, daß Bildung verbreitet wird durch die Vibliotheken, läßt den Bundesrat und seine Schutztruppe ganz kalt. Im Gegensatz zu dem Nationalliberalismus hatte ein Teil des Centrums mehr Verständnis für die Kultur- und kunstförmlichen Bestrebungen der Vorlage und reichte im Verein mit der Opposition die zollfreie Einfuhr der für Ausstellungen, Sammlungen usw. bestimmten Kunstwerke. Auch die Gegenseitigkeitsbedingung wurde abgelehnt, weil die — wenn auch leider nur kleine — Majorität der Kommission sich nicht dazu entschließen konnte, dem Deutschen Völkchen Kunstwerke vorzuziehen, weil einige andere Länder kurzzeitig, heimlich, kunst- und bildungsfeindlich genug sind, sich durch Zollmaßregeln die Möglichkeit zu verschaffen, auf Ausstellungen und in Sammlungen feine Kunstwerke zu beibringen und dadurch die eigne Verbesserung zu fördern.

Das Land der teuersten Getreidepreise ist, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, gegenwärtig Deutschland, dessen Agrarier eine noch größere Vertehrung austreten. Ja selbst im Osten Deutschlands ist guter Weizen teurer als wie in Paris. In Allenstein z. B. notierte Weizen am 21. Januar für den Doppelcentner 18 M., während er in Paris mit 17,8 geliefert wurde. Guter Roggen kostete in Allenstein 15 M., in Paris 12,7 M. Wie teuer der deutsche Arbeiter bei niedrigen Löhnen sein Brot bezahlen muß, dafür sei aus den amtlichen Januar-Notierungen folgendes festgesetzt. Um den Vorwurf zu vermeiden, daß wir zu ungünstig die Zahlen gruppieren, wählen wir für Deutschland einen billigen östlichen Marktort und Waren mittlerer Qualität, während wir bei den übrigen Ländern die teuersten Sorten in Anschlag bringen. Es wurde bezahlt:

	Preußen (Osten)	Wien	Vindapeß	Dessa
Weizen	17,25	17,4	15,5	11,4
Roggen	14,30	13,8	12,5	9,2
	Paris	Amsterdam	London	Chicago
Weizen	17,8	14,0	13,5	12,4
Roggen	12,8	11,1	—	—

Ein Blick in diese Zahlen, die Preise der letzten Tage vergleichen, zeigt, daß man im Osten Deutschlands die mittleren Qualitäten Getreide erheblich höher bezahlen muß als die besten Qualitäten in allen außerdeutschen Hauptorten der Welt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Löhne in den Vergleichsländern mit Ausnahme von Rußland und allenfalls Oestreich-Ungarn viel höher sind als in Deutschland.

Eine „Not“-Hochzeit. Welche Not unter den größeren Landwirten bisweilen herrscht, dafür ist eine Hochzeitfeier charakteristisch, die in dem Koburgischen Dorfe Needer in der vorigen Woche stattfand. Die arnische Hochzeit währte eine volle Woche. Drei Tage konzentrierte die Hildburghäuser Militärkapelle. Geschlachtet wurden 1 Stroh, 8 Schweine, unzählige Gänse und Hühner. Ueber 300 Kuchen wurden gebacken. Auch an Fischen und allen möglichen Delikatessen schloß es nicht.

Kein Zweifel, daß Lenten, die so schätzbare Hochzeit feiern müssen, durch höhere Zölle aufgehoben werden muß. Das sind wahrhaft grautige Zustände. Das ist der wahre Notstand, der — so versichert Graf Posadowsky — bei den Arbeitern nicht existiert!

Die Interpellation über das Jesuitengesetz, die das Centrum eingebracht hat, richtet an den Reichstanzler die Anfrage: 1. Liegt ein Beschluß des Bundesrats in dieser Angelegenheit auch heute noch vor? und wenn nicht: 2. Aus welchen Gründen hat der Bundesrat die Fassung einer Entschliessung über den genannten Beschluß des Reichstages bis jetzt verzögert? 3. Gedenkt der Herr Reichstanzler eine solche Entschliessung noch

vor der Beendigung der gegenwärtigen Tagung des Reichstages herbeizuführen?

Die Interpellation soll am 28. d. M. auf die Tagesordnung gesetzt werden. Graf Bülow wird sie mit seiner üblichen Rede beantworten.

Eine Massenpetition gegen die Erhöhung des Hafenzolles von 2,50 M. auf 6 M. pro Doppelcentner wird von den Fabrikunternehmern in ganz Deutschland dem Reichstage zugesandt worden. In einigen Provinzen, wo man bereits mit dem Unterschriften-Sammeln begonnen hat, hat die Petition eine Menge von Unterschriften gefunden.

Wilhelm II. besuchte den englischen Botschafter. Der Kaiser empfing am Mittwochvormittag im königl. Schloß den großbritannischen Botschafter Sir Frank Paaselles. Nachmittags hatte der Kaiser eine längere Besprechung mit dem Reichstanzler Grafen v. Bülow und besuchte darauf den großbritannischen Botschafter.

Da die mutigen Allensteinen und Antisemiten es bisher verweigert haben, den Grafen Bülow wegen des ihm von der englischen Regierung gewordenen Affront nicht zu interpellieren, und es demnach zu einer Klärung des unartigen englisch-deutschen Meinungs nicht gekommen ist, läßt obige Nachricht der Phantasie den weitesten Spielraum.

Die deutsche Kolonie in London gegen Bülow. Wie der „Post. Ztg.“ von einem ihrer Londoner Mitarbeiter telegraphisch wird, bereiten einflussreiche Mitglieder der deutschen Kolonie in London eine Protestversammlung in der City vor, in der Namens der Deutschen Englands gegen die deutschen Verleumdungen britischer Soldaten, wie gegen die englandfeindliche Stimmung in Deutschland Einspruch erhoben werden soll. Der Lord Mayor wird ersucht werden, die Guildhall für diese Versammlung zur Verfügung zu stellen.

Die deutsche Kolonie scheint uns die Sache denn doch etwas vom verkehrten Standpunkt aus ansassen zu wollen. Sie thut recht daran, ihren kühnen Englandfreiern einen Kaltwasserstrahl zu applizieren und Bülows ohnmächtige, im nächsten Augenblick schon lächerlich zusammenstürzende Großbücherei zu desavouieren.

Die Kritik der englischen Soldateska dagegen dürfte sie lebiger als Heuchelei, nicht aber als Verleumdung bezeichnen!

Museum für Chinatrophäen.

In dem amtlichen Kreisblatt, dem „Jülpicher Anzeiger“, findet sich in redaktionellen Zeilen nachstehende anheimelnde Notiz für ein Museum für Chinatrophäen, das anscheinend ein früherer Kreispriester eingerichtet hat:

Eustirchen, 17. Januar. Nach Müsch, Eustircher, Wilhelmstraße, hat eine originelle Anstaltung geschaffen, die in ihrer Reichhaltigkeit und sinnigen Zusammenstellung wohl ihres Gleichen sucht. Betritt man das Lokal, so glaubt man sich nach China versetzt. Der erste Blick fällt auf die beiden lebensgroßen Figuren, ein Mandarin in Anstalt und ein Chinakrieger in voller Uniform. Eine reiche Auswahl von chinesischen Waffen, Schießdecken, Opiumpfeifen, Schmuckgegenständen, Götzenbildern ist vorhanden, ferner prachtvolle Schuhen, chinesische Seidenstickereien und Malereien, Zeitungen in chinesischer Sprache. Ein Buch aus dem Kaiserpalast etc. Dazwischen hängen Photos von chinesischen Bauwerken, andre Bilder zeigen Bogerschützungen, wieder andre zeigen ein ammittiges Bild, auf welchem Soldaten aller dort vertretenen gewesenen Nationen in schönster Harmonie vereinigt sind, da sieht man Franzosen, Indier, Russen, Chinesen und Deutsche, und bei letzteren bemerkt man manches bekannte Gesicht aus hiesiger Gegend.

Die Chinakrieger der Eustircher Gegend müssen aber besonders reichliche Geldmittel verfügt haben, daß sie eine so reiche Sammlung von China-Kuriositäten zusammenlaufen konnten, darunter Schmuckgegenstände, praktische Seidenstickereien, Schuhen, Malereien etc. Auch die reichlichen Geldmittel erklären freilich nicht, wie man in den Besitz des angezeigten Buches aus dem Kaiserpalast gelangen konnte. Vielleicht stellt der Kriegsminister Nachforschungen an, damit irrtümlich mitgenommene Gegenstände gleichzeitig mit den astronomischen Instrumenten nach China zurückgeschafft werden könnten.

Massenausweisungen aus Oestreich. Nach dem „Oppelner Regierungs-Anzeiger“ sind im ersten Vierteljahr 1901 395, im zweiten 503 und im dritten 545 Landesverweisungen allein im Regierungsbezirk Oppeln erfolgt. In demselben Bezirk sind vom 1. Oktober 1899 bis 1. Oktober 1901 nicht weniger als 3458 Personen bezw. Familien ausgewiesen worden. Dazu zählen aber keineswegs die sehr zahlreichen Ausweisungen, welche allwöchentlich auf Grund der §§ 39 und 362 des Strafgesetzbuches (betreffend zur Polizei-Aufsicht oder Ueberweisung an die Landespolizei verurteilte Ausländer) erfolgen. Es handelt sich bei obengenannten Ausweisungen fast nur um „lästige gefallene Ausländer“. In manchen Fällen ist ausdrücklich die Religion oder die Sprache als Grund der Ausweisung angegeben. So heißt es bei Ausweisungen im Kreise Ratibor in dem amtlichen Blatte sehr oft: „Ausgewiesen der und der, weil Jude“, „weil mosaisch“, „weil jüdischer Religion“, „weil jüdischer Auswärtiger“, weiter heißt es: „Ausgewiesen weil Mähre“, wegen mährischer (?) Sprache“, „wegen polnischer Abstammung“, „weil überwiegend polnisch sprechend“, „weil Mähre und nur der polnischen (?) Sprache mächtig“, „weil der polnischen und slavischen (?) Sprache mächtig“, „wegen böhmischer Sprache“, „wegen polnischer Sprache“, „weil nur polnisch spricht“ u. s. w. Unter den Ausgewiesenen sind alle Stände vertreten: Polnische Adlige, polnisch-jüdische Studenten, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter. Neben dem 79 Jahre alten Karloscha in Rattowitz hat nach den amtlichen Angaben die drei Monate alte Elfriede Stigally das Inland während der ihr gegebenen Frist freiwillig verlassen.

Welche Summen von Elend und Unglück in diesen Ausweisungszahlen — 3500 Ausweisungen in einem preussischen Regierungsbezirk in zwei Jahren! — steckt, kann man sich vorstellen. Bedeutet doch eine Ausweisung für die davon Betroffenen, meist tüchtige Arbeiter und Geschäftleute, die niemand etwas zu Leide thut den wirtschaftlichen Ruin. Solche Massenandreibungen erscheinen uns selbst in Kriegszeiten oft als eine ungerechtfertigte Barbarei. Was aber soll man sagen, wenn solches mitten im tiefsten Frieden geschieht, und zwar wie hier im Oppelner Regierungsbezirk, großenteils gegen Oestreicher, den Angehörigen eines Reiches, mit dem wir Deutschen sogar in einem sehr engen Bundesverhältnis stehen sollen? —

Die Abgeordneten-Verwählung zur Zweiten Badischen Kammer im Bezirke Lörrach-Land fand am Mittwoch statt und brachte das unumkehrbare endgültige Resultat der Erwählung des nationalliberalen Kandidaten Dreher, dessen erstmaliges Mandat im Dezember von der Kammer laffiert worden war. Dredmal fiel die Entscheidung schon im ersten Wahlgange, wo auf Dreher 63, auf den freisinnigen Kandidaten 49 und auf unren Genossen 9 und 12 Wahlmännerstimmen fielen. Der Freisinn verlor diesen Kammerwahl und ist somit, da der Restor Pfleger des hohen Alters wegen am Besuch der Kammerverhandlungen verhindert ist, nur durch die Verion Prühauß vertreten, der als nationalliberaler Socius in Karlsruhe den Sieg der Reaktion gegen die Demokratie erlebten half. In wenigen Jahren gehört der badische Kammerfreisinn der Geschichte an.

Ausland.

Schweiz.

Reineinteilung der Nationalratswahlkreise.

Zürich, 20. Januar. (Eig. Ber.) Die durch die Volkszählung vom Dezember 1900 konstatirte Bevölkerungszunahme in verschiedenen Wahlkreisen hat eine Erhöhung der Zahl der Vertreter im Nationalrat zur Folge und der Bundesrat hat nun in einem Kreisbesprechenden die Kantonsregierungen darüber befragt, ob sie eine Reineinteilung der Wahlkreise wünschen. Die Meinung, aufs neue ein bisheriges Wahlkreis-Geometrie zum Vorteil der eigenen Partei zu präzisieren, wäre bei den Radikalen wohl vorhanden; allein sie wissen auch, daß dadurch eine neue Verschärfung der Parteikämpfe hervorgerufen würde und so scheinen sie es im allgemeinen bei der bestehenden Wahlkreiseinteilung belassen zu wollen. Nur in Zürich und Basel machen sich deutlicherartige Gesinnungen geltend. Der Zürcher Wahlkreis mit seinen 190 000 Einwohnern erhält künftig 10 Vertreter an Stelle der jetzigen 6, und es zurechnen sich die bürgerlichen Politiker darüber ihre werten Köpfe, wie sie es anstellen sollen, daß sie möglichst viel Gewinn ziehen können aus der neuen Situation, und die Socialdemokraten wieder einmal libers Ohr gekannt werden. Da wird die Meinung vertreten, die Vertreterzahl von 10 sei für einen Wahlkreis zu groß, man müsse einige Gemeinden abtrennen und sie einem andern Wahlkreis zugetheilen, um eine Veränderung zu bewirken. Der eine Vorschlag möchte nun mehrere industrielle Gemeinden mit ansehnlicher socialdemokratischer Stimmzahl abtrennen, um sie dem ländlichen Kreis Balaz anzugliedern, in dem die socialdemokratischen Stimmen von der bäuerlichen Mehrheit erdrückt würden. Zugleich würde die socialdemokratische Partei im Zürcher Wahlkreis entsprechend geschwächt und ihr Anspruch auf stärkere Vertretung vermindert. Nach einem andern Vorschlag sollen einige ländliche Gemeinden abgetrennt und dem Säntaler Kreis einverleibt werden, um für Zürich 9 Vertreter zu erhalten, die dann bequem auf die drei Parteien verteilt werden könnten. Der Vorschlag klingt sehr vernünftig, gerecht und bestechend, aber es sitzt ihm doch der Parteilichkeit im Nacken, denn danach würden die Liberalen und Demokraten 6, die Socialdemokraten aber nur 3 Sitze erhalten, während diese allein beinahe 50 Stimm sind, wie die beiden bürgerlichen Parteien zusammen. Unsere Genossen sind berechtigt, von 9 Sitzen deren 4, von 10 deren 5 zu verlangen und sie werden sich in dieser Auffassung der Verhältnisse nicht dadurch stören lassen, daß sie ja immerhin zu ihrem einzigen Vertreter, den sie jetzt haben, noch zwei weitere erhalten, das bedeutete nur eine Verringerung des jetzigen krassen Verhältnisses zwischen der bürgerlichen und socialdemokratischen Vertretung, aber noch immer keinen gerechten Ausgleich. Es bleibt nun abzuwarten, ob der Wahlzirkel überhaupt und in welcher Weise er in Anwendung kommt oder ob der bisherige Zustand — dann mit 10 Vertretern — bestehen bleibt.

In Basel möchten die Radikalen sogar die Stadt in zwei Wahlkreise zerlegen, „im Interesse der andern Minderheitsparteien“ — denn die Radikalen allein haben auch nicht die Mehrheit —, in Wahrheit natürlich zum eignen Vorteil und zum Nachteil der Gegner. Basel wählte bisher 5 Nationalräte, in Zukunft wählt es deren 6; bisher hatten die Socialdemokraten nur 1, sie werden unzweifelhaft nun 2 Vertreter verlangen, so daß die 6 allerdings eine gleichartige Verteilung von je 2 Sitzen für jede der drei Parteien ermöglichen.

In den meisten übrigen Kantonen scheint man an der bestehenden Wahlkreiseinteilung festhalten zu wollen. Nur im Kanton Graubünden, wo die Socialdemokraten für die Nationalratswahlen noch kaum in Frage kommen, will man statt der bisherigen drei Wahlkreise mit 3 Vertretern den ganzen Kanton als einen Wahlkreis gelten lassen, wogegen allem Anschein nach niemand etwas einzuwenden hat.

Frankreich.

Subvention des Aleris durch die antikerikale Regierung.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wird über Kap. 9 des Budgets des Auswärtigen, betreffend die Subvention für die katholischen Missionen im Orient und in der arabischen Welt, Bericht gegeben. Der Antrag der Kommission auf 100 000 Fr. herabgesetzt werden sollte. Der Minister des Auswärtigen, Delcassé, tritt für das betreffende Kapitel des Budgets ein und appelliert an die Vaterlandsliebe der Kammer. Nach der sehr beifällig aufgenommenen Rede des Ministers wird das Kapitel 9 des Budgets des Auswärtigen mit 312 gegen 208 Stimmen und werden sodann auch die übrigen Kapitel des betreffenden Budgets angenommen.

England.

Der Erbstreit.

London, 31. Januar. (Eig. Ber.)

In den nächsten Wochen werden vier Erbstreitigkeiten stattfinden: In den Wahlkreisen Hampstead (im Nordwesten Londons), Deoburn, Sheffeld und East Down (Hants). An Stelle des zurückgetretenen konservativen Abgeordneten Mr. Brodie Hoare kandidieren in Hampstead Mr. Wilson (konservativ) und Mr. Howe (liberaler Imperialist); die Wahl findet nächsten Freitag, den 24. d. M., statt. Der Sitz für Sheffeld wurde durch den Tod von Sir Ellis Ashmead Bartlett (L.) erledigt. In East Down kandidiert Mr. James Wood, der von dem Farmer- und Arbeiterverein aufgestellt wurde. Sein Programm ist Auskauf der irischen Großgrundbesitzer, über dessen Bedeutung an dieser Stelle bereits einige Mitteilungen gemacht wurden. Das größte Interesse für uns hat wohl der Wahlkreis Deoburn. Die Wahl ist auf den 28. Januar festgesetzt. An Stelle des zurückgetretenen liberalen Abgeordneten Prof. Eldridge kandidieren Genosse Harry Quells, dann der liberaler Imperialist Mr. Kimman und Mr. Galch (kons.). Wir werden noch Gelegenheit nehmen, am Vorabend dieser Wahl auf die Kandidatenkämpfe zurückzukommen. Heute wollen wir nur eine Bemerkung der „Daily News“, des freiesten bürgerlichen Blattes von London, über Deoburn verzeichnen. In ihrer gestrigen Nummer schreibt die „Daily News“: „... Mr. Kimmans Ansichten über den Krieg und seine Politik sind nicht die unrigen. Er gehört der Section an, die sich liberal-imperialistisch nennt. Aber trotz der Chiffrierfelder Rede ist Kimman ein Homeuler und verspricht, Sir Campbell-Bannerman als Führer anzuerkennen. Unter diesen Umständen müßte es die Pflicht aller Liberalen sein, für ihn zu stimmen. — Mr. Quells, der socialistische Kandidat, ist zu Gunsten der Zerstörung des Privateigentums durch das, was er die Nationalisierung der Produktionsmittel nennt. Er kann also gar nicht in Betracht kommen.“ Wo es sich um die Socialdemokratie handelt, sind die Liberalen sich wohl immer und überall gleich. „Wesser Lucius als Kapell“, gilt auch für den englischen Freisinn.

Persische Sorgen. In der Mittwochssitzung des Unterhauses gab der Unterstaatssekretär des Außenbüros Cranborne auf die Anfrage Waltons über die persische Politik Englands sehr allgemein und nichtsfahndend gehaltene Erklärungen ab. England habe große politische und Handelsinteressen in Persien, welche gewahrt werden müßten, indes bestände kein Grund, daß darunter die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland leiden könnten. Undrechts dürften diese freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und andern Mächten auch nicht auf Kosten der englischen Interessen gefahrt werden. Eine echte ministerielle Schauffelrede. Nichtsdestoweniger rühmt heute die englische Presse die Festigkeit der Erklärungen Cranbornes und erklärt, daß England die Errichtung eines fremden Flottenpostens an den Thoren Indiens nicht dulden dürfe. Mit solchen Worten Erklärungen vertreibt man freilich die bei Kowelt stationierte russische Flotte noch lange nicht.

Einzelne Blätter sind sich denn auch der Größe der Gefahr und der Schwierigkeit ihrer Beseitigung wohl bewußt. So schreibt die „Daily Chronicle“:

„Der einzige Grund, abgesehen von der Verteidigung Indiens, warum wir uns einer Ausdehnung der deutschen und russischen Eisenbahnen und des Einflusses dieser Länder in Persien wider-

setzen sollten, ist der, daß, wenn diese Mächte eine offene Thür finden, sie sie zuschlagen. Port Arthur und die Mandchurei sind unfreundliche Erinnerungen für uns und wir wollen kein zweites China.“

Und die „Times“ sagen:

„Da Rußland große Anstrengungen macht, seine Interessen in Persien zu wahren, müssen wir auch große Anstrengungen machen zur Wahrung unserer Interessen. Es würde ein strafwürdiger Verfall am britischen Reiche sein, wenn wir zugeben wollten, daß unsere Vorherrschaft zur See in einer Gegend von so vitaler Wichtigkeit durch Errichtung ausländischer Flottenstützpunkte geschwächt werde.“

Ob das neue Port Arthur am Persischen Golf verfallen wird? —

Bedroht Rußland Afghanistan? Die Kowelt-Frage ist nicht der einzige Schmerz Englands. Auch Rußlands Absichten auf Afghanistan bereiten ihm unruhige Stunden. So erzählt die „Daily Chronicle“ von angeblich einflussreicher Seite, daß die indische Regierung im Frühjahr Urkunden in Afghanistan besuchte. Man glaube, daß während des Winters russische Truppen an der Nordgrenze Afghanistans aufgeschauelt würden, welche sich nach dem Schmelzen des Schnees in die Gebirgspässe über Afghanistan ergießen dürften. An der britischen Grenze trifft man Verteidigungsmaßregeln.

Sollte trotz Rußlands Finanznot die nächste Krimkrieg für Transvaal so bald über England hereinbrechen? —

Parlamentarisches.

Marine-Gesetz. In der Budget-Kommission des Reichstags wurde am Donnerstag über den Marine-Gesetz weiter verhandelt. — Die Bedürfnisse der Artillerieverwaltung sowie des Torpedowesens wurden unverändert bewilligt bis auf eine Forderung für Beschaffung von Handwaffen zc. von einer halben Million, von der gegen die sechs konservativen Stimmen 200 000 M. abgetrieben werden.

Bei den Forderungen für die Garnisonverwaltung entspannt sich zwischen den Abg. Graf Oriola (nass.), Prinz v. Arenberg (C.) und Debel (Soc.) einerseits und dem Abg. Semmler (nass.) andererseits wegen Einräumung eines Parteis in Wilhelmshaven eine lebhaftes Erörterung. Die Forderung wird schließlich mit 12 Stimmen der Konservativen, Freisinnigen und des Abg. Semmler, gegen die 11 Stimmen der übrigen Nationalliberalen des Centrums und der Socialdemokraten angenommen.

Die erste Rate für ein neues Peilboot von 73 000 M. wird abgelehnt.

Die weitere Beratung des Marine-Gesetz wurde auf Freitag früh verlagert.

Der Boeren-Krieg.

Eine englische Schlapp.

Vor einigen Tagen wurde ein Trupp von 35 Eingeborenen, der bei Indique-spruit unter Eskorte von 35 Mann der Reichs-Genoarmy zum Gras schneiden auf dem Felde war, von 150 Boeren überfallen. Die Abtheilung mußte sich nach tapferem Widerstande, wobei sie 6 Boeren tötete und 4 verwundete (?), der Leberzahl ergeben. Die Engländer verloren 1 Toten und 7 Verwundete; außerdem wurden 4 Eingeborene, die unbewaffnet waren, nachher von den Boeren erschossen.

Krieger befreit jedes Friedensangebot.

Präsident Krüger läßt in den holländischen Blättern erklären, daß weder die in Europa befindlichen, noch die afrikanischen Boerenführer irgendwelche Friedensinitiative ergreifen werden. England lehne die Bedingungen der Boeren, welche auf voller Unabhängigkeit bestehen; andre Bedingungen würden die Boerenführer niemals annehmen.

Englische Selbstkritik.

Der Erschießung der Boerenführer widmen die „Daily News“ einen Artikel. Das Blatt erinnert daran, welche glänzende Beweise ihrer Weisheit, Tapferkeit und Kräftigkeit vor ihrer Gefangennahme abgelegt haben, und konstatiert, daß Scheepers nicht gefangen, sondern als Kranker, in einer Form liegend, und wahrscheinlich durch Verrat in die Hände der Engländer gefallen ist.

„Früher wären solche Männer, ohgleich Feinde, aller Ehren würdig erachtet worden. Heute unterstellt man sie dem Arztesgericht, indem man die Erschießung von Spionen, die Zerstörung von Eisenbahnhäfen und Telegraphenlinien zu Verbrechen stempelt.“

Wenn wir die Traditionen unserer alten Helden, die den Kampf unter gleichen Bedingungen liebten, die es verachteten, sich Vorteile auf illohalte Weise zu verschaffen, und welche ein Grauen vor dem Töten um des Tötens willen empfanden, vergeffen, dann müssen wir gestehen, daß wir nicht mehr auf unsere Tapferkeit zählen, sondern auf die Macht unseres Reichthums, und von da bis zum Ruin ist nur ein kleiner Schritt.“

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Zangerhaus eröffnet die Sitzung um 5^{1/2} Uhr. Eingebbracht ist ein dringlicher Antrag der Socialdemokraten:

In der Annahme, daß der Magistrat mit der Ermittlung und Feststellung der Ursachen beschäftigt ist, aus denen der von der städtischen Waisenverwaltung im Jahre 1900, zu dem Vorber und Heilgehilfen Heinrich Wagner, Wilhelm Alexhöfer, 5, in die Lehre gegebene Barbierlehrling Emil Wahrend sich das Leben genommen hat, erlucht die Versammlung den Magistrat, ihr baldmöglichst Kenntnis von den vorgenommenen Ermittlungen zu geben.

Der Vorsitzer teilt mit, daß der Decernent der Waisenverwaltung zur sofortigen Auskunftserteilung bereit ist. Da auch aus der Versammlung niemand widerspricht, wird die Erledigung dieser Angelegenheit vorweggenommen.

Stadtv. Singer (Soc.): Ich bin erfreut, daß unsere Annahme sich vollst. bestätigt; wir haben keinen Augenblick daran gezweifelt, daß der Magistrat sofort mit allem Interesse pflichtgemäß der Sache auf den Grund gehen würde. Die Nachricht von dem Selbstmorde dieses Lehrlings hat in den Kreisen der Bürgerchaft große Aufregung erzeugt, und wir haben uns daher für verpflichtet gehalten, den Fall hier zur Sprache zu bringen.

Stadtrat v. Friedberg: Selbstverständlich hat die Waisenverwaltung sofort, als sie von dem Fall Kenntnis erhielt, sich um die Klärung des Falles bemüht. Es handelt sich um einen im Jahre 1886 geborenen mehrliebigen Knaben. Die Mutter heiratete, aber nicht den Vater des Kindes, und brachte den Knaben in die neue Wirklichkeit mit. Die bei uns vorhandenen Akten beginnen mit einem Briefe der Mutter von 1897. Das Kind war damals 11 Jahre alt. Die Mutter fürchtete, das Kind könnte sich etwas anthun; es könne nicht mit Vernunft seine Arbeiten machen zc. Es wurde gebeten, es in die Waisenverwaltung zu nehmen, und das ist, ohne daß eine gesetzliche Verpflichtung damals vorlag, geschehen. Bald darauf wurde der Knabe das Erziehungsrecht entzogen, weil sie nicht im Stande sei, ihren Sohn dem Stiefvater gegenüber in Schutz zu nehmen. Der Knabe wurde nun in der Waisenanstalt beobachtet, und es stellte sich heraus, daß er zur Familienpflege wohl geeignet sei. Er wurde in einem kleinen Ort in der Nähe Berlins bis zur Einsegnung erzogen, dann in die Anstalt zurückgenommen, um zu ermitteln, welchen Beruf er ergreifen wolle. Er erklärte, Barbier werden zu wollen; vier Lehrmeister wurden ihm genannt, zwei außerhalb, zwei

in Berlin. Sofort brach er in die Worte aus: „Lieber tot in Berlin, als lebendig außerhalb.“ und so wurde er bei dem von ihm selbst ausgesuchten Berliner Lehrherrn untergebracht. Dort ist er die ganze Zeit vom Waisenhaus aus beaufsichtigt, mehrfach vom Erziehungsdirektor besucht und auch im Waisenhanse vernommen worden, wie es ihm ginge. Er sagte: Gut, ich habe aber nichts zu klagen. Im Herbst vorigen Jahres ließ eine Anzeige ein, der Junge sei doch wohl nicht gut untergebracht, die Verhältnisse des Lehrherrn ließen keine Unterkunft nicht als passend erscheinen. Noch an demselben Tage ist der Erziehungsdirektor in die Wohnung gegangen, hat ihn gesprochen und der Junge hat wiederholt: „Es geht mir gut, ich will hier bleiben.“ Am folgenden Tage kam der Lehrherr in das Waisenhaus und das Facit der dort stattgefundenen Unterredung war: Der Junge ist anständig, hat aber die läbliche Eigenschaft, manchmal in die Kasse zu greifen. Am 13. d. M. kam der Knabe selbst und sagte: „Der Lehrherr hat mich geschlagen, weil ich die Messer nicht ordentlich geschärft haben soll; ich kann dort nicht mehr bleiben.“ Es wurde ihm sogleich eine Karte an den Lehrherrn mitgegeben des Inhalts, man biete ihn, am folgenden Tage mit dem Vorschein in das Waisenhaus zu kommen. Der Junge ist anscheinend ganz ruhig nach Hause gegangen, hat sich dann unterwegs Carbol gekauft und getrunken und ist umgekommen. So der Thatbestand. Wenn Sie bedenken, daß die Mutter schon in seinem ersten Jahre schrieb: Ich fürchte, er thut sich etwas an, dann die Aeußerung: Lieber tot in Berlin, als lebendig außerhalb! muß man doch annehmen, daß es sich um eine unglückliche Veranlassung bei dem jungen Menschen handelte. Er hat sich stets ziemlich zurückgehalten, wenig mit Altersgenossen verkehrt, aber gern mit kleinen Kindern gespielt und mit einer kleinen Stange. Bei dieser Gelegenheit äußerte er einmal plötzlich: Sollte doch mal den Kopf auf, ich will dir Carbol hineingiechen, dann bist du gleich weg. — Der Fall liegt völlig vor meiner Zeit, ich urteile also gänzlich objektiv und kann mit gutem Gewissen sagen, daß der Unglücksfall nicht durch Maßnahmen der Verwaltung herbeigeführt und von ihr durch nichts unterlassen worden ist, ihrer Pflicht zu genügen. (Beifall.)

Stadtv. Singer (Soc.): Daß von der Verwaltung thatsächlich irgend etwas geschehen ist, um den Unglücksfall herbeizuführen, daran hat immerhalb und außerhalb des Saales gewiß niemand gedacht. Der Magistratsvertreter schließt aus der Aeußerung des Knaben: Lieber tot in Berlin, als lebendig außerhalb! daß daraus eine Art geistiger Inzurechnungslosigkeit hervorgegangen scheint. Dem möchte ich widersprechen. Diese Aeußerung kann aus jugendlichem Munde und bezeugt nichts weiter als ausgeprägten Nationalpatriotismus. (Widerspruch.) Gewiß, diese Aeußerung kann häufig gehört werden. Ich kann ja nun nicht feststellen, ob nicht in der That die Verhandlung des Lehrlings zu diesem traurigen Ausgang der Selbsttödtung geführt hat, aber ich möchte doch fragen, ob die Zeitungsnachricht wahr ist, daß der Waisenverwaltung mehrere Klagen über den Lehrmeister zugegangen sind. Sollte das wahr sein, so wäre mindestens eine Anregung zu vermehrter Ueberwachung dieser Lehrstellen für die Verwaltung gegeben gewesen. Die Akten lassen ja nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß die Verwaltung ihre Pflicht verkannt hat; aber die Anregung muß in der That gegeben werden, organisatorische Einrichtungen in der Verwaltung zu treffen, welche mehr wie bisher die Ueberwachung der Waisenverwaltung selbst ermöglichen. Wir hat ein Kollege aus dieser Verwaltung mitgeteilt, daß derartige Klagen von den Beamten des Waisenhanfes selbstständig bearbeitet werden, ohne daß Decernent oder Deputation dabei mitwirken. Ein solcher Modus wäre doch sehr verbesserungsfähig! Ohne Vorwürfe an die Verwaltung richten zu wollen, glaube ich doch diese Anregung geben zu sollen, damit wir vollständig sicher darüber sein können, wie die Kinder in den Pflegestellen aufgehoben sind. Der Mann, um den es sich hier handelt, wird in der Nachbarschaft und bei seinen früheren Angestellten nicht als Mann von übermäßigem gutem Ruf und humanem Charakter angesehen; die Vermutung besteht also doch, daß die Lehrstelle eine zu strenge war. Der Lehrling ist erweislich einmal geschlagen worden — mit Recht; ob aber diese Züchtigung verurteilt geblieben ist und ob sie nicht in einer Art gefahrdrohender, die einem jungen, noch dazu krankhaft veranlagten Menschen nahe legt, seinem Leben ein Ende zu machen, müßte doch untersucht werden. Ich verkenne gar nicht die schwere Aufgabe für die Waisenverwaltung, die Kinder in geeignete Lehrstellen zu bringen; aber je schwerer diese Aufgabe ist, desto stärker wächst die Verpflichtung der Verwaltung zur ständigen Kontrolle. Den Antrag selbst ziehen wir nunmehr zurück.

Stadtrat v. Friedberg: Als die erste Warnung einging, wurde noch an demselben Tage der Lehrling befragt. Auch glaube ich, den Lehrherrn in Schutz nehmen zu müssen, er hat keinen Erfolg in der Strafe, noch in den Anforderungen an ihn begangen; er hat ihn mit einem Rohrtod, an dem ein Fieberwisch befestigt war, geschlagen. Auch die geringsten Beschwerden gelangen immer in die Hände der Deputationsmitglieder. In diesem Falle ist der Erziehungsdirektor im Uebereifer sofort selbst hingegangen, ohne die Sache erst in den Geschäftsgang übergeben zu lassen.

Stadtv. Volkendorf (Soc.): Der zuständige Waisenrat hat über den Lehrmeister und Lehrvertrag günstig berichtet, der angrenzende, wie durch Zufall bekannt wurde, unglücklich. Die Sache war also für uns unaußgelöst. Nach diesem Vorgang werden wir den Lehrherrn im Auge behalten und ihn jedenfalls von der Liste streichen.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage wegen Neubaus der Adalbertstraße geht auf Antrag des Stadtv. Karl Goldschmidt an einen Ausschuss.

Taschele geschickt mit der Vorlage wegen Vernichtung der Restaurationsräume auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof, nachdem Stadtv. Pfannkuch (Soc.) darauf hingewiesen, daß die Abweisung dreier der Höchstbieter bloß mit dem Grunde, weil sie für die ordnungsmäßige Bewirtschaftung nicht die genügende Garantie zu bieten schienen, doch nicht genügend motiviert sei.

Der Ratskeller will der Magistrat für 26 000 M. renovieren lassen. Nach kurzer Besprechung, an der die Stadtv. Kreiling, Jhlicz, Esmann teilnehmen, wird auch dieser Vorschlag erst in einem Ausschuss näher geprüft.

Bei den Vorlagen betr. die Bewilligung von Mehrkosten bei verschiedenen städtischen Bauten

und betr. die Staatsüberschreibung beim Vorarbeitenfonds für Bauausführungen der Hochbauverwaltung entspannt sich eine längere Debatte über die Frage, ob diese Mehrkosten nicht unverhältnismäßig hoch sind und ob nicht der reue Herr im städtischen Hochbau überhaupt zu luxuriös baue. Von mehreren Seiten wird Auskunft beantragt. Stadtv. Architekt Kramer spricht dem neuen Stadtbaurat seine volle Anerkennung aus, desgleichen Stadtvorordneten Rommensen, der aber doch, da wir knappen Zeiten entgegengingen, eine gewisse Mäßigung wünscht. Stadtv. Cassel und Ballach machen denselben Vorbehalt.

Stadtbaurat Hoffmann freut sich der bevorstehenden Aufschüpfung, die beweisen werde, daß die Mehrkosten und Ueberschreitungen dem inzwischen eingetretenen bestehenden Anstieg der Materialpreise und Löhne in der Hauptsache entspringen. Beim Bau des Reichsgerichts in Leipzig habe eine sinkende Tendenz vorgeherrscht, da sei er der billige Baurat gewesen (Heiterkeit), hier sei er in einer Periode steigender Tendenz gekommen, und nun sei er der teure Baurat. In ein paar Jahren werde er sich wieder als der billige Baurat vorstellen können. (Heiterkeit.)

Stadtv. Duse stimmt in das Lob des Stadtbaurats ein, erinnert aber daneben an die unangenehmen Verdienste des früheren Stadtbaurats Wandenstein.

Stadtv. Borgmann (Soc.): Mit Aufschüpfung und Nachprüfung sind wir einverstanden. Wir leben jetzt unter unheimlichen Umständen, während früherer Sparmaßnahmen an den einzelnen Bauten bis zu 200 000 M. gemacht wurden. In

beiden Fällen erscheint uns das Bewilligungsrecht der Versammlung in Frage gestellt. Herr Rommgen empfiehlt für die Zukunft eine gewisse Einschränkung. Ich möchte nicht empfehlen, zu dem einfachen, nüchternen und trockenen Kassenstil des Baurats Blankenstein zurückzukehren. Wir freuen uns, daß in unsern öffentlichen Bauten etwas mehr Leben und Lebendigkeit hineingekommen ist (Beifall). Wir können uns in dieser Beziehung zu einer Beschränkung der Mittel nicht herbeilassen, selbst bei Bauten, die auf Hinterland zu stehen kommen. Unsere Bauten sollen für eine lange Reihe von Jahren vorhalten und sollen ein Ausdruck sein für den Geist, der in der jeweiligen Verwaltung geherrscht hat.

Stadt v. Edmann (freif. Fr.) weist darauf hin, daß die kostspielige Bauweise der Verwaltung auch den Privatunternehmern das Bauen verteuert habe.

Stadt v. Cassel freut sich des behaglichen Humors, den der Stadtbaurat auch bei dieser Gelegenheit entwickelte; mit einigen scherzhaften Worten sei die Sache aber nicht abgethan. Stadtbaurat Blankenstein habe sehr zweckmäßig und nicht teuer für die Stadt gebaut.

Stadt v. Sings: Ich würde mich nicht wundern, wenn dem Bauat jetzt der Humor vergehen sollte. Diese Vorwürfe können Sie an Ihre eigene Adresse richten, Sie haben die Vorlagen der Bauverwaltung sanctioniert. Für die Versammlung und eine geordnete Stadtwirtschaft sind Ueberfahrungen immer noch besser als Kosten zu bewilligen, die an sich nicht notwendig sind. Letzteres halte ich für die schlimmste Staatswirtschaft. Jetzt Herrn Blankenstein nachträglich Vorwürfe zu machen, ist deplaciert, weil er sich ja auch mit den Beschlüssen der Versammlung und des Magistrats decken kann. Auch ich konstatiere ausdrücklich, daß Herr Blankenstein für uns seiner Zeit mit aller Liebe und Sorgfalt und allem Eifer gearbeitet hat. Aber das kann uns nicht hindern, anzuerkennen, daß unter der Leitung des jetzigen Stadtbaurats unsere städtischen Bauten einen ganz andern Charakter bekommen haben, der der Stadt zur Beredsamkeit gereicht. Das soll kein Vorwurf gegen Herrn Blankenstein sein, sondern ist nur die Konstatierung einer Thatfache. Die Arbeits- und Schaffensfreudigkeit des jetzigen Leiters sollten wir also nicht durch die Bemängelungen führen, daß bei einer verhältnismäßig großen Anzahl von Bauten in den Verhältnissen begründete Ueberforderungen stattgefunden haben. Seit 15 Jahren stehe ich in der Budgetkommission des Reichstags und keine Session vergeht, ohne daß dergleichen Ueberforderungen genehmigt werden müssen; ebenso ist es im Abgeordnetenhaus, und wer mal selbst einen Bau hat ausführen lassen, wird dieselbe Erfahrung gemacht haben. (Sehr richtig!) Herr Edmann hat verratet, weshalb ihm diese neuere Bauart unangenehm ist, nämlich, weil sie die Privatunternehmer schädigt. Sollen wir für die städtische Verwaltung nötige Gebäude aus Furcht, daß die Privatunternehmer etwas teurer bauen könnten, nicht errichten? Es ist ein nobile officium Berlins der Privatindustrie gegenüber, in den Bauten vorbildlich zu sein. „Nur sparen“ ist nicht der richtige Standpunkt. Man will schneller gebaut haben. Niemand hat es schmerzlicher empfunden als wir, daß in den letzten Jahren besonders die Schulbauten so im Rückstand waren. Aber dem Stadtbaurat machen wir daraus keinen Vorwurf. Sie können einem seiner Verantwortung bewußten Ratgeber nicht zumuten, ohne weiteres Bauten auszuführen, die er nicht entwerfen hat. Die heutigen Kassenbrüche werden nach der Ausschussberatung verstummen und gemeinsam werden wir uns der schönen städtischen Bauten freuen, die Berlin jetzt besitzt.

Nachdem noch die Stadt v. Cremer, Hugo Sachs, Rommgen, Cassel wiederholt zur Sache gesprochen, wird die Ausschussberatung beschlossen.

Es liegen ferner vor die speziellen Entwürfe zum Verwaltungsgebäude, dem offenen Hause für Frauen und zu zwei Aufnahmehäusern der Irrenanstalt zu Buch. Auch hier wird Ausschussberatung beantragt und nach längerer Debatte, an welcher sich unter anderem Vortrager Langerhans, Stadt v. Kuhlmann, Stadtbaurat Hoffmann und Stadt v. Bruns beteiligen, ebenfalls beschlossen.

Die Beschlussfassung über den Vorentwurf zum

Neubau eines bakteriologischen Instituts der Stadt Berlin beantragt Stadt v. Barth (W. L.) einstweilen auszusagen und den Magistrat zu ersuchen, sich über die Person des Direktors schlüssig zu machen, damit dieser schon an der Beratung über Bau und Einrichtung des Institutes teilnehmen kann.

Stadt v. Kuhlmann beantragt aus demselben Grunde Ausschussberatung. Das Gehalt des Direktors müsse erhöht, eine erste Autorität an die Spitze des Instituts gestellt werden.

Stadt v. Langerhans: Mit solchen Anträgen, wie demjenigen von Barth, würden wir die Erledigung dieser schleunigen Sache nur aufhalten.

In der weiteren Debatte fährt

Stadt v. Wurm (Soz.) aus, daß man eventuell auch über die sofortige Anstellung eines Direktors reden könne, sofern nicht der Bau dadurch irgendwie verzögert werde. Er macht ferner geltend, daß die beabsichtigte Unterbringung des bakteriologischen Instituts der Wasserwerke in dieser Anstalt sich nicht empfiehlt; dagegen fehle ein Abtrittskabinett. Rücksicht auf die gleichzeitige Errichtung eines polizeilichen Instituts habe die Stadt nicht zu nehmen. Wenn Herr Kuhlmann auf die Frage des Referenten hingewiesen habe, so könne er ihm gerade in diesem Punkte nicht folgen, denn das Verbot dieses Sammelmittels sei schon deswegen zu fordern, weil es dem schlechten Fleisch das Aussehen des gesunden verleihen und so das Publikum täusche.

Stadt v. Rosenow bekämpft ebenfalls den dilatorischen Antrag Barth, desgleichen nochmals der Vortrager.

Die Vorlage geht darauf an einen Ankauf.

Die Vorentwürfe zum Neubau von Gemeinde-Doppelschulen in der Pappel-Allee 41/42, in der Samariter- und in der Greifenhagenstraße werden nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen.

Die übrigen Beratungsgegenstände werden vertagt.

Sociales.

Ein östreichischer Gewerbe-Inspektor über die Organisation.

In Wien sprach ein Lehrer in der Sitzung des niederösterreichischen Gewerbevereins über die Kinderarbeit. Er schilderte das Elend der armen zur Erwerbsarbeit gezwungenen Kinder in lebhaften Farben und forderte Maßregeln zur Einschränkung der Kinderausbeutung. In der darauf folgenden lebhaften Diskussion verurteilte er ein Unternehmen, die kinderbeschäftigenden Unternehmer als Wohltäter der Kinder hinzustellen und griff dabei die Gewerbe-Inspektion an. Darauf ergriff der Central-Gewerbe-Inspektor, Hofrat Mühl, das Wort und sagte:

Ich kann Sie versichern, daß die Gewerbe-Inspektoren ihre Erhebungen in der objektivsten Weise machten, daß sie von Haus zu Haus gingen und die Löhne der Heimarbeiter erhoben. Daß die Lohnangaben der Arbeiter von denen der Fabrikanten abweichen, ist selbstverständlich. Ich kann auch gestehen, daß die Gewerbe-Inspektoren bei der Herausgabe der Erhebungen über die Heimarbeiter keineswegs auf den Beifall der Herren Unternehmer gerechnet haben. Ich begrüße das Referat mit Freuden und stimme mit dem Standpunkt des Referenten vollständig überein. Ich weiß sehr genau, wie richtig seine Schilderungen von dem Elend sind, das in diesen Kreisen herrscht. Nur bezüglich der Mittel und Wege kann ich mit ihm nicht ganz übereinstimmen. Ich bin skeptisch gegen ministerielle und Polizeiverordnungen. Dadurch erreichen wir gar nichts. Ich weiß, bis welche Grenzen, vergehen Jahre, ja Jahrzehnte, und bis sie durchgeführt sind, weitere Jahrzehnte. Es gibt nur ein Mittel: daß sich jene Kreise, die betroffen sind, selbst helfen. Das Proletariat muß sich organisieren und eine bessere Lebensstellung er-

kämpfen. Wir finden nur in den niederen Proletariatskreisen die Heimarbeiter. Sie müssen die Arbeiter in ihrer Organisation unterstützen, damit sie selbst die Kraft bekommen, ihre Lebenshaltung zu verbessern.

Ein deutscher Gewerbe-Inspektor würde nicht wagen, so etwas zu sagen.

Gerichts-Beilage.

Wegen Uebertretung der für Fabriken erlassenen Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung war der Inhaber eines Kinder-Konfektionsgeschäfts, Herr Fischbein, angeklagt worden, weil er in der „Einrichtung“ genannten Abteilung seines Geschäfts in der Leipzigerstraße Arbeiterinnen des Sonntags nach 1/2 Uhr beschäftigt habe. Der Angeklagte bestritt, daß sein Geschäft als Fabrikbetrieb im Sinne der Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung anzusehen sei. Auch handelte es sich hier um kaufmännische Angestellte. Das Landgericht als Berufungsinstanz stellte fest, daß der Angeklagte die Arbeiter zum Teil in einer Arbeitsstube in der Kommandantenstraße, wo 25 Arbeiterinnen beschäftigt sind, zum Teil von Heimarbeiterinnen herstellen läßt. Außerdem besitzt er in dem Geschäftshause in der Leipzigerstraße eine Nähstube, wo von zehn Personen etwa vierzig Arbeiterinnen beschäftigt sind. In der hier in Betracht kommenden Abteilung für Einrichtung, die in einem besonderen Raum untergebracht ist, werden nur die Stoffstücke abgemessen und abgeschnitten, die zur Herstellung der Kleidungsstücke gebraucht werden, sowie die Futhaten in der benötigten Menge zurechtgelegt. Auf Grund dieser Feststellungen erachtete das Landgericht den Betrieb, so weit er der Herstellung der Kleidungsgegenstände dient, für einen Fabrikbetrieb. In diesem rechnete es auch die sogenannte „Einrichtung“, weil die dort entfaltete Thätigkeit bereits auf die Herstellung der Ware abziele. Herr Fischbein wurde deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt. — Auf die Revision des Angeklagten hob jedoch das Kammergericht die Verurteilung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht I. Jurid. Präsident Großschaffner führte aus: § 137 der Gewerbe-Ordnung sei vom Landgericht durch Anwendung verletzt worden, denn es habe zu Unrecht den Betrieb für einen selbstständigen erachtet, da weder Natur noch maschinelle Kräfte angewendet würden und von einer eigentlichen Arbeitsteilung auch nicht gesprochen werden könne, werde die das ganze Kleidungsstück immer von einer Arbeiterin hergestellt. Das Abschneiden der Stücke durch andere erfolge noch nicht im Begriff der Arbeitsteilung. Die Feststellung des Fabrikbetriebes werde durch die Beschäftigung von 25 bis 30 Arbeiterinnen nicht genügend gerechtfertigt. Eine Preisprechung erweise jedoch noch nicht geboten. Es wäre vielmehr vom Landgericht noch zu untersuchen, ob nicht etwa die Bundesrats-Verordnung, betreffend den Schutz der Arbeiterinnen in Werkstätten der Wäsche- und Kleiderkonfektion, anzuwenden sei. Da frage es sich zuerst, ob die Räume in der Leipzigerstraße und in der Kommandantenstraße, soweit sie der Herstellung der Ware dienen, als ein technisch-wirtschaftlich Ganzes und damit als Werkstätte anzusehen seien und ob, wie es die Bundesrats-Verordnung nennt, die Herstellung der Kleider „im Großen“ betrieben werde. Beide dies festgestellt und außerdem noch, daß das Abschneiden der Stoffe und das Zurechtlegen der Futhaten in der sogenannten Einrichtung in engem Zusammenhang mit der Herstellung der Kleider stehe, dann wäre der Angeklagte auf Grund der Konfektionsarbeiter-Verordnung des Bundesrats zu verurteilen, weil dann nach dieser Verordnung die fraglichen Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung hier Anwendung fänden.

Eine unter eigentümlichen Umständen begangene Körperverletzung beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Im Herbst 1899 stand der Gefelle Ludwig Demhaster in Arbeit bei dem Schlächtermeister Badt, Lindowstraße 12. Am Abend des 9. September war Demhaster in der Werkstatt mit Speckschneiden beschäftigt, als der Meister in erregter Weise den Raum betrat und den Gefellen fragte, ob er nicht jeben einen fremden Menschen habe aus dem Keller kommen und über den Hof laufen sehen. Es müsse sich ein Dieb ins Haus geschlichen haben und noch drin sein. Meister und Gefelle machten sich auf die Suche. Sie sahen in dem kleinen Garten unter einem Strauch verborgen einen Mann liegen. Als dieser sich ertand sah, sprang er auf und versuchte über die 2 1/2 Meter hohe Mauer zu klettern, die den Garten von dem Nachbargrundstück trennte. Der Flüchtling sah bereits rittlings auf der Mauer, als er an dem Bein, das noch nach der Gartenseite zu herunterhing, von Demhaster gepackt wurde. Der Dieb zerete aus Leidenskräften, um sein Bein frei zu machen, und es gelang ihm auch, vorher hatte sein Verfolger ihm aber mehrere Schläge mit dem scharfen Schlächtermesser, das er noch vom Speckschneiden in der Hand hielt, gegen das Bein gegeben. Später wurde der Dieb in der Person des Schlächters Dows ermittelt. Er mußte zunächst ins Krankenhaus gebracht werden, da Demhaster ihm eine Lebe vom Fuß abgeschlagen hatte. Dows wurde dann wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, aber auch Demhaster wurde wegen Körperverletzung zur Verantwortung gezogen und unter Zustimmung von milderen Umständen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Auf die eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf, weil nicht genügend erwogen sei, ob nicht etwa nur eine fahrlässige Körperverletzung vorliege. In der gestrigen erneuten Verhandlung blieb der Angeklagte dabei, daß er das Messer nur mitgenommen habe, weil er verlegen hatte, es aus der Hand zu legen, als er sich an das Suchen des Diebes machte. Er habe dann später blindlings mit dem Messer gegen das Bein des Flüchtlings geschlagen und gepackt, er sei hierzu berechtigt, da man ihn beim Militär gesagt habe, er müsse auf einen flüchtigen Verbrecher, der auf Anrufen nicht stehe, schießen. (Der Staatsanwalt beantragte die Preisprechung des Angeklagten, weil derselbe sich in der Notwehr befunden habe und der erteilten Rechtsauffassung gewesen sei, daß er Gewalt anwenden dürfe. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage.

Versammlungen.

Für den fünften Wahlkreis fand am Mittwoch im alten Schützenhause eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Robert Schmidt über die wirtschaftliche Bedeutung der Handelsverträge. Der Redner führte den Nachweis, daß das Bestehen von Handelsverträgen ein notwendiges Erfordernis des wirtschaftlichen Gedrängens für Deutschland ist, und daß es deshalb vor allen Dingen darauf ankomme, unsere Zolltarife so zu gestalten, daß der Abschluß günstiger Handelsverträge mit anderen Staaten möglich ist. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Hierauf ging man zum Punkt „Partei-Angelegenheiten“ über. Genosse Pabst ergriff um rege Beteiligung an der am nächsten Sonntag beginnenden Arbeitslosen-Versammlung. Im Anschluß an diese Aufforderung entstand eine Aussprache über Einzelheiten bei der Ausführung der Färberei.

Die Gefellen-Auswahl für die Berliner Fleischer-Zunft, die sonst alljährlich in aller Stille durch einige meistertreue Gefellen vollzogen wurde, bot in diesem Jahre ein bedeutend lebhafteres Bild, da sich an ihr die verschiedensten Gefellen-Korporationen beteiligten und natürlich auch Anspruch auf die Besetzung der Ämter erhoben. Diese Zunftgenossen-Zusammenkunft hatte mehr den Charakter einer öffentlichen Versammlung, da die Nicht-Zunftgenossen in der Mehrzahl waren und auch an den Vorschlägen und Auseinandersetzungen teilnahmen. Die Kontrolle über die Zugehörigkeit zur Versammlung sowohl wie über die Wahlberechtigung und Wahlbarkeit der Anwesenden fehlte vollständig. Bei der Wahl der Zunftschiedsgerichts-Mitglieder (Arbeitnehmer) wurden fast durchgängig Personen gewählt, die gar nicht anwesend waren. Die von einem Zunftgenossen beantragte Ausübung einer scharfen Kontrolle wurde seitens des die Versammlung leitenden Meisters

abgelehnt. Der Wahlakt vollzog sich daher unter ziemlich allgemeiner Beteiligung; nur einige recht bekannte Centralverbände, die nicht bei Zunftgenossen beschäftigt, wurden ausgeschlossen. Unter solchen Umständen kann begreiflicherweise ein in recht vieler Punkten anfechtbares Wahlergebnis zu stande, so daß bei der oft-kundig gesetzlich unzulässigen Wahlhandlung Proteste gegen diese Gefellen-Auswahl unabweislich sind und durch die Aufsichtsbehörde eine Neuwahl anberaumt werden muß. Hoffentlich giebt dann die Versammlung durch die Wahl auch den Willen nach besserer Vertretung kund, damit die Zustände im Fleischer-Gewerbe bald besser werden.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 20. Januar seine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung für das 4. Quartal. Die Einnahme betrug 785,96 M., die Ausgabe 486,55 M., mithin der Ueberschuß 299,41 M. Beim Streikfonds war eine Mehrausgabe von 317,80 M. zu verzeichnen. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist hervorzuheben, daß der Verein für andere Gewerkschaften 980 M. Streikunterstützung gegeben hat, außerdem wurden auf Listen für die Glasarbeiter 617 M. gesammelt. Streikunterstützungen leistete der Verein an seine Mitglieder 1284 M. Das Vereinsvermögen betrug am 31. Dezbr. 1901 2367,06 M. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, bei der demnächst stattfindenden Arbeitslosen-Zählung mitzuhelfen.

Verichtigung. In dem Versammlungsbericht des socialdemokratischen Wahlkreises Nordost ist die an den Centralvorstand abgelieferte Summe mit 475,68 M. angegeben, es kommen hierzu aber noch 101,80 M. für Vons, so daß die an den Centralvorstand abgelieferte Gesamtsumme für das 4. Quartal 1901 577,48 M. beträgt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Eine neue Niederlage der Brotwucherer.

Büdingen, 23. Januar. (Privat-Telegramm des „Vortwärts“.) Bei der heute stattgefundenen Reichstags-Ergebniswahl im Wahlkreis Schaumburg-Lippe erhielten Graf Reventlow (Antif. Konf.) 3074, Architekt Demmig (fr. Sp.) 3002 und Maschinenmeister Reichenbach (Soz.) 1614 Stimmen. Somit ist die Wahl zwischen Graf Reventlow (Antif. Konf.) und Demmig (fr. Sp.). Allerdings stehen noch die Resultate von einigen Ortschaften aus, indessen können dieselben an dem Endergebnis nichts mehr ändern.

Auch dieses Resultat bedeutet wie die vorangehenden Reichstagswahlen in Grimmen-Greifswald, Memel-Hogekrug, Wittenberg-Schwinitz eine schwere Niederlage für die Brotwucherer-Parteien.

Dieser Wahlkreis — der kleinste Deutschlands — ist überwiegend ländlich. Von den 8947 Wahlberechtigten kamen im Jahre 1898 nur etwa 2000 auf die Städte Büdingen und Stadthagen, während auf das platte Land fast 7000 entfielen.

In der Nachwahl am 14. November 1898 fielen auf den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei 2584, auf den konservativen 2336, und auf den socialdemokratischen Kandidaten 591 Stimmen. Der antisemitische Kandidat erhielt 476 Stimmen. In der darauffolgenden Stichwahl wurden Kammergerichtsrat Dr. Müller (freif. Sp.) mit 3742, gegen den konservativen Kandidaten, auf den sich 3074 Stimmen vereinigten, gewählt.

Diesmal gingen die Konservativen und Antisemiten zusammen. Sie brachten es gegenüber der letzten Wahl trotz einer wilden Agitation bei außerordentlich starker Wahlbeteiligung nur auf ein Mehr von 163 Stimmen. Dagegen wuchsen die Freisinnigen um 418, während die Socialdemokraten ihre Stimmenzahl verdreifachten, von 591 auf 1614 stiegen, ein Mehr von 1023 Stimmen erhielten.

Das endgültige Resultat mag die Ziffern unwesentlich korrigieren. An der Thatfache, daß der Brotwucherer-Tarif selbst in ländlichen Wahlkreisen die Socialdemokratie mächtig fördert, wird nichts mehr geändert.

Ein um 1/2 Uhr abends aus Stadthagen zugehendes Privattelegramm meldet, daß die für den socialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen die Zahl von 1645 erreichten.

Unterhand.

London, 23. Januar. (W. T. O.) Brodrick erklärt, Scheepers sei hingerichtet worden, nachdem er überführt war, mehrere grobe Vergehen gegen den Kriegsgebrauch begangen zu haben; unter anderem habe er sieben Eingeborene gemordet und einen Weigen durchschneiden lassen. Die Thatfache, daß er ein Kriegsgefangener gewesen, schließe nicht einen Prozeß wegen Mordes oder sonstiger Vergehen gegen die Kriegsgesetze aus. Mac Lane fragt, ob im Juli vorigen Jahres oder zu irgend einer Zeit seit den Unterhandlungen zwischen Ardener und Poika Vorschläge zur Beendigung des Krieges in Südafrika direkt oder indirekt irgend einem Kabinettsmitglied in dem Namen der Vorenführer gemacht worden seien. Balfour erwidert: Nein. Es sei kein derartiger Vorschlag der Regierung von irgend jemand zugegangen, der imstande sei, namens der Führer der Vorenführer zu sprechen. O'Reilly fragt, ob die Bagdad-Eisenbahn-Konzeption definitiv von der Türkei vertrieben worden sei, und ob ein Meinungsaustrausch zwischen der englischen und deutschen Regierung, betreffend die Wahl einer Endstation im Persischen Golf stattgefunden habe. Craunborne entgegnet, die britische Regierung habe der deutschen angeboten, daß sie in keiner Weise das Projekt beanstande, an welchem wahrscheinlich englische Kapitalien einen bedeutenden Anteil zu nehmen wünschten; es hätten schon einige Erörterungen über den im zweiten Teil der Anfrage erwähnten Punkt zwischen beiden Regierungen stattgefunden; hinsichtlich desselben werde keine Entscheidung ohne weiteren Meinungsaustrausch getroffen werden.

Endfischen, 23. Januar. (W. T. O.) Nachdem seit einiger Zeit in der in der Nähe liegenden Ortschaft Ribarth verschiedene Ertränkungen an Pöken vorgekommen waren, ist jetzt auch in einer hiesigen Arbeiterfamilie der Ausbruch der Pöken festgestellt worden. Die betreffende Familie wurde in das Krankenhaus gebracht. Die Polizei traf die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln.

Fraunfurt a. M., 23. Januar. (W. T. O.) Vergangens Nacht wurde der 27-jährige Metzger Philipp Edert nebst einer Frauenperson von den Schützleuten Baron und Stuh nach dem ersten Polizeirevier gebracht, wo der Schutzmann Baron, welcher mit dem Edert allein war, von diesem angefallen und durch einen Stich in den Leib schwer verletzt wurde. Der in diesem Augenblick die Wache betretende Schutzmann Baumann wurde von Edert in Arme und Hand geflohen und erst dem hinzukommenden Schutzmann Kühn gelang es, ihn mit dem Säbel niederzuknühen. Die verletzte Schützleute wurden nach dem Heiliggeist-Hospital gebracht. Edert nach dem städtischen Krankenhaus, er benahm sich aber dort so toll, daß er, nachdem er verbunden war, ins Gefängnis überführt werden mußte.

Brüg, 23. Januar. (W. T. O.) Bei den Arbeiten im Jupiter-Schacht wurde heute die Wahrnehmung gemacht, daß mehrere Absperrungen infolge des durch die Wasserbruch-Katastrophe hervorgerufenen Aufdrückes eingerissen und soweit die Arbeiten gefährlich seien. Die Arbeiten wurden nunmehr eingestellt und die Belegschaft zurückgezogen. Der Schacht wurde an drei Tagmündungen inständig abgesperrt. Die Absperrung bleibt so lange aufrecht, bis die umliegenden oberflächigen Klingen entwässert und verfestigt sein werden, was 14 Tage in Anspruch nehmen dürfte.

Neapel, 23. Januar. (W. T. O.) Der Finanz-Wachhauptmann Delfranco erschoss den Fürsten Carlo Delbalzo auf offener Straße, weil letzterer Delfrancos Tochter entführt hat.

Reichstag.

125. Sitzung vom Donnerstag, 23. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Pofadowsky, Müller.

Eingegangen ist die Interpellation Hompeich (C.) betreffend Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt beim Titel: Staatssekretär.

Es liegen folgende Resolutionen vor: 1. Eine Resolution Wassermann (natl.) — Dr. Hise (C.) betreffend Vorlegung einer Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben des Reichs und den Verhältnissen der Seeresverwaltung.

2. Eine Resolution Rösche-Deffau (wildlib.) — Dr. Pachnide (fr. V.), betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen. 3. Eine Resolution Albrecht und Genossen (Soc.), wonach der Termin für das Inkrafttreten der Vorschriften für den Betrieb in Zinkbädern bis höchstens zum 1. April 1902 verlängert werden darf.

Abg. Wassermann (natl.):

Ueber die Frage des Schutzes des Handarbeiters, und der Regelung der gewerblichen Ainderarbeit habe ich mich bereits bei der ersten Etatsberatung ausgesprochen. — Sehr bedauerlich ist die Verzögerung der Vorlegung der Krankenversicherung-Novelle. — Herr Hise forderte gestern ein Normalstatut für die Proportionalwahlen bei den Gewerbe- und Handelswahlen. Ich kann mich diesem Wunsche durchaus anschließen. Wir hoffen, daß man bald auch auf andern Gebieten zu dem gerechten System des Proporz übergehen wird. Die Verhältnisse der Angestellten in Comptoirs und die Lage der Kellnerinnen sind dringend der Regelung bedürftig. Es ist erfreulich, daß eine Bundesrats-Verordnung über diese Materien nun endlich herauskommen ist. — An den Herrn Staatssekretär möchte ich die Frage richten, wie weit die Angelegenheit der Mindest-Ruhezeit im Innenschiffahrt-Gewerbe gediehen ist. — Die Einführung der kaufmännischen Schiedsgerichte ist leider noch immer nicht erfolgt. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Sache von Jahr zu Jahr hingezogen wird. Alle großen kaufmännischen Vereinigungen haben sich für besondere Schiedsgerichte für Streitigkeiten innerhalb ihres Berufes ausgesprochen und zwar in Anbetrachtung an die Gewerbegerichte. — Ebenso dringend bedürfen die Bureauangestellten der Rechtsanwalte und Notare des Schutzes. Die neue Abteilung des statistischen Amtes wird sich hoffentlich auch mit dieser Frage beschäftigen. Im Wege der freiwilligen Vereinbarung zwischen den Organisationen der Anwälte und ihrer Bureauangestellten ist bisher leider nichts erreicht worden. Aber die Arbeitgeber dieses Berufes erkennen selbst die Dringlichkeit der Regelung der Verhältnisse ihrer Angestellten an. — Die Resolution Dr. Pachnide betreffend Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen beschränkt sich durchaus auf das schon jetzt Erreichbare. Nur für den Fall, daß in großen Industriezweigen eine Lücke in dieser Beziehung besteht, verlangt die Resolution die Errichtung der Landes-Centralbehörden, die Gemeinden zur Errichtung solcher Arbeitsnachweise anzuhalten. Die Regelung dieser Frage wird jedenfalls eine der wichtigsten Aufgaben der Socialreform für die nächsten Jahre sein. Besonders in der Innenschiffahrt bestehen große Mängel in der Arbeitsvermittlung, sie liegt da meist in Händen von Subjekten höchst fragwürdigen Charakters. — Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb hat sich als unzureichend erwiesen. Aus Anlaß eines Initiativtrahes des Abg. Dertel werden wir uns ja mit dieser Materie noch eingehend zu beschäftigen haben. Besonders müssen Vorschriften erlassen werden gegen den fortwährenden Nachschub von Waren bei schwindelhaftem Ausverkauf. Wüßte gestaltet eine Entscheidung des Reichsgerichts für gewisse Fälle einen solchen Nachschub. Durch diese Entscheidung ist eine große Unsicherheit in die gewerblichen Kreise gekommen.

Weiter liegt ein Mißtrauen darin, daß die Staatsanwälte bei Anwendung dieses Gesetzes sehr burokratisch vorgehen. Ich komme noch kurz auf die Frage der Gerichtsverfassung. Es ist dringend notwendig, daß zu den Kammern für Handelsfachen auch Beisitzer aus den Handwerkerkreisen hinzugezogen werden, weil vor diesen Kammern häufig Streitigkeiten zwischen Handwerkern und Kaufleuten entschieden werden.

Auch die Frauenfrage ist gestern angeschnitten worden. Auf diesem Gebiete sind zweifellos große Fortschritte erzielt worden. Es ist unsere Pflicht, den Frauen möglichst viele Vorteile zu erwirken, die keine zu große körperliche Anstrengung erfordern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) In Bezug auf das Frauenstudium kann ich mich durchaus den Ausführungen des Herrn Schönich-Corolath anschließen. Die preussische Unterrichtsverwaltung ist in dieser Materie sehr schwierig. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es müssen den Frauen, die sich wissenschaftlich betätigen wollen, die Wege dazu geebnet werden. Am richtigsten wäre es, die Mädchen ganz so wie die Knaben zu den Gymnasien und Real-Gymnasien zuzulassen. Ein Versuch in Karlsruhe, wo Mädchen und Knaben auf denselben Banken zusammensitzen (Hört! hört!) hat sich sehr gut bewährt, es hat sich dabei herausgestellt, daß die Mädchen sogar besser lernen als die Knaben. Auch in socialpolitischen Dingen muß die Frau dem Manne gleichberechtigt sein. Schon heute sind viele Frauen Mitglieder von Armenträgen und bewahren sich hier naturgemäß zum Teil besser als Männer. In Schulkommissionen zur Ueberwachung von Mädchenschulen sind Frauen mit Erfolg gewählt worden. Wenn die Frauen aber socialpolitisch mitarbeiten sollen, müssen sie auch das freie Vereins- und Versammlungsgesetz haben. Ich habe das volle Vertrauen zu dem Herrn Staatssekretär, daß er seinen Einfluß in dieser Richtung geltend machen wird. Das Verbot der Teilnahme von Frauen an dem Verein für Socialreform durch den Berliner Volkspräsidenten hat direkt etwas Verschämendes. (Sehr richtig! links.) Das Vorgehen des derzeitigen Rectors der Berliner Universität gegen den Socialwissenschaftlichen Studentenverein ist ganz unerträglich und scharf zu verurteilen. Ich hoffe, daß die Regierung sich endlich auf den Boden unseres Antrags auf freies Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen über das ganze Reich umsonst stellen wird, da namentlich ja auch in konservativen Kreisen, wie das gestrige ritterliche Auftreten des Herrn v. Kardorff beweist, sich die Sympathie für unsere Bestrebungen mehrt.

Abg. Fischer-Berlin (Soc.):

Ich will mich auf das Gebiet der Socialreform beschränken. Graf Pofadowsky hat ja gestern von einer ganzen Reihe von Entwürfen gesprochen, die vom Bundesrat geplant worden sind, z. B. die Regelung der Frauenarbeit, die Frage der Regelung der Angestellten in den Rechtsanwaltsbüros usw., alles Dinge, von denen wir schon seit Jahr und Tag geredet haben, die aber immer noch nicht dem Reichstag vorgelegt sind. So beschneiden Herr Wassermann auch sonst in der Socialreform ist, das Tempo unserer Socialreform geht selbst ihm zu langsam. So verweigert, wie gestern Herr Hise gesprochen, haben wir ihn noch nie gehört, so lange er in der Socialpolitik thätig ist. Ich gebe ihm gern zu, daß er allen Anlaß hatte, gegen die Regierung zu reden; aber er hat auch allen Anlaß, einen Teil der Verantwortlichkeit auf seine Partei zu nehmen. Denn ohne das Verhalten des Centrums wäre dieses langsame Tempo der Socialreform nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn das Centrum auf dem Gebiete der Socialreform denselben Eifer aufgebracht hätte, wie auf dem Gebiete

der Zollgesetzgebung, ich wollte sehen, ob die Regierung ihren Wünschen nicht entgegenkommt. Wenn es sich darum handelt: lieber Gott, verleihe uns Verstand, da ist das Centrum gleich bei der Hand. Wir unterscheiden uns auch grundsätzlich in der Beurteilung der Socialreform vom Centrum. Herr Hise behauptete gestern, man könne in Zeiten der geschäftlichen Depression selbstständig keine Arbeiterbeschäftigung machen, die mit finanziellen Lasten für die Unternehmer verbunden sei. Das ist die alte Geschichte vom Pelzwaschen. Socialreform recht viel, aber Kosten darf sie nicht. Herr Hise meinte, man müsse sich darauf beschränken, ideale Forderungen aufzustellen. Er sprach auch von der Gewerbegerichts-Novelle. Nun, der neue preussische Handelsminister hat ja erklärt, daß er seinen ganzen parlamentarischen Einfluß aufbieten werde, damit die letzte Novelle nicht zu Stande käme, weil dadurch die Unternehmer gezwungen werden, bei Streiks und andern Streitigkeiten vor den Schiedsgerichten zu erscheinen. Die Unternehmer in Hamburg haben aber bereits Kartelle geschlossen, in denen sie den Standpunkt vertreten: Vor Gericht müssen wir ja erscheinen, aber es gibt keine Möglichkeit, uns zu zwingen, dort Antwort zu erteilen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß, wenn jemals ein Zeitpunkt gekommen ist, wo die Regierung und die Parteien für die Socialreform sorgen müssen, dieses die Zeit der geschäftlichen Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit und Lohnerückbildung ist. Gerade in einem solchen Zeitpunkt muß es heißen: Mit Volldampf vorwärts! Wir stehen uns bei dieser Forderung ausschließlich auf das amtliche Material der Gewerbe- und Handelsinspektoren. Die Berichte derselben sind im Mai v. J. abgefaßt, zu einer Zeit, wo die industrielle Hochflut in den letzten Wellen ging und die geschäftliche Depression noch nicht ihre ganze Wirkung entfalten konnte. Trotzdem muß auch diese Berichte unter dem Gesichtspunkt abgefaßt sind, die Unternehmer ja nicht zu sehr zu verlegen, findet sich doch überall in ihnen bestätigt, daß die Krise bereits damals ihre Schattenseiten geworfen hatte. Ueberall ist von der Tendenz sinkender Löhne und Arbeiterentlassungen die Rede. Das ist wieder ein Beweis für unsere Behauptung, daß die Folgen der industriellen Krise immer zuerst auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ist das aber so, dann müssen wir gerade in der heutigen Zeit den Unternehmern und dem Staat finanzielle Opfer zum Schutze der Arbeiter auferlegen. Herr Voris-Hoffner, der an der Spitze steht an socialpolitischer Einsicht und Mut der Wahrheit, konstatiert freilich, daß, so weit die Arbeiter organisiert sind, sie an dem Gewinn der industriellen Hochflut beteiligt gewesen seien, aber doch nicht in dem Maße, wie die Industriellen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Freilich ist es so infolgent, zu erklären, die Unternehmer müßten für spätere Zeit Vorsorge treffen. Dasselbe trifft doch aber auch für die Arbeiter zu. Die Unternehmer haben in schlechten Zeiten höchstens einen geringeren Profit, während der Arbeiter ohne seine Schuld seine ganze Existenz verliert. Man sollte meinen, gerade die Gewerbe-Inspektoren seien auf Grund ihrer Sachkenntnis und Erfahrung am meisten dazu berufen, über die Verkürzung der Arbeitszeit ihr Urteil abzugeben. Die Reichsregierung hat es ihnen rundweg in einem Geheimverbot verboten, von dem ich allerdings nicht weiß, ob es dem Centralverband der Industriellen vorher vorgelegt worden ist. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Welche Frage interessiert aber gerade die Arbeiter mehr, als die der Verkürzung der Arbeitszeit? Die Gewerbe-Inspektoren sind aber sollten wenigstens die berufliche Betätigung der Arbeiter sein, denn die besondere Arbeiterkammern ja nicht bewilligen wollen. Die vielgepriesene Socialreform für die Arbeiter hat ja nur zu einer Zwangsorganisation für die Unternehmer geführt. Nur der heftigste Gewerbe-Inspektor giebt über die Verkürzung der Arbeitszeit Auskunft. In den 144 Fabriken, in denen Frauen beschäftigt werden, haben heute schon 50 Proz. der Frauen den zehn-Stunden-Tag, nur 7 Proz. arbeiten 11 Stunden und 44 Proz. haben eine längere als die zehnstündige Arbeitszeit. Der Bericht des Gewerbe-Inspektors konstatiert andrerseits, daß, je weiter die Industrie vom Mittelpunkt des Landes sich entfernt, um so größer die Arbeitszeit sei. Je größer der Betrieb, desto geringer die Arbeitszeit, und umgekehrt.

Nach den Berichten des heftigsten Gewerbe-Inspektors hatten in 699 Betrieben 5 Proz. der Arbeiter eine Arbeitszeit von 9 Stunden; 2 Proz. von 9 1/2 Stunden, 25 Proz. von 10 Stunden, 50 Proz. von 11 Stunden, 1 1/2 Proz. von 11 1/2 Stunden, 2 1/2 Proz. von 12 Stunden und 1 Proz. von mehr als 12 Stunden. Diese Ziffern beweisen schlagend, daß die Möglichkeit zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit schon heute gegeben ist und daß, wenn die Reichsregierung hier nichts thun will, dies ausschließlich an dem mangelnden guten Willen der Regierung liegt. Was helfen alle Wünsche auf Einführung des sogenannten sanitären Maximal-Arbeitstages; was hier geschehen ist, ist einfach eine Karikatur auf dem Gebiete der Socialreform.

Was ist denn im allgemeinen seit 1889 auf dem Gebiete der Socialpolitik geleistet? Die jetzige Gewerbe-Ordnung basiert seit 1880. Dann ist bis 1873 nichts geschehen. 1873 folgte der Reichstag den Beschlüssen, eine Enquete zu veranstalten über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, der weiblichen und jugendlichen Arbeiter. 1877 wurde der Bericht darüber endlich veröffentlicht. Ein Jahr später kam die Ueberwindung der Gewerbegesetzgebung, aber so sehr verbunden mit dem reaktionären Kontraband-Paragrafen, daß sogar der damalige Reichstag diese Forderung der Regierung ablehnte. Dann kam wieder eine Pause bis 1881/82. Damals wurde die Centralinterpellation Hertling eingebracht, die einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung erstrebte. Bismarck lehnte diese Forderungen rundweg ab. 1882/83 verlangten die freisinnigen Schutzbündnisse zur Gewerbe-Ordnung. Die Regierung verzögerte sie bis zum Abschluß der Unfallversicherungs-Gesetzgebung. 1883/84 forderten die Abgeordneten Hertling und Aropatschek das Verbot der Nachtarbeit für die Frauen und Kinder usw. 1885/86 lehnte der Bundesrat sogar die vom Centrum geforderte Verkürzung der Gewerbe-Inspektoren ab. 1887 nahm der Reichstag abermals Schutzbündnisse für die Frauen- und Kinderarbeit an sowie Anträge über betreffend die Sonntagsarbeit. Auch diese Anträge wurden vom Bundesrat abgelehnt. 1888/89 wurden dieselben Anträge wieder vom Reichstag angenommen.

Dann kamen die Februar-Erlasse, die mit so großen Posaunenstößen verkündet wurden und vom Fürsten Bismarck darauf berechnet waren, den Socialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber indem diese Erlasse die Verkürzung unserer Bestrebungen in zwei anerkannten, schwersten je gerade die Segel der Socialdemokratie, ebenso wie jetzt ihre Richterschaft uns zu gute kommt.

Wald darauf erfolgte der socialpolitische Stillstand mit dem Scharmacherkurs, der sich äußerte in der Unsturzvorlage und Justizvorlage. 1896/97 kam die Centralrats-Resolution auf Erlaß der Bundesratsverordnungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter und Frauenarbeit. 1897 debütierte der Bundesrat die §§ 135 a und b der Gewerbe-Ordnung auf die Wäsche- und Konfektionsarbeiterinnen aus 1898 bis 1900 gleiches nichts. Das ist alles, was innerhalb der zehn Jahre seit den Februar-Erlässen auf dem Gebiete der Socialreform von der Reichsregierung geleistet worden ist. Das Bild wird noch viel trauriger und für die Regierung beschämender und für die Machtlosigkeit des Reichstags bedeutender, wenn wir die Frage nach einzelnen Materien ordnen.

Man hat seit Jahren im Reichstag Arbeiterausschüsse verlangt, in den Februar-Erlässen sind sie mit großem Applaus verkündet worden, aber sie sind, wie aus den Berichten der Gewerbe-Inspektoren hervorgeht, noch heute völlig bedeutungslos. Sogar die Staatsbetriebe, die doch Musteranstalten sein sollten,

haben sie entweder gar nicht eingeführt oder ihre Wirksamkeit aufs engste beschränkt, so in den Militärverhältnissen in Spondon.

Die Frage der Arbeitsnachweise, die jetzt in unschuldiger Weise von den Herren Rösche und Wassermann wieder angeregt ist, hat bereits 1885 die Petitionskommission des Reichstages beschäftigt. Herr Camp, damals Vertreter der Regierung, erklärte, man habe bereits Schritte auf diesem Gebiete gethan. Was waren das für Schritte? Das Reichsamt des Innern ist damals zum Centralverband der Industriellen gekommen und hat ein Gutachten von demselben gefordert. Dieses Gutachten fiel natürlich in dem bekannten Sinne aus: „Wir wollen Herr im Hause sein. Es könne keine Rede sein von Arbeitsnachweisen, in denen Arbeiter etwas zu reden hätten.“

Die Väterei-Verordnung ist 1896 erlassen worden. Abg. Dr. Bachem bezeichnete sie damals als sehr harmlos. Aber Konservative und Antisemiten ließen sofort Sturm gegen diese Verordnung, und Herr Dr. Dertel erklärte, sie werde das Gewerbe ruinieren. Sogar Herr v. Berlepsch sah sich damals gezwungen zu erklären, es könne nicht das Princip der Regierung sein, solche Reden zu halten und nachher Stills für Stills wieder von dem wegzunehmen, was zugesagt war. Heute aber sind wir soweit, daß die Frauen der Vätermeißen im Eliaß nach dem Bericht der dortigen Gewerbe-Inspektoren nach dem Erlaß, man möge doch auf dem Wege der Gesetzgebung die Nachtarbeit verbieten, damit sie wenigstens ein geregelt Familienleben führen können.

In Bezug auf die Frage des Bau-Arbeiter-Schutzes hat Graf Pofadowsky gestern erklärt, die Regelung dieser Frage sei den Einzelregierungen zu überlassen. Im Jahre 1896 gestand er die Mißstände auf diesem Gebiete zu, aber außer einer Umfrage an die Einzelregierungen ist bisher nichts geschehen. Nur einzelne Bundesstaaten haben Besordnungen erlassen. Gerade typisch für die Art, wie bei uns Socialreform betrieben wird, ist die bisherige Regelung der Arbeitsverhältnisse im Innenschiffahrt-Gewerbe. Bereits 1893 hat der Reichstag die Kommission für Arbeitsstatistik mit Erhebungen in dieser Sache beauftragt. Daraufhin hat dann die Kommission sich 3 1/2 Jahre lang die Erhebungen der allgemeinen Enquete von 1885 angesehen. Endlich im Jahre 1900 beschloß erst die Kommission, den Arbeitern beim Personenbeförderungs- und Fährbetrieb im Winter jeden zweiten, im Sommer jeden dritten Sonntag bis Mittags freizugeben. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Im April 1901 erklärte dann die Kommission in ihrem Bericht an den Reichslandtag, daß sie die Frage gar nicht befähigt habe, ob nicht statt am Sonntag in der Woche ein Tag frei zu geben sei, weil ihre Aufgabe lediglich dahin ginge, die Frage der Sonntagsruhe zu prüfen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Also nach 5 1/2 Jahren sozusagen gar nichts, gestützt auf Untersuchungen, die 15 Jahre zurückliegen! — Auf dem Gebiete der Frauenfrage ist ja einiger erreicht. Die Schutfrisit für Wöchnerinnen ist verlängert worden, aber die Gewerbe-Inspektoren befürchten, daß dieser Schutz fast nur auf dem Papier steht, weil die Unternehmer es einfach ablehnen, Wöchnerinnen in Arbeit zu stellen, wenn sie von der ganzen Schutfrisit von sechs Wochen Gebrauch machen wollen. — Eine Verordnung zur Regelung der Verhältnisse des Personal in Gast- und Schankwirtschaften soll ja nun wirklich herauskommen. Gut, wenn das der Fall ist, lange genug hat es gedauert. Bereits 1891 hat der Minister v. Berlepsch eine Befreiung der Mißstände auf diesem Gebiete für dringend notwendig erklärt. Was über die Verordnung bisher durch die Presse gegangen ist, rechtfertigt die schlimmsten Befürchtungen. Der gesetzlich festgelegte Arbeitstag für diese Anstalten soll 18 Stunden betragen, die Sonntagsruhe für die alle drei Wochen 24 Stunden, also nicht einmal einen vollen Tag von 36 Stunden. — Eine Verordnung zum Schutze der Hausindustriellen wurde uns bereits zum 1. April 1893 versprochen. Bis heute sind die damaligen Versprechungen nicht erfüllt. — Die arbeitslosen Mißstände auf dem Gebiete der Ainderarbeit sollen nun endlich zur Vorlage eines Gesetzes führen. In der Presse wird aber behauptet, daß von den Schutzbestimmungen des Gesetzes die Ainderarbeit in der Landwirtschaft nicht befreit werden solle, ein neuer Beweis für das agrarische Herz des Grafen Pofadowsky. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Also als Facit der Socialreform seit 1890, seit den Februar-Erlässen, ist in großen Zügen charakterisiert folgendes: nur zwei Siegeszeichen leuchten heraus — Die Justizvorlage und die 12000 Mark-Zubehörenden des Centralverbandes der Industriellen (Munche recht!). Man man eine solche Socialreform anders bezeichnen als eine Karikatur auf den Begriff einer wirklichen Socialreform? Auf der einen Seite Vereinerung der Reichs durch den Zolltarif, auf der andern Seite Reformen und Verbesserungen auf die Zukunft für die Arbeiter. Da kann man es verstehen, daß die Arbeiter zu der Socialreform dieser Regierung kein Vertrauen haben, und daß es jetzt auch in den Kreisen der Katholiken und evangelischen Arbeitervereine gärt. Ich überschätze die Revolte im Lager der katholischen Arbeiter nicht, aber der Protest gegen den bischöflichen Erlaß über die Gewerkschaften und gegen die Haltung des Centrums in der Zolltariffrage beweist doch, daß auch diesen Arbeitern allmählich die Augen aufgehen. Gewähren Sie den Arbeitern das uningeschränkte Koalitions- und Versammlungsrecht, und die deutsche Arbeiterschaft verzichtet auf die ganze Socialreform. Vergleichen Sie doch damit, was im Laufe der letzten Jahrzehnte die Arbeiter aus eigener Machtvollkommenheit erreicht haben. Da ist die Organisation der Buchdrucker, die Vermöge ihrer Opferwilligkeit und Geschlossenheit die höchste Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Fällen bis auf 8 Stunden erreicht hat, die, was Herr Hise für unmöglich erklärte, in Zeiten der Krise eine Lohnrückbildung durchgesetzt, also den Unternehmern größere Lasten auferlegt hat. Bei dieser Organisation haben wir Millionen und aber Millionen Beiträge für die Zeit der Arbeitslosigkeit, für Krankheitsfälle, für die Wittwen- und Waisenerziehung. Und das ist keine socialdemokratische Organisation, im Gegenteil, in ihr sind Elemente thätig, die es je eher je lieber begründen würden, wenn es ihnen gelang zwischen den socialdemokratischen und andern Arbeitern eine Scheidewand zu errichten. Aber selbst dieser Typus einer neutralen Organisation will nichts wissen von der Socialreform des Grafen Pofadowsky. Das beweist der Massenprotest aus den Reihen der Organisation gegen das bekannte Telegramm der Tarifkommission an den Grafen Pofadowsky. Viel bemerkenswerter ist der Erfolg der Bauarbeiter, die noch gegen zwei Seiten gegen Unternehmervilläre und Polizeidiskane zu kämpfen haben. Auch sie haben Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnrückbildungen durchgesetzt, bis in die kleinsten Städtchen des Deutschen Reiches hinein und einen Fonds von Bildung, Aufklärung, Lohnerhöhung, Verbesserung der Lebenshaltung erreicht, wie ihn Jahrzehnte der deutschen Socialreform den Arbeitern nicht geliefert haben. (Bravo! b. d. Soc.) Man kann fragen: Ja, ist diese Kritik berechtigt? Haben wir wirklich keine Aussicht, daß sich eine Verbesserung in dieser Hinsicht andahnt? Wenn die Regierung nicht den Mut hat, in den Zeiten der geschäftlichen Hochflut ein rasches Tempo in der Socialreform einschlagen, dann kann ich auch an keinen Fortschritt glauben in der Zeit der geschäftlichen Depression und bei der Art, wie die Regierung sich zusammensetzt. Trotzdem im Vorjahre alle Parteien einig waren in der Beurteilung des schädlichen und verderblichen Einflusses des Centralverbandes der Industriellen auf die Regierung — noch vor wenigen Monaten rühmte sich der Centralverband seines Einflusses auf die Gestaltung des Zolltarifs — trotz dieser Verteilung des materiellen Abhängigkeitsverhältnisses ist ein Vorstandsmitglied des Centralverbandes jetzt Mitglied des

Ministerium geworden. Herr Müller ist ein konsequenter Kaiser und Befolger der unschuldigen Arbeiterorganisationen. 1893 stellte er die Forderung auf, daß bei jedem Streik, bei dem eine Einschüchterung versucht würde, sofort Militär eingeschickt würde. Sofort, meinte er menschenfreundlich, brauchten die Soldaten ja nicht zu schießen, aber ihre Hüfaren-Uniformen sei den Arbeitern ebenso verhaßt, wie den Franzosen. Das ist der Patriotismus dieses Ministers den Arbeitern gegenüber, die er vielleicht selbst vorher in der Grube ausgebeutet hat. Das ist seine Auffassung vom Militär, das ihm nichts als eine Söldnertruppe im Dienst des Unternehmertums ist. (Wrao! bei den Socialdemokraten.) Herr Müller erklärte sich 1892 gegen den Normalarbeitsstag, bei der Bäckerverordnung mißbilligte er die gesetzliche Festlegung der 13 1/2 stündigen Arbeitszeit (scharf, von der arbeiterstatistischen Kommission sprach er höhnisch als von einem Zwischenstadium einer staatlichen Behörde und einer Dilettantenkommission). Nebenbei bemerkt, Graf Posadowsky hat Bebel falsch verstanden, als er annahm, daß er sich gegen die Umwandlung dieser Kommission, wie sie im Etat vorgeschlagen ist, erklärte. Dazu haben wir gar keinen Grund. Schlechter als sie ist, kann die arbeiterstatistische Kommission gar nicht werden. Bei der Specialdebatte werden wir näher darauf eingehen. Gestern drückte Herr Dige seinen Wunsch auf endliche Revision des Krankenlastergesetzes aus, damit die Spannung zwischen der 13 wöchigen Karenzzeit des Krankenlastergesetzes und der 26 wöchigen Karenzzeit der Invaliditätsversicherung beseitigt werde. Sie wäre längst beseitigt, wenn die Reichsregierung und die Unternehmer dem nicht seiner Zeit widersprochen hätten. Im Namen des Centralverbandes erklärte sich Herr Müller damals gegen die Beseitigung dieser Mißstände. Und da sollen wir glauben, daß es nun anders wird, seit der Mann Minister geworden ist? Herr Müller sprach damals die Unwahrheit aus, daß die Socialdemokraten ein besonderes Interesse an der Reform der Krankenversicherung hätten, weil sie die Kassenärzte zwingen, 25 Pro. ihrer Einnahmen an die Parteikasse abzuliefern. Wird Herr Müller diese Unwahrheit nun endlich als Minister beweisen? In Düsseldorf hat Herr Müller erklärt, der einzige Weg gegen den Mißbrauch sei ein Ausnahmegesetz, er hat beklagt, daß der berechnete Kern der Zuchtanstalt vorlage nicht angenommen worden wäre. Wenige Monate, nachdem er sein Ministerpatent in der Tasche hatte, erklärte er auf einer Agitationsreise in Rheinland-Westfalen, er werde seinen ganzen Einfluß aufbieten, um zu verhindern, daß die Gewerbe-Ordnung Novelle Gesetz würde. So lange Herr Müller Minister ist, wird nichts für die Arbeiter herauskommen. Nicht seiner Person wegen, sondern weil hinter ihm der mächtige Centralverband steht. Herr Wresfeld hat ja, wie aus einem Briefe an den Spinnereifabrikanten hervorgeht, erklärt, die fortgeschrittenen Klagen über die traurige Lage der Arbeiter seien ein Unfug. Die Klagen der Agrarier sind natürlich kein Unfug. (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.) Es muß in der sozialpolitischen Gesetzgebung Ruhe eintreten. Von der Schonzeit für die Unternehmer hat ja Graf Posadowsky gleich beim Beginn seiner ministeriellen Thätigkeit gesprochen. Als Graf Posadowsky im vorigen Jahre erklärte, der böse Bundesrat sei der Hemmschuh der Socialreform, war ich naiv genug, ihm für diese Erklärung zu danken. Die bairische, die württembergische, die badische Regierung haben sich aber bald offiziell vernehmen lassen, es sei gar nichts so. Nun, mir wird das nicht wieder passieren. (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.) Heute habe ich die Beweise, daß die eigentliche Seele des Widerstandes gegen die Socialreform nicht der Bundesrat, sondern Graf Posadowsky ist. In der gleichen Zeit, wo er den Bundesrat als Hemmschuh erklärte, erließ er ein Geheimcircular an die Regierungen, das den Gewerbe-Inspektoren ihre wichtigsten Funktionen raubte. Es ist das dieselbe Doppelseitigkeit, die wir bei der 12000-Mark-Affaire erlebt haben. Hier übernahm Graf Posadowsky allein die Verantwortung dafür und in der amtlichen Korrespondenz wurde Geheimrat Boedike geopfert. Herr Boedike wurde verhindert, hier vor dem Reichstag zu erscheinen. Nach der Erklärung des Reichstages lag darin eine Strafe, eine Entwürdigung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Seitdem haben die „Dresdener“ und die „Frankf. Zeitung“ unwiderprochen behauptet, daß Herr Boedike nichts mit der Briefaffaire zu thun hätte. Graf Posadowsky hat den Brief selbst geschrieben (Hört, hört! bei den Socialdemokraten) und Boedike sei nur das Opfermann. Ich als Proletarier habe für diese aristokratische Manier kein Verständnis. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Begeht man eine Dummheit, so muß man sie selbst verantworten und nicht den Untergebenen bösen lassen, bloß um das eigene Amt, den guten Namen zu sichern. (Wrao! bei den Socialdemokraten.) Was hat Graf Posadowsky den Gewerbe-Inspektoren nun verboten? Der badische Fabrikinspektor entwarf in Schmollers Jahrbuch 1901 ein Programm über die Aufgabe der Gewerbe-Inspektion, mit dem jeder einverstanden sein mußte. In seiner Note zu diesem Programm sagt derselbe Gewerbe-Inspektor: „Nach der 1900 ausgegebenen neuen Anweisung zur Erstattung der Jahresberichte sollen künftig in Wenderung und Ergänzung bestehender Vorschriften Arbeitseinstellungen und Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbesoldung nicht mehr besprochen werden.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich will hinzufügen, daß es den Gewerbe-Inspektoren auch untersagt worden ist, ihre Meinung auszusprechen, wenn die Berichte wegen Konventionen gegen die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung zu geringe Strafen verfügen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Gewerbe-Inspektoren sind demnach die Vorläufer der Gesetze zu überwachen; sie sind die kompetentesten Organe, um über Befolgung und Weiterbildung der Gesetzgebung zu berichten. Graf Posadowsky aber verbietet den Gewerbe-Inspektoren alle Äußerungen über Wirkung und Weiterbildung der Gesetzgebung. Wir wissen ja, zu welchem Zwecke die Berichte über Streiks den Gewerbe-Inspektoren genommen und der Polizei zugewiesen worden sind; darüber braucht man kein Wort mehr zu reden. Aber auch über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter dürfen die Inspektoren nach dem Geheimcircular des Grafen Posadowsky vom Oktober 1900 nicht mehr berichten. Im Februar 1900 konnten wir Socialdemokraten von dieser Stelle aus konstatieren, daß alle Gewerbe-Inspektoren in Deutschland einig seien in der Meinung, daß, soweit Lohnverböhlungen stattgefunden haben, sie mehr als ausgeglichen seien durch die Steigerung der Lebensmittel, Wohnungspreise etc. Wir haben besonders angefaßt der brotvertheuernden Posttarif-Vorlage auf diese Thatsache hingewiesen. Was war die erste Folge davon? Es wird jetzt den Fabrikinspektoren das Maul verboten! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nun gibt es natürlich keine schlechten Ernährungsverhältnisse mehr, es wird ihnen der Mund zugeseigelt. Graf Posadowsky kann nun die Behauptungen der Socialdemokratie als einseitige Parteimeinungen hinstellen. Warum ist dieser Erlaß geheim gehalten worden, nachdem uns so und so oft versichert worden ist, die Regierung beabsichtige nicht Böses? Man scheint doch seine besondern Gründe zu haben, solche Erlasse nicht zu veröffentlichen, gegen die sich die öffentliche Kritik alsbald in aller Schärfe gewandt hätte! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

So finden wir denn auch in den Gewerbe-Inspektionsberichten keine Vorschläge zur Weiterbildung der Gesetzgebung. Aber im Register findet sich ein Stichwort: „Ernährungsverhältnisse — siehe Landwirtschaft.“ (Wachen bei den Socialdemokraten.) Ueber Streiks findet sich allerdings eine Reihe von Mitteilungen. Aber diese sind auch danach. Die Mehrzahl von ihnen läßt den Schluß ziehen, daß die Herren Berichterstatter den Wink mit dem Zaumriem wohl verstanden haben, den ihnen der preussische Handelsminister in einem auch gemeinen Erlaß hat zukommen lassen. Graf Posadowsky hat am 16. Oktober vorigen Jahres ein Circular erlassen, zu dem der preussische Handels-

minister den Regierungen- und Polizeipräsidenten eine Erklärung beigegeben hat. Nach dem Circular sollten künftig die Gewerbe-Inspektoren wieder über Arbeitseinstellungen berichten. Nach der Bemerkung des preussischen Handelsministers an die Regierungen- und Polizeipräsidenten sollen letztere nach wie vor über jede größere gewerbliche Arbeitseinstellung berichten, aber infolge von Reklamationen der Gewerbe-Inspektoren selber sollen künftig auch diese wieder darüber berichten. Nach der Auffassung des Handelsministers werden aber die polizeilichen Berichte in der Hauptsache für die Regierung genügen.

Die Berichte der Gewerbe-Inspektoren über Streiks haben sich in der Mehrzahl diesen Wink zu Herzen genommen. Für Westpreußen wird bei einem Holzarbeiter-Streik ausdrücklich konstatiert, daß dieser mit der Socialdemokratie nichts zu thun habe, denn die betreffende Versammlung habe mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen. Wenn bei den Tausenden von Streikversammlungen die preussischen Gewerbe-Inspektionsberichte nur von einer einzigen angeblich loyalen und löblichsten Versammlung berichten können, so hätte man doch besser gethan, auch von diesem einen Hoch auf Se. Majestät zu schweigen. Der Vergleich ist gar zu ungünstig für das monarchische Gefühl. Aber schließlich darf man auch verlangen, daß man bei Streitberichten keinen Unterschied in der politischen Gesinnung macht. Auch socialdemokratische Arbeiter haben gesetzliche Rechte, sie haben ein Recht, für höhere Löhne und für Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten, wenn auch zehnmal Oberhofmarschall Freiherr v. Niddach mit der ganzen Bildung, Vornehmlichkeit und Arbeiterfreundlichkeit, die in gewissen Kreisen zu Hause zu sein scheint, die Socialdemokraten rundweg mit Anisocerosen vergleicht und wenn auch Ober-Hofprediger Ohly bei einer Studentenfeier es für geschnadvoll erachtet hat, die deutsche Arbeiterklasse als eine Bestie darzustellen, der, wie beim Biomar-Deinmal, der Fuß auf den Raden zu setzen sei. Wenn die Arbeiter solche Äußerungen eines Ober-Hofmarschalls und eines Ober-Hofpredigers erfahren, darf man sich denn wundern über die Stimmung in deutschen Arbeiterkreisen? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die ist einfach das Echo solcher Unverschämtheiten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten, große Unruhe rechts.)

Ein Bericht eines Gewerbe-Inspektors konstatiert, daß in der Handshuhmacherbranche, in der beinahe ein nahezu geschlossene Arbeiterorganisation über ganz Deutschland besteht, die Unternehmer einen Streik provoziert haben, um das Hoch der Arbeiter von sich abzuschnüdeln. Ist diese Ausdrucksweise wohl angebracht? Der Kasseler Gewerbe-Inspektor sprach sogar von Haupttädelnführern bei einem Streik, als wenn es sich um Verbrecher handelte, das er immer an die Zeiten der Zuchtanstalt vorlage. Diese Proben geben einen Beweis von dem Geist, in dem der Erlaß des Ministers Müller gewirkt hat. Dann hat Graf Posadowsky den Gewerbe-Inspektoren auch unterlagt, Klagen zu erheben über lächerlich geringfügige Strafen der Gerichte für Zuwiderhandlungen gegen die Gewerbe-Ordnung. (Graf Posadowsky schüttelt mit dem Kopf.) Dann muß ich mich beschreiben. Thatsächlich aber ist in den letzten Berichten nicht eine einzige Klage über zu geringe Strafen ausgesprochen worden. Gelegenheit wäre dazu genug dagewesen. Der Magdeburger Bericht erzählt, daß der Arbeitgeber bei einem Steinbruch wiederholt zu Sicherheitsmaßregeln im Interesse der Arbeiter aufgefordert sei. Er veräumte dieses, die Katastrophe trat ein, mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt, einer getötet, der Arbeitgeber aber nur zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Wie liegt es vollkommen fern, die Gewerbe-Inspektoren für die den Arbeitern mißgünstigen Verichte verantwortlich zu machen. Die Verichte rühren nicht von den Gewerbe-Inspektoren selbst her, sondern sie werden erst zusammengestellt. Ich mache das System, nicht den einzelnen Beamten verantwortlich und besonders natürlich die Regierung. Es muß ja jeder Gewerbe-Inspektor, der seine Pflicht erfüllt, geradezu als ein Held gegen die Auffassung der Regierung erscheinen. Der Staatssekretär hat erklärt, im Lande des allgemeinen Wahlrechts sei das Koalitionsrecht für Arbeiter eigentlich überflüssig. Die sozialpolitische Auffassung des Grafen Posadowsky scheint sich darauf zu beschränken, daß das Reich die notwendigen Unfallversicherungs-Vorschriften erlasse und dafür sorg, daß die Opfer der Unfälle nicht gerade als Bagabunden und Bettler auf der Landstraße umherlaufen, sondern vor der äußersten Not geschützt sind. Damit scheint sich die praktische Thätigkeit des Staatssekretärs zu erschöpfen. Was will der fortwährende Hinweis auf die kolossalen Opfer belegen, die die Industrie für die Arbeiterausbildung zu bringen hat? Seit 1886 sind etwa 83 000 Arbeiter in industriellen Betrieben im Dienste des Kapitals getötet worden. Tausende von Familien sind ihrer Ernährer beraubt. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Getöteten 8667. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes beträgt die Belastung der Arbeitgeber pro Kopf des Arbeiters und pro Jahr im Durchschnitt der Jahre 1886-1899 — 7,76 M., 1900 — 9,88 M., das macht pro Tag und Arbeiter für den deutschen Unternehmer die Summe von 3 Pfennigen! Wie kann man da von einer ungeheuren Belastung sprechen? Ist etwa die englische und die amerikanische Industrie nicht konkurrenzfähig; das sind alles nur Kammernähen!

Die Berichte der Gewerbe-Inspektoren sind von Jahr zu Jahr kleiner und bedeutungsloser geworden. Der preussische ist von 631 auf 380 Seiten gesunken. Das Erscheinen der Verichte hat sich verspätet und noch wochenlang nachher waren die Verichte der preussischen Gewerbe-Inspektoren in der Reichstags-Bibliothek nicht zu erhalten. Obwohl die Auflage der Inspektorenberichte nicht genügt, hat die preussische Regierung keine Neu-Auflage veranstaltet. Weiter haben wir die alten Klagen über die mangelhafte Revision der Betriebe. Es giebt Bezirke, wo nur 13 Proz. der Betriebe revidiert werden; in industriereichen Elsaß sind nur 10 Proz. der Betriebe revidiert worden. In einzelnen Staaten sind weltliche Fabrikinspektoren angestellt worden, und sie erweisen sich als sehr nützlich. Nur Preußen macht eine lächerliche Ausnahme. Durch alle Verichte geht die Klage, daß die notwendige engere Beziehung zwischen Inspektoren und Arbeitern sich nicht einstellen wolle. Das ist nicht wunderbar, wenn man erfährt, daß z. B. Zil Reichert jede Verbindung mit der Berliner Frauenkommission verumlicht auf einen Wink von oben hin vollkommen abgebrochen hat. In anderen Einzelstaaten wird ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß die Arbeiterorganisationen in Verbindung mit den Aufsichtsbearbeitern bleiben. Auch das Urteil über die Arbeiterorganisationen klingt sehr verschieden. Besetzt noch das Verleptische Verbot für die preussischen Inspektoren, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten? Sogar Sachsen ist da besser, als Preußen. Der Inspektor für Leipzig konstatiert, daß bessere Arbeitsbedingungen durch das Eintreten der Arbeiter-Organisationen erzielt worden seien. Damit das Lob für Sachsen aber nicht zu groß werde, sagt der Dresdener Inspektor sofort darauf, daß durch die Aufnahme von Beschwerden der Arbeiter-Organisationen durch die Arbeiterpresse der Friede mit den Unternehmern gestört werde. (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.) Die preussische Regierung will aber den Verkehr zwischen den Arbeiterorganisationen und den Beamten nicht, weil er den Unternehmern verhaßt ist. Fürchtet man etwa, auf die Inspektoren könnte das Rot der Arbeiter abfallen? (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Mögen Sie auch noch so oft versichern, unsere Behauptungen seien übertrieben, die Mitteilungen, die wir über geben, machen Eindruck auf die Arbeiter und alle ernstlichen Freunde einer gründlichen Socialreform. Damit haben Sie zu rechnen. Wir werden in unsren Anträgen, die Gewerbe-Aufsicht so zu ordnen, wie es der Antrag Albrecht vorschlägt, nicht müde werden. Wir werden diese oder eine andere zusammengezeichnete Regierung auf der Bahn der Socialreform unermüdlich vorwärts treiben. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:
Ich verdenke es den Vertretern der Socialdemokratie gar nicht, wenn sie hier die Rechte der Arbeiter vertreten. Ich betrachte die Socialdemokratie als eine Arbeiterpartei. Die Vertretung der Arbeiterinteressen verfallt in den Herren nicht, ich wünsche nur, es geschähe mit der Objektivität, die notwendig ist, um in gelegentlichen Körperlichkeiten die Geschäfte zu fördern. Wenn der Herr Abgeordnete erklärt hat, seine Worte würden bei den Arbeitern widerklingen, so bitte ich ihn, als objektiven Mann dafür zu sorgen, daß auch die Äußerungen der Gegenseite zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden. Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, daß es nicht möglich sei, die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in der nötigen Zahl zu erhalten. Thatsächlich sind diese Berichte in 420 Exemplaren früher als sonst den Abgeordneten zugegangen. Bei Versendung der preussischen Verichte ist allerdings ein Irrtum vorgekommen, der sich nicht recht hat auflösen lassen. — Ich muß auf das entschiedenste bestreiten, jemals gesagt zu haben, ich wolle zwar weitergehende Socialreform, aber der Bundesrat hindere mich. Ich habe lediglich behauptet, daß es verfehlt ist, alle Angriffe gegen meine Person zu richten, während ich doch nur eine Politik treiben könne, für die ich die Bundesregierungen hinter mir habe; nicht ein einzelner Beamter sei für die Politik verantwortlich, sondern die Gesamtheit der Bundesregierungen. — Was meine angeblichen Geheimereklasse an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten betrifft, so betone ich, daß diese Beamten nicht souverän sind, sondern sich nach den Anweisungen der ihnen vorgelegten Behörden zu richten haben. Ich sehe durchaus auf dem Standpunkte, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten die Thatsachen möglichst genau, korrekt und sachlich feststellen sollen, daß sie sich aber nicht in weitläufigen socialpolitischen Betrachtungen verlieren sollen. Nachdem das Verfahren, Auszüge aus den Berichten zu geben, die stets als tendenziös von der Socialdemokratie bezeichnet wurden, aufgegeben war und die Originalberichte gedruckt wurden, war eine gewisse Verkürzung des Anfangs der Berichte notwendig. Der Zweck der Verichte ist nicht, hier die Bibliothek zu füllen und einem oder dem anderen Politiker Material zu geben, sondern sie sollen in weitere Kreise dringen. — Eine Tendenz zu Gunsten der Unternehmer soll in meiner Verfügung enthalten sein, daß Beschwerden über zu milde Bestrafung der Unternehmer nicht in die Verichte kommen. Ich habe aber gerade verfaßt, daß von seiten der Beamten in jedem einzelnen Falle sofort der vorgelegten Behörde Bericht zu erstatten ist, damit diese in die Lage versetzt wird, auf thunlichst schnelle Beseitigung der Mißstände hinzuwirken. Der einzige erfolgversprechende Weg, um der in der That zu milden Paris einzelner Verichte entgegenzutreten, liegt nicht in der Aufzählung der Fälle im Jahresbericht, sondern in dem sofortigen Bericht an die vorgelegte Behörde, damit sie vor Eintritt der Rechtskraft die Rechtsmittel erschöpfen kann. Also gerade im Gegensatz zur Auffassung des Vorredners liegt in der Verfügung der einzig praktische Weg, um zu milde Bestrafungen zu verhindern. — Weiter ist die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt worden, als hätte ich, um die Klagen der Arbeiter zu unterdrücken, verhindert, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten über die Ernährungsverhältnisse sprechen. Veränderungen in der Ernährungsweise vollziehen sich aber erfahrungsgemäß nur allmählich, ihre Feststellung erfordert daher den Ueberblick über einen längeren Zeitraum als ein Jahr. Gerade im Gegensatz zu der Ansicht des Vorredners habe ich eine besonders ausführliche und umfassende Verichterstattung, wie seiner Zeit über die Frauenarbeit, so jetzt über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter angeordnet, die dem Reichstag in einem zusammenfassenden, mehr wissenschaftlich gehaltenen Bericht vorgelegt werden wird. Also nicht die Tendenz, die der Vorredner die Güte hatte mir zu unterstellen, sondern gerade die entgegengelegte ist maßgebend gewesen. — Dieselben Gründe sind auch seiner Zeit dafür bestimmend gewesen, über Streiks und Aussperrungen statt in den einzelnen Berichten in einer zusammenfassenden Darstellung Aufklärung zu geben. Man war der Ansicht, daß die statistische Uebersicht des Statistischen Amtes über die Streiks und Aussperrungen vorläufig genüge. Im Hinblick darauf aber, daß vielleicht das aktuelle Interesse bei einer späteren zusammenfassenden Darstellung festzuhalten würde, habe ich unter dem 16. November 1901 die Beamten angewiesen, wieder sofort über Streiks und Aussperrungen zu berichten; übrigens habe ich auch bestimmt, daß, um die volle Wahrheit festzustellen, nicht die Polizei, sondern die Parteien, das heißt Arbeitgeber und Arbeiter, gehört werden sollen. Wenn mir also der Vorredner socialpolitisch feindliche Gesinnung unterschiebt, so wird er damit kein Glück haben. — Der Vorredner hat auch eine Zusammenstellung dessen gegeben, was seit 1897 auf socialpolitischen Gebiete geschehen ist. Ich kann nur bitten, das „Reichsgesetzblatt“ und den „Reichs-Anzeiger“ etwas sorgfältiger durchzulesen, dann wird er sich überzeugen, daß er nicht annähernd alles angeführt hat, was wirklich geschehen ist. — Der Vorredner ist auch wieder auf die Unfälle gekommen. In Bayern, Sachsen sowie in einer Reihe anderer Staaten sind auf Grund meines Rundschreibens eingehende Verordnungen ergangen, die einen verstärkten Schutz der Arbeiter bedeuten. — Die Deduktion des Vorredners, der die Gesamtsumme der gezahlten Unfallerschädigungen auf die Gesamtzahl der Arbeiter reduzierte, um so die geringfügigkeit der Leistungen der Unfallversicherungs-Gesetze zu beweisen, hat sehr wenig statistischen Wert. Je größer nämlich die Zahl der Arbeiter und je geringer die Zahl der Unfälle infolge der verbesserten Schutzvorrichtungen wird, desto kleiner würde die Summe werden, die auf den Einzelnen entfällt. Mit Erhebungen über die Arbeitszeit der in Comptoirs Angestellten und über die tägliche Arbeitszeit im Wägenfahrts-Gewerbe ist die Kommission für Arbeiterstatistik beauftragt worden. — Einen Gesetzentwurf betr. die Cigarren-Geminarbeiter können wir nicht vorlegen bevor die Kinder-Zuchtvorlage verabschiedet ist, da diese Materie ein zusammenhängendes — Was die Antwort auf Beschwerden von Arbeiterorganisationen betrifft, so ist mir nur ein Erlaß des preussischen Handelsministers bekannt, der bestimmt, daß Antwort stets nur an den persönlichen Beschwerdeführer erteilt wird. Ich habe keinen Einfluß auf den preussischen Handelsminister, um ihm bestimmen zu können, diese Verordnung zu modifizieren oder zurückzunehmen. — Ueber das Auktionsverfahren ist eine Enquete angeordnet. Wenn die Judikatur bezüglich der Nachschüsse bei Auktionsläufen nicht eine andre wird, wird jedenfalls eine Ergänzung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb notwendig werden. — Ueber die Verhältnisse in den Betrieben des Reiches hoffe ich Ihnen in der nächsten Zeit Nachweisungen vorlegen zu können. — Um noch mit einigen Worten auf die Angriffe gegen den preussischen Herrn Handelsminister zurückzukommen, so halte ich es für sehr bedenklich, wenn man einem Manne, der aus einem Privatverhältnis in das öffentliche Leben tritt, jede Äußerung anrechnet, die er mal in Privatverhältnis oder gar im Privatgespräch gethan hat. So viel mir bekannt, ist es sogar einmal auf einem socialdemokratischen Parteitag ausdrücklich bemängelt worden, auf Grund von Privatgesprächen Angriffe zu erheben. (Abg. Fischer (Soz.): Es war eine Äußerung im öffentlichen Parlament.) Es ist nicht meine Aufgabe, jedes Wort des Handelsministers hier zu vertreten, aber Sie dürfen ihn nur beurteilen nach dem, was er in seiner jetzigen Stellung sagt. Ich bitte Sie, erst seine Thaten im Laufe seiner Amtsführung abzuwarten. (Wrao!)

Abg. Böckel-Deffau (völiberal):
Wenn der Staatssekretär sich nur als das ausführende Organ der Beschlüsse des Bundesrats bezeichnet hat, so hat er seine Stellung doch unterkämpft. Ich nehme an, daß er nur diejenigen Beschlüsse des Bundesrats durchführt, mit denen er einverstanden ist. Sonst hätten ja seine Erklärungen hier

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera

Invalidenstr. 57/62.
Um 8 Uhr: Unser Sonnensystem.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.

Neu!! Der bedeutendste

Kraftturner

der Welt, der Berliner

Alex Meyer

Phänomenale Muskulatur!

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73.

Morgen und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:

Seine Kleine.

Große Berliner Ausstattungsgesellschaft mit

Schauspiel und Tanz in 3 Akten.

Paula Borm a. G., Guido Thielker, Helmerding, Junfermann, Paul Müller, Gerda Wolde, Vojta, Samsonow, Junfermann Anfang 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.

Schauspiel in 3 Akten.

Paula Borm a. G., Guido Thielker, Helmerding, Junfermann, Paul Müller, Gerda Wolde, Vojta, Samsonow, Junfermann Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.

Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:

'ne feine Nummer!

Burleske Ausstattungsgesellschaft mit

Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.

Im 4. Bilde:

Frauchens Weihnachtstisch.

Anfang 8 Uhr.

Rauchen überall gestattet.

Schall und Rauch.

(Kleines Theater)

Unter den Linden 44.

Freitag, den 24. Januar 1902:

Um 7 1/2 Uhr: Solres des Gedankenlesers Ninoff. — Um 8 1/2 Uhr:

Vorstellung vor Sereissimus. Erlösung. Familienidyll etc.

Preise für den ganzen Abend: Parkett 6.—, 4.50, 3.— und 2.— M.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Ueberbrettli)

Köpaickerstr. 68.

Freitag, den 24. Januar 1902:

Lina Abarbanell, Bozema Bradsky u. Oskar Strauss.

U. a.: „Maientanz“, Musik von Schindler. „Steppe“, von Jon Lehmann. — Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16.

Liebestraum und Erwachen

oder: Charlotte.

Schauspiel in 3 Akten von G. Scharf.

Sonnabend keine Vorstellung.

Passage-Theater.

Anf. Sonntag, 3. Wechelt, 5. Ende 11.

Damen-Luftkampf

ausgeführt von 12 jungen Damen.

Neu! Der Gesangs-Humorist

Amon

in seinen Zwerchfell erschütternden Baenortypen.

Neu! Schindler,

der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.

Michel Mayer,

der stärkste Mann der Welt, zahlt 1000 Mk. dem, der seine Hanteln nachhebt.

16 erstkl. Nummern.

Indische Menagerie

im Exerzierhaus

(am Breuzlauer Thor)

Vertragerstr. 1-7.

Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie

Löwen-Ringkampf

und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.

Entrée: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1 u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.

Die Direction: Fross.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)

Burgstr. 22.

Direktion: Winkler u. Fröbel.

Das effektivste wunderbare

Januar-Programm.

Um 8 1/2 Uhr: Noch kurze Zeit die humorvolle stets neue

Ausstattungs-Gesangs-Burleske

Großstadtzauber.

Hugo Lüttig: Dir. R. Winkler.

Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.

Freitag, den 21. Januar:

Sommerfeld-Benefiz.

Die süßen Wädel. Operette.

Aussetzen des Hrn. W. Fröbel.

Trianon-Theater

Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr.

Lebende Lieder.

Anfang abends 8 Uhr.

Charivari-Brett'l

Alte Jakobstr. 37.

Pepi Weiss

Helena Dyas

Stella Ruth

Albert Kühne

Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns

Norddeutsche Sänger

Neu!

Die Zillerthaler.

Neu!

Die Volkshütten.

Nach jeder Vorstellung: TANZ.

Entrée 50 u. 75 Pf. Wochenent. Anfang 8 Uhr. Entrée 30 u. 50 Pf. Wochenent. Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.

Größtes Vergnügungsort Berlin

Internationale Konzerte u.

Specialitäten-Vorstellung

Ausschank:

Berliner Bock-Brauerei.

Bürgerl. Diner, 5 Gänge.

Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Oekonom: Gustav Prellinger.

Cirkus Busch

Freitag, 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Vorstellung. Klondike. Orig. Fantomium des Cirkus Busch. Die rätselhafte Contesse X.

Cirkus A. Schumann.

Freitag, den 24. Januar 1902,

abends präzis 7 1/2 Uhr:

Zum 111. Male: Abendlich

fränkischer Beifall:

Quer durch Paris.

Größe und glänzende Ausstattung:

Pantomime in 8 Akten. — Border: Die großartigen Januar-Specialitäten u. a.: Sensationelle

Reise, zum erstenmal in Deutschland

Mirza Golem-Truppe.

Neu! Verisch, fantastische Karawane.

Neu! Jeux carieux sur chameaux.

Neu! Sallma, der beste weibl. Springer

der Welt. Neu! Original-Bicycle-Truppe.

Die phänomenalen Kunst- und Wettfahrten auf einer Rennbahn mit 65° Steigung. Neu! Auslands beste musikalische Clowns Bin-Bom. Neu! Die musikalische Gerichtsverhandlung. Dir. Alb. Schumanns neue Original-Dressuren. Ferner Aussetzen (ausl. Clowns u. Anguste mit ihren neuesten urkomischen Entrees u. Intermezzen).

Sonntag 3 große Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.

In beiden Vorstellungen das großartige Januar-Programm und „Quer durch Paris“. Nachm. 1 Kind frei.

Reichshallen.

Täglich:

Stettiner Sänger.

Anfang Wechelt 8 Uhr

Sonntags 7 Uhr.

Blutfrische Hasen

Wildfleisch

Gänse, Puten, Enten, Hühner, Tauben.

A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Achtung, Gewerkschafts-Mitglieder! Arbeitslosen-Zählung!

Am Sonntag, den 26. Januar, morgens Punkt 8 Uhr, treffen sich alle Gewerkschafts-Mitglieder, welche sich zuvor in die Listen ihrer Gewerkschaft haben eintragen lassen, in nachstehenden Sammellokalen.

Es ist auch andern Gewerkschafts-Mitgliedern, welche vorher nicht eingezeichnet sind, gestattet, sich dort zur Mitarbeit einzufinden. Das Mitgliedsbuch ist möglichst mitzubringen. Jeder Mitthätige hat sich in dem seiner Wohnung am nächsten liegenden Lokal pünktlich einzufinden. Zu spät Erscheinende gelten als Nichtmitthätige. Alle in Vororten Wohnende haben sich in dem für sie im Ort angegebenen Lokal einzufinden. Personen, welche gewöhnlich politisch thätig sind, gehen nicht in die Sammellokale, sondern in die Bezirkslokale. Die Eingezeichnung in die Kontrollliste erfolgt für alle in den Bezirkslokalen.

Das überschüssige Material muß sofort an die Bezirksführer abgeliefert werden. Das Centralbureau ist das Gewerkschaftsbureau. Meldungen wegen Hilfskräfte sind dahin zu richten: Amt VII 3733.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I und IV. Brüder, Baldemarstr. 75. Rehoff, Wasserthorstr. 68. Ewald, Schönleinstr. 6. Gabels Brauerei, Bergmannstr. 8. Königshof, Bülowstr. 37. Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Fischer, Baldstr. 8. Peters, Alt-Moabit 80/81. Schüler-Brauerei, Turmstr. 25. Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58. Cösliner Hof, Cöslinerstr. 8. Dieke, Ackerstr. 123. Wernau, Schwedterstr. 23/24. Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 42. Brinkmann, Brinzen-Allee 21. Nümann, Brunnenstr. 188. Bauer, Roberthalerstr. 57. Feind, Weinstr. 11. Schweizer Garten, Am Friedrichshain. Königshaus, Frankfurterstr. 117. Stechert, Andreasstr. 21. Keller, Koppenstr. 29. Elysium, Landsberger Allee 40. Charlottenburg. Leder, Bismarckstr. 74. Schöneberg. Obst, Reinigerstr. 8. Wilmerdorff, Witte, Berlinerstr. 40. Steglitz. Schellhase, Ahornstr. 15a. Tempelhof. Müller, Berlinerstr. 41. Nigdorf, Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. Baumjulenweg, Staffeld, Baumjulenstr. 84. Rummelsburg. Bentling, Goethe- u. Kantstr. Ecke. Lichtenberg. Lütterbusch, Friedrichstr. 11; Bastian, Hagen- u. Sudrunstr. Ecke. Friedrichsfelde. Loffe, Luisenstr. 20. Weisensee. Schumann, Lehderstr. 118. Pantow. Hoffmann, Mühlenstr. 25. Reinickendorf-Ost. Puzirer, Provinzstr. 47. Reinickendorf-West. Engel, Eichbornstr. 73.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Richtung: Nur erklaffige Specialitäten. J. N. Hatt. Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Den Herren Restaurateuren zur gefälligen Nachricht, dass der Anstich unsres auch in diesem Jahre vorzüglich gelungenen

Bockbieres

am Sonntag, den 25. Januar cr. stattfindet, und bitten wir um gütige Aufträge.

In unserm Special-Ausschank

Wirtshaus am Orankesee

eröffnen wir die Bockbier-Saison Sonntag, den 26. Januar cr. mit

Gr. Bockbier-Jubel

verbunden mit Konzert und Ball. Aktien-Brauerei Hohen-Schönhausen.

Apollo-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 49. Jeden Sonntag und Montag

Große Theater-Vorstellung.

Großer Saal und Garten zu Vereinsfestlichkeiten zu vergeben. Ph. Thomas.

Wandel-Panorama.

Leipzigerstr. 78/74 am Dönhofsplatz.

Orient-Reise mit der Luftschiff „Prinzessin Victoria Luise“. Vorstellungen täglich 12, 2, 4, 6, 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. 6,8*

Nicht

Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh.

Blutandrang ist vielseitig kräftlich empfohlen — ohne Berührung —

Monhaupts Citronensaftkur mit naturhoftkräftigen milden Citronensaft von reifen Citronen als „Citromon“ gesch.

Berlin und nächste Verorte sende 1 Flasche „Citromon“, d. 1. Saft von 20 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilo, d. 1. Saft von 80 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Anwärts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kurplan und Dankschreiben vieler Geheilten.

Täglich frische Pressung. P. Monhaupt, Berlin P. Schönhauser Allee 177. Fabrik sanitärer Specialitäten. Sonst nirgends weiter. Telephon: Amt III No. 98.

Achtung!

Herren-Vortrag

Freitag, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Hallen“, Andrastr. 26: 73b

Referent: H. Müller, Naturheilkundiger. Thema: Die Quecksilber-Behandlung im Lichte der Volks-gesundheit. Diskussion. Eintritt frei.

Sonntag, 3 Uhr: Hallsches Thor n. Wilmersdorf, Wittos Volksgarten. Bei ungunstiger Witterung per Bahn nach dort. 11/4

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft Berlin O. 34

Frankfurter Allee 53

Teleph. Amt VII 2645

empfiehlt für 1,50 frei Haus

18 Fl. 1/10 Lagerbier (3142)

15 Fl. 1/2 Lagerbier

15 Fl. 1/10 Pilsener Art

15 Fl. 1/10 Münchener Art

15 Fl. 00 Weissbier

20 Fl. Doppel-Weissbier.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste, Mocquetts, Blüsch, Muster bei näherer Angabe franco.

Emil Lefevre, Berlin, 158

Mittwoch, den 22. d. M., früh 4 Uhr, nach langem, qualvollem Verden meine liebe Frau 63b

Dorothea Jäncke

geb. Wittke, Tiefbetr.: August Jäncke, Maurer, Gr. Frankfurterstr. 77.

Beerbigung am Sonntag, den 26. d. M., mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenfriedhofes, Landsberger Allee.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale Berlin VII. Sonntag, den 26. Januar, vormitt. 10 Uhr, bei Hoffmann, Waisenw. 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassen, Jahres- und Geschäftsbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl der Kassierer und Stellvertreter. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 5. Wahl eines Wahlkomitees. 6. Verschiedenes. Hohe Beteiligung ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Montag, 27. Januar 1902, abends 8 Uhr.

General-Versammlung der Delegierten

in den „Kunsthallen“, Kommandantenstr. 20.

Tagesordnung: 1. Wahl des Rechnungsabstufers für das Jahr 1902. 2. Bestätigung der Bureauarbeiten, gemäß §§ 33 III und Antrag derselben „Gebalts-erhöhung“. 3. Verschiedenes. 88b

Orts-Krankenkasse der Graveure, Ciseleure und anderer künstl. Gewerbebetriebe.

Freitag, den 31. Januar 1902, „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 43.

Wahlversammlung.

I. Abends 8-9 Uhr: für die Herren Arbeitgeber.

Tagesordnung: Wahl von 46 Vertretern für das Jahr 1902.

II. Abends 9-10 Uhr: für die Herren Arbeitnehmer.

Tages-Ordnung: Wahl von 80 Vertretern für das Jahr 1902. 270/10

Wichtigste Buch legitimiert. Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. (G. S. R. Nr. 3 Hamburg.)

(Ortsliche Verwaltung Berlin F.)

Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. 23-24: 1

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 183/1 Die Ortsverwaltung.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Krankheiten“. Freitag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. 23b

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57. Ankauf bis abends neun. (32349*)

Parteigenossen in den Vororten! Seht die Wählerliste zur Gemeindevahl nach und wendet Euch im Behinderungsfalle an die am Sonntag in der 4. Beilage des „Vorwärts“ bekannt gegebenen Parteigenossen. Die Liste liegt nur noch eine Woche öffentlich aus!

Partei-Nachrichten

Ein Wahlexempel.

Im Landtagswahlkreise Sorau-Guben-Forst ist am Donnerstag die Wahl des Abgeordneten vorgenommen worden. Da es sich um eine Ersatzwahl handelte, waren nur diejenigen Wähler nachzuwählen, die seit der Hauptwahl aus dem Wahlmännerkörper ausgeschieden waren. Es handelte sich nur um wenige Personen. Trotzdem beteiligten sich unsere Parteigenossen in der Stadt Forst an der Urwahl zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich mit der Wahlchance vertraut zu machen. Sie erlangten 9 Wahlmännermandate. Es wurde dann weiter im Einverständnis mit unseren Wahlmännern beschlossen, an der Wahl des Abgeordneten nicht teilzunehmen.

Der Beschluß wird mit folgenden Erwägungen begründet: Bei einer Gesamtzahl von 718 Wahlmännern ist die Zahl von neun sozialdemokratischen Wahlmännern geringfügig. Es liegt zwar die Möglichkeit vor, daß die Abstimmung dieser neun ausschlaggebend würde, doch kann es gegenwärtig nicht von politischer Bedeutung sein, ob der freikonservative Schön-Westau oder nationalliberale König-Guben gewählt würde.

Ueber die im Augenblicke wichtigste Frage, die zwar den Landtag nur indirekt angeht, nämlich über den Zolltarif, hat Herr König jede öffentliche Erklärung vermieden; soweit eine (in einer Sitzung der Handelskammer gethane) Erklärung vorliegt, geht diese lediglich dahin, daß Herr König sich keine Meinung über den Zolltarif bilden können. Ein solcher Kandidat, der weder Fisch noch Fleisch, kann für die Sozialdemokratie auch nicht als „Unerwarteter“ in Betracht kommen.

Es kommt hinzu, daß Herr König laut den in bürgerlichen Kreisen erschienenen Berichten in seiner Kandidatenrede auch mit keiner Silbe auf Arbeiterfragen eingegangen ist und die Arbeiter überhaupt nicht erwähnt; daß er Kandidat der Wahlrechtverbesserlicher von Forst ist, kann erst recht nicht für ihn einnehmen.

Herr Schön-Westau als Anhänger der agrarisch-großindustriellen Sammelpartei der Fraktion verstand Stimmun ist erst recht zurückzuweisen, doch unterschreibt er sich von Herrn König in dem Maße, daß die Ausbeutung des Einflusses der Partei gerechtfertigt wäre.

Die Wahl hat nun folgendes Ergebnis gehabt: Es stimmten 647 Wahlmänner ab; davon 325 für den Konservativen und 310 für den Nationalliberalen. Die Vermutung, daß unsere 9 Wahlmänner leicht den Ausschlag geben könnten, hat sich also bewährt. Noch 9 Stimmen für den Nationalliberalen hätte Stimmengleichheit ergeben und wenn nach der erforderlichen zweiten Abstimmung dasselbe Resultat herauskam, dann müßte das Los entscheiden. Wären sämtliche Wahlmänner neu zu wählen gewesen, so hätten wir ohne Zweifel die Entscheidung sicher in der Hand gehabt.

Für das Ergebnis dieser Wahl ist das bei der Person der in Frage kommenden Kandidaten ziemlich belanglos. Als Experiment für die Hauptwahl im nächsten Jahre ist es jedoch von außerordentlicher Wichtigkeit. Unsere allgemeine Wahlbeteiligung wird in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen ähnliche Situationen schaffen, und dann haben wir es in der Hand, den Kandidaten und den Parteien Bedingungen zu stellen, und wir werden unsere Bedingungen stellen. Die Parteiloyalität in Preußen ist noch etwas anders wie in Sachsen, und wenn wir auch unsere Wahlmänner in der Hauptsache in der dritten Klasse finden werden, so wird doch unsere allgemeine und ernstliche Beteiligung an der Wahl vielfach Situationen schaffen, die die Entscheidung in unsere Hand legen. Daß die dann in möglichst vorteilhafter Weise für unsere Partei ausgenutzt wird, dafür ist gesorgt durch die Bestimmung, daß für ganz Preußen der Parteivorstand als Wahlkomitee fungiert, von dessen Entscheidung es abhängen wird, was unsere Wahlmänner thun.

Die Massenertränkungen bei Wlagoewischensk.

Eine der grauenhaftesten Verbrechen des Chinesienkrieges bildet die Ermordung von 10-12000 wehrlosen Chinesen - Männern, Greisen, Frauen und Kindern - durch Kosaken bei Wlagoewischensk, die sich gleich nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Chinesen und den Russen am 17. Juli 1901 und den folgenden Tagen trug.

Ueber diese ungeheure Barbarei war mancherlei in die russische Presse durchgedrungen, doch wurde sie von den offiziellen Blättern nachdrücklich und energisch dementiert, wie die Kataklysmen ja jede in China begangene Gewaltthat zu dementieren sich veranlaßt fühlten.

Kunmebe hat jedoch auch der bekannte russische Maler Werschischagin, der kurze Zeit nach den Ersäufungen Wlagoewischensk bei seiner Reise nach Chantschun passierte, die Thatfache dieser hunnischen Massenmorde friedlicher Chinesen in einem Reisebericht bestätigt, den er soeben im Januarheft der Zeitschrift „Wostok Jernow“ („Europäischer Wostok“) veröffentlicht.

Er erzählt: „Wir saßen an dem gemeinsamen Tisch und schlückten. Ein Offizier in Polizei-Uniform tritt ein. Ich denke: „Mit dem über die Katastrophe zu reden, wäre gut, ich will ihn kennen lernen.“ So gehe ich auf ihn zu und stelle mich vor. Wir machen Bekanntschaft. Ich führe ihn auf mein Zimmer und wir plaudern.

„Bitte, sagen Sie, wer hat denn beschossen, sie zu ersäufen?“

„Siezu ersäufen hat niemand befohlen - antwortet er ruhig und leert sein Glas Limonade - . Vom Vorkommenden der Grenzverwaltung war der Befehl gekommen, alle Chinesen zu sammeln und sie zum Ufer nach Werdane-Wlagoewischensk zu treiben, wo der Amur schmaler ist, und sie dort in Böden auf das andre Ufer zu befördern. Ich befehl dem Wristaw das anzuführen, und der hat die Chinesen hingezogen, aber es zeigte sich, daß gar keine Böden vorhanden waren. Nun, da hat man sie direkt ins Wasser getrieben, denn es war eine Panik über alle gekommen.“

„Wie viele sind denn Ihrer Meinung nach ertrunken?“

„No, viele werden es sein, denn es ist dreimal getrieben worden.“ erklärte mich neuer Bekannter. Dies war alles, was ich von ihm herausbekommen konnte. Aber abends ging ich an den Hafen, um zu erfahren, wann der erste Dampfer nach Chabarowka abgeht, und unterhielt mich dort, auf einer Bank sitzend, mit dem Kassierer, einem lieben und ehrwürdigen Greise.“

„Sehen Sie jenes große Steinhaus,“ sagte der. Die ganze erste Etage war von einem chinesischen Magazin eingenommen. Der Wessler, ein bider Alter, hat wohl 30 Jahre dort Handel getrieben. Er war ein sehr reicher Millionär, eine gute Seele, und hat unsren Russen viele Schulden erlassen. Wir waren als Kachbarn gute Freunde. Als man nun die Chinesen andrück, hat man auch ihn fortgejagt. Er war

Die drohende Beeinflussung des Wahlergebnisses durch uns wirkt bereits beängstigend auf gewisse Leute. In der „Deutschen Zeitung“ des Herrn Dr. Friedrich Lange plädiert schon ein Herr Sch. für Abänderung des „elendesten aller Wahlsysteme“. Er fordert die Regierung auf, das seit 50 Jahren verpöbte Wahlsystem endlich zu geben. Das gegenwärtige Wahlsystem ist noch ihm derartig absurd und unvernünftig, daß nicht viel Schergabe dazu gehöre, um dieser Mißgeburt ein baldiges Ende vorauszusagen. Dieser Herr Sch. wünscht deshalb ein Wahlrecht, durch das die Parte des preussischen Parlaments in Zukunft den socialdemokratischen - Volksverhöhnern verschlossen bleibt!

Diesem Schluß wird nicht jedermann erwartet haben, da die allgemeine Meinung die sein dürfte, daß man dieses elende Wahlsystem gar nicht weiter verzeihen könne. Der alldeutsche Herr sieht aber in der That die Absurdität und Unvernunft des gegenwärtigen preussischen Wahlsystems in der Möglichkeit des Eindringens der Socialdemokraten in das preussische Parlament. Deshalb will er das Elend der Dreiklassenwahl nach dem Geldsade verdrängen durch das Elend der Qualitätenwahl. Alle Abiturienten der Gelehrten-schulen sollen Wähler erster Klasse und alle Einjährigfreiwillig-Verpflichteten Wähler zweiter Klasse werden.

Diese abentheuerliche „absurde unvernünftige Mißgeburt“ ist vorläufig wohl nicht ernst zu nehmen; sie ist nur ein Anzeichen dafür, mit welcher Sorge die Reaktionen den kommenden Landtagswahlen entgegensehen.

Mit der Angelegenheit der „Erfurter Tribüne“ befaßten sich auch die Genossen in Wählhäusern in Thüringen in einer Parteiverammlung. Wählhäuser ist bekanntlich der Wahlkreis, in dem Grundwähler kandidieren soll. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der sie gegen das Vorgehen der Erfurter Presbiterium protestiert.

Totenliste der Partei. In Dresden starb der Gastwirt Gustav Weder. Der Verstorbene ist mit der Parteigeschichte Dresdens und Sachsens eng verknüpft. Als Copse des Socialisten-angeses wurde er 1881 aus Leipzig ausgewiesen. Mit einer großen Anzahl Genossen verließ er damals, demonstrativ das im französischen Kriege erworbene eiserne Kreuz tragend, Leipzig und wandte sich nach Dresden. In Dresden eröffnete er dann eine kleine Wirtschaft, die bald der Mittelpunkt des dortigen Parteilebens in der schweren Zeit des Ausnahmestrafes wurde. Weder gehörte zu den zuverlässigsten und tüchtigsten Parteigenossen; seiner Thätigkeit ist es zu danken, daß die Partei in Dresden zu dem geworden ist, was sie ist. In den letzten Jahren hat ihn zunehmende Kränklichkeit gezwungen, auf intensivere Thätigkeit zu verzichten. Die Parteigenossen werden ihn stets in gutem Andenken behalten.

Im Verlage der Buchhandlung Bornstedt ist erschienen: „Kraich, Krise und Arbeiterklasse von Gg. Bernhard. Diese 8 Bogen starke Broschüre (Preis 30 Pf.) kommt jetzt, im unmittelbaren Anschluß an die Notstands-Interpellation im Reichstag und zur Illustration der ablehnenden Haltung der Regierung und bürgerlichen Parteien sehr zeitgemäß. In 7 Hauptkapiteln: Aufschwung - Vorboten der Krise - Krise - Wehen der Krise - Wirkung der Krise - Praktische Maßnahmen gegen den Krisen-Notstand - Socialdemokratie und Krise - erzählt der Verfasser eingehend diese Fragen und durch die kritische Schilderung der Bankkrise und Bankrotte im letzten Sommer bietet die Broschüre zugleich eine Materialien-Sammlung. Die Korruption der Börsenpresse und der enge Zusammenhang der frömmelnden patriotischen Wertschwinder mit gewissen Helfreichen und der bürgerlichen Ordnungspartei machen die Broschüre besonders zeitgemäß.“

Politikales, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung eines Referendars wurde der verantwortliche Redacteur der „Erfurter Tribüne“, Genosse Hennig, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Hennig ist schon im November zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil der erwähnte Referendar in dem Blatte als „Einfachstimmstarklatur“ bezeichnet worden war. Die neue Verleumdung wurde in dem Bericht über diese Verhandlung gefunden.

Außerdem wurde Hennig zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, weil er eine Fabrikarbeiterin durch den Ausbruch Streikbrecher beleidigt haben soll. In diesem Falle war auch Genosse Grimwald als „Chefredacteur“ mitangeklagt; er wurde jedoch freigesprochen mit der Begründung, daß durch die Eigenschaft als „Chefredacteur“ noch keine Verantwortlichkeit begründet werde.

aber, als ein angesehenen Mann, nicht gewohnt, daß man ihn stieß. Alle in der Stadt achteten ihn und er hatte einen gewaltigen Geldumlauf. Es war aber an diesem Tage eine große Hitze und mein Chinese konnte nicht ordentlich gehen. Wie er mich sah, wollte er mich umarmen und umfahle meine Arme. „Jwan, Jwan!“ rief er, „rette mich!“ Er zog sein Taschenbuch heraus. „Sieh!“ rief er, „hier sind 40000, nimm sie für Dich, nur rette mich!“ Nun sagte ich ihm: „Ich bin ein kleiner Mann, was kann ich machen?“ Da aber schlug ihn ein Kofak mit der Peitsche (plotz) über den Rücken und trieb ihn vorwärts. Und so habe ich ihn weiter nicht gesehen.“

Der Kassierer erzählte das alles so aufrichtig und mitteilend, daß ich nicht den geringsten Zweifel an der Wahrheit hegen konnte. Mit war es, als sähe ich diesen Mann, von der Hitze geröteten, schweißenden Chinesen, in seinem blauen Seidengewande, den die Kosaken mit Knüttelstößen mit dem großen Haufen forttrieben.“

Werschischagin besitzt jedoch seltamerweise noch den Mut, diesen an Tausenden von Unschuldigen verübten Mord zu entschuldigen. Er meint:

„Gewiß das ist ein arges Verbrechen - so eine friedliche Bevölkerung von einigen tausend Menschen umzubringen. Denn man sagt ja nur, daß es 3000 gewesen seien. Andere haben mir die Versicherung gegeben, daß beinahe 10000 umgekommen seien! Wird die Wahrheit je zu Tage kommen? Gott weiß es. Aber man muß sich auch in unsere Lage versetzen. Die halbe Bevölkerung der Stadt bestand aus Chinesen. Und plötzlich fängt man vom andren Ufer an zu schießen. Und wer schießt? Ihre Weiber und Glaubensgenossen! Eine verheerliche Erbitterung entsteht. Die ganze Stadt glaubt, sie hätten sich mit den andern Chinesen verschworen die Russen umzubringen. Es waren außer einem Bataillon Reserve fast keine Truppen vorhanden, auch keine Waffen. Wie nun das Schießen beginnt, stürzen alle Russen zur Obrigkeit und verlangen Waffen und zugleich bitten sie, daß man die Chinesen auf das andre Ufer scharfe. Wie man sie dann am Ufer treibt und nichts zur Ueberfahrt vorhanden ist, so entstand naturgemäß jene Katastrophe, die erfolgen mußte.“

Werschischagin hätte sich hüten sollen, den Massenmord als eine Notwendigkeit, einen Akt wenigstens vermeintlich berechtigter Notwehr darzustellen. Liegt doch die ausführliche Darstellung eines Augenzeugen vor, nach der der Mord eine durch nichts zu entschuldigende Verbrechen war. Aus dieser Darstellung, die im Heft 15 der „Neuen Zeit“ erschienen ist, seien zur Illustration des russischen Humantums die charakteristischsten Stellen wiedergegeben.

Vorausgeschickt sei eine kurze Darstellung der Ereignisse, die sich vor der schauerlichen Tragödie abspielten und ihre Veranlassung bildeten.

Wlagoewischensk, die Hauptstadt des russischen Amur-gebiets, liegt am linken Ufer des Amur. Vor dem Kriege zählte es 33000 Einwohner. Ihn gegenüber am rechten Ufer des Amur liegt die chinesische Ortschaft Eschachaljan. Die demnachbarten Grenzstädte standen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten in lebhaftem, durchaus freundschaftlichem Handelsverkehr.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Vereinsrecht der Frauen.

Grundsätzlich und entschieden wehrt sich die „Konservative Korrespondenz“ gegen die Reichsverfassung. Sie schreibt über den Antrag freisinniger und nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, den Frauen für „socialpolitische Bestrebungen“ das Vereinsrecht zu erteilen: „Man mag über die Teilnahme der Frauen an socialpolitischen Bestrebungen denken, wie man will, so wird man doch grundsätzlich und entschieden sich dagegen wehren müssen, daß hier wieder die Reichsgesetzgebung in Anspruch genommen werden soll, um in die Gesetzgebung der Bundesstaaten eingzugreifen.“

Bekanntlich ist das Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes schon durch die Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung überwiesen, und es ist nur der reaktionären Trägheit der Reichsregierung zu danken, daß die bundesstaatlichen Vereinsgesetze jetzt nach dreißigjähriger Reichsherrschaft noch ruhig weiter blühen.

Zu dem Antrage selbst haben wir uns schon ausgesprochen, als er von der „Gesellschaft für sociale Reform“ aufgestellt wurde. Er ist schon deshalb völlig ungenügend, weil er in das Vereinsrecht einen ganz neuen, außerordentlich schwanenden und auslegungs-fähigen Begriff bringen würde. Es handelt sich bei Aufhebung der bestehenden Beschränkungen in dem im Antrage genannten Umfange nicht um die einfache Aufhebung bestehender Verbotsvorschriften. Die meisten der bestehenden Vereinsgesetze verbieten nicht die Teilnahme von Frauen an socialpolitischen Vereinen, sondern an politischen Vereinen schlechthin. Wollte man jetzt bestimmen, daß Frauen an Vereinen teilnehmen dürfen, die sich mit socialpolitischen Dingen beschäftigen, dann hätte das vermutlich nur den Effekt, daß socialdemokratische Frauen in ihren Vereinen hätten, von der Polizei als die auch fernerehin verbotene allgemeine politische Thätigkeit behandelt würde, während man einigen zahmen bürgerlichen Frauen gestatten würde, ruhig in ihren Vereinen ihre harmlosen Petitionen zu beschließen. Es wäre nichts erreicht, als daß man polizeiliche Willkür eine neue Handhabe für Auslegungslüste böte. Wollte Gleichstellung der Frauen im Vereinsrechte mit den Männern ist das einzige, was ernsthaft diskutabel ist.

Gegen das Versammlungsrecht der Frauen wird in Bayern gegenwärtig mit der beliebten Nadelstichpolitik gekämpft. Bekanntlich dürfen dort Frauen zwar an öffentlichen politischen Versammlungen, nicht aber an den Versammlungen politischer Vereine teilnehmen. Da sucht man nun die Teilnahme von Frauen an socialdemokratischen Versammlungen dadurch zu verhindern, daß man die Bezugsliste der Partei durchsicht, identifiziert und die socialdemokratische Partei zu einem Verein zu stampeln sucht. Aus ähnlicher Veranlassung schwebt in Nürnberg noch ein Prozeß von der vorjährigen Waise.

Auch beim Amtsgericht Altdorf ist jetzt ein solcher Prozeß anhängig gemacht worden. In einer öffentlichen socialdemokratischen Versammlung im Bezirke dieses Gerichts war eine Frau erschienen, deren Entfernung der überwachende Beamte mit der Begründung verlangte, daß es sich um eine Vereinsversammlung handle. Da dem Verlangen nicht stattgegeben wurde, erfolgte Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes gegen den Einberufer und gegen die Ueberführin der Versammlung.

Das Amtsgericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab mit der Begründung, daß nicht festgelegt sei, ob der Einberufer im Auftrage eines Vereins handelte. Die Begriffe Verein und Partei hielt aber das Gericht auch nicht streng auseinander, wendet sie vielmehr vielfach im gleichen Sinne an. Zur Klärung der Sachlage trägt die Entscheidung noch nichts bei.

Das Frauenwahlrecht in Belgien. Wie der „A. V. V.“ berichtet, beschloßen die Abgeordneten und Senatoren der beiden Linken am Donnerstag in gemeinschaftlicher Sitzung, die Forderung des Wahlrechts der Frauen in der gegenwärtigen Campaigne für ein allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht nicht zu unterstützen. Die beiden bürgerlichen Linken (gemäßigt Liberale und Radikale) beschloßen ferner, das allgemeine Wahlrecht schlechthin, d. h. ohne jede Einschränkung ebenso abzulehnen, falls die Socialdemokraten sich nicht verpflichten, gegen das Frauenrecht zu stimmen.

Die socialdemokratischen Frauen haben bekanntlich in Erwägung dieser vorausgehenden Sachlage für diesmal sich auf ihre Forderung verzichtet.

Erst nach dem Ausbruch der Erhebung in Peking und der Ermordung Settelers begann sich eine gewisse Spannung geltend zu machen. In Eschachaljan wurden täglich militärische Übungen vorgenommen, die verrieten, daß man sich auf den Ausbruch des Grenz-krieges vorbereite. Das in Wlagoewischensk garnisonierende Militär wurde trotz dieser bedeutenden Anzeichen auf Anordnung des Generalgouverneurs Grodeloffe zum Zwecke der Robilmachung fast sämtlich nach Chabarowsk transportiert, es blieben nur eine Compagnie Soldaten und 100 Kosaken zurück. Bei der Einschiffung der Truppen nach Chabarowsk kam es zum ersten Zusammenstoß. Dreißig Weiber von Wlagoewischensk entern, den Amur hinunter, befindet sich die kleine chinesische Stadt Wigan. Als am 12. Juli das russische Militär an diesem Städtchen vorbeifuhr, hinderten die Chinesen in keiner Weise, liegen die Schiffe ruhig passieren, eröffneten aber Feuer auf den letzten Dampfer, auf dem sich die Munition befand, und nötigten ihn nach Wlagoewischensk zurückzukehren.

Die Nachricht von diesem Vorfalle rief in Wlagoewischensk be-greifenswerthe große Erregung hervor. Auf Anordnung des Kriegs-gouverneurs Generalleutnant Grischk wurde am 14. Juli eine außerordentliche Sitzung des Stadtrats einberufen, die über die zu ergreifenden Sicherungs-Maß-regeln der Stadt beriet. In dieser Sitzung teilte der Gouverneur den Anwesenden mit, daß bei ihm bereits die Vertreter der am Orte ansässigen Chinesen erschienen seien, die ihn ebenfalls gefragt hätten, ob es für die chinesischen Unter-thanen nicht besser wäre, sich beizeiten aus dem russischen Gebiet zu entfernen? Daran - nach der eignen Mitteilung des Generalleutnants Grischk - ließ er diese chinesischen Vertreter ihren Stammgenossen mitteilen, daß sie ohne Sorge aus dem russischen Gebiet verbleiben dürften, da sie sich in dem Großen Russischen Reiche befänden, dessen Regierung niemand erlauben werde, friedliche Aus-länder zu belästigen.

Am Nachmittag des 14. Juli - die Sitzung hatte am Vormittag stattgefunden - begannen die Chinesen von Eschachaljan aus das Feuer aus Gewehren und Geschützen auf die Stadt zu eröffnen, das große Ver-stärkung hervorrief, obgleich diese Wirkung, wie sich im Laufe der Beschießung zeigte, eine recht minimale war.

Ueber die weitere Entwicklung der Dinge lassen wir nunmehr den Augenzeugen selbst berichten:

In der Stadt und ihrer Umgebung wohnen seit jeher Chinesen und Mandchuren als Großkaufleute, Kleinhändler, Handwerker, Bedienstete, Tagelöhner. An der Peripherie von Wlagoewischensk war ihnen ein besonders Städtchen angewiesen, in dem alle Bauten vollkommen den eigenartigen nationalen Charakter trugen und das deshalb auch das „chinesische Viertel“ hieß. Viele dieser Chinesen und Mandchuren lebten jahrzehntelang friedlich in unserer Mitte und erwiesen der Bevölkerung durch ihre Arbeit einen großen Nutzen. Fleißig bis in das Unglaubliche, bescheiden in ihren Bedürfnissen, hatten sich diese chinesischen Unter-thanen durchaus durch keine größeren Vergehungen und nicht einmal

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Achtet darauf, daß die zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeföhrt werden.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Befestigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Hilf. Vaader, Großgörschenstraße 38, zweiter Hof II. Frau Bauische, Kottbuserstr. 47, Hof II. Frau Dr. Wehl, Voßtr. 67, I. Frau Lutz, Waterloo-Str. 9, im Laden. Frau Reich, Lohsestr. 8, linker Aufg. IV. Frau Tieg, Blumenstraße 63, I rechts. Frau Sprung, Markstr. 18, Aufg. 8, III. Frau Heidemann, Alte Jakobstraße 118, IV.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7-9 Uhr.

Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Allee 15, Laden. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektorin Fraulein Reichert, Georgenkirchplatz 22, ist jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Lohn der Arbeitswilligen. Als in der Ristenfabrik der Firma Göte, Köpckestraße, die dort beschäftigten Ristenmacher in den Umständen traten, fanden sich eine Anzahl Arbeitswilliger, welche glaubten, eine Lebensstellung zu erhalten. Doch siehe da: am vorigen Sonnabend wurden 3 Mann von den Arbeitswilligen auf die Straße gesetzt, weil sie nicht zu gebrauchen sind. Wir gönnen der Firma Göte diese Arbeitswilligen und diesen Arbeitswilligen den Dank der Firma Göte. An die brauchbaren Holzarbeiter und Ristenmacher richten wir den Ruf: Haltet den Zugzug fern!

Der Vorstand

des Interessen-Vereins der Ristenmacher Berlins und Umgegend.

Dem Ausschluß der Sonntagskündigungen stimmte die Wählerinnung „Konordia“ zu, während die Wählerinnung „Germania“ sich dieser Forderung der Gesellen gegenüber ablehnend verhält.

Deutsches Reich.

Achtung, Holzarbeiter! In Finsterwalde stehen die Tischler im Streik. Zugug ist fernzuhalten.

Der Gauvorstand.

Das furchtbare Kolberger Urteil gegen eine Anzahl Maurer ist jetzt rechtskräftig geworden. Die eingelegte Revision ist teilweise zurückgezogen, teils nicht begründet worden. Die meisten Verurteilten haben ihre Strafe schon angetreten.

Ein Nachspiel zum Glasarbeiterstreik in Döhlen. Vor Ausbruch des Glasarbeiterstreiks im vorigen Jahre wurden überall in den Betrieben unter den Mitgliedern Abstimmungen vorgenommen darüber, ob in den Generalstreik eingetreten werden sollte oder nicht. Auch in der Döhlemer Fabrik der Firma Siemens fand eine solche Abstimmung statt. Sie wurde in der Weise vorgenommen, daß an die Verhandlungsmitglieder weiße Stimmzettel verteilt wurden, auf denen von jedem der Name und „Ja“ oder „Nein“ zu schreiben war. In der Siemensschen Fabrik besorgte der Glasmacher Hendrich die Verteilung und Einsammlung der Zettel. Der russische Glasmacher Valentowicz, der sehr schlecht oder gar nicht deutsch versteht und spricht, aber auch Verhandlungsmitglied war, weigerte sich nun hartnäckig, an der Abstimmung teilzunehmen, so daß Hendrich schließlich etwas ärgerlich wurde und ihn andeutete, daß er ja überhaupt jederzeit angewiesen werden könnte, daß er ohne ausreichende Papiere in Deutschland sei. Damit sollte nun H. gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben und wurde am 29. Oktober vom Döhlemer Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil des Schöffengerichts wurde Berufung eingelegt. Das Landgericht in Dresden nahm gestern zu der Sache Stellung, konnte jedoch nach einem mit zugehenden Privattelegramm in dem Luftverkehr ebenfalls wenig ein Vergehen gegen den § 153 finden, wie der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Carl Vieblincht, und sprach ihn von Strafe und Kosten frei.

Ausland.

Der Streik der Dampfschiff-Heizer Dänemarks. Thomas Couley, der englische Heizer, hat sich durch die energische Art, in der er für sein und seiner Kameraden Recht eintritt, große Achtung bei den Unternehmern verschafft. Bei einer Konferenz mit der Direktion von „Det forenede Dampskipselskab“ wurde er mit

äußerster Höflichkeit behandelt. Man wollte ihm sofort sein Gepäck ausliefern und ihn frei nach der Heimat zurücksenden. Er verzichtete aber darauf, wenn man nicht seinen Kameraden das Gleiche zugestehen wollte. Hieran knüpfte die Direktion aber die Bedingung, daß die Engländer den Artikel des „Socialdemokraten“ über die schlechte Behandlung, die sie auf der Reise zu erdulden hätten, für unwahr erklären sollten. Die Engländer aber erklärten, daß der Artikel Wort für Wort wahr sei, und Couley fügte hinzu, daß die Verhältnisse noch schlimmer gewesen seien. — Zwei der Engländer befanden sich noch in Haft. Die skandalöse Affaire wird in der englischen Presse ausführlich besprochen.

Die Bauarbeiter (Handlanger) in Amsterdam befinden sich gegenwärtig im Streik. Die Unternehmer wollen an dem im Jahre 1896 vereinbarten Lohnsätze Abzüge machen. Der Streik, der sich anfangs nur auf einige Bauten erstreckte, hat nun einen größeren Umfang angenommen. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen des Baugewerbes haben eine gemeinsame Kommission gebildet, die die Unternehmerorganisation zur Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz zwecks Beilegung des Streiks auffordern soll.

Zum Streik in Verdiers (Belgien). Die Organisation der Wollmänner hat durch Abstimmung beschlossen, von dem zur Unterstützung ihrer streikenden Kollegen von der „Verdierse“ geplanten Generalstreik Abstand zu nehmen, da derselbe eine allzu große Schädigung für alle Interessenten bedeuten würde.

Streiks und Aussperrungen in England im Jahre 1901. Die Zahl der Streiks und der daran beteiligten Personen war im Jahre 1901 geringer als in irgend einem der letzten zehn Jahre von 1893 an; auch die Dauer der Konflikte, nach verlorenen Arbeitstagen berechnet, war geringer. Im ganzen haben 624 Konflikte stattgefunden, an denen 175 163 Arbeitstage verloren waren. Am zahlreichsten waren die Streiks in der Kohlen- und Metallindustrie; Lohnstreiks bildeten in der Wehrzahl der Fälle die Ursache der Konflikte. Diese bilden zwar in allen Jahren einen der hauptsächlichsten Gründe der gewerblichen Konflikte, aber es ist doch ein bemerkenswertes Zeichen für die veränderte Lage des Arbeitsmarktes, daß im Berichtsjahre so viele Streiks infolge von Lohnreduktionen entstanden sind. Während im Jahre 1900 wegen dieser Ursache nur 46 Streiks entstanden, waren 1901 deren 98 zu verzeichnen. Der Erfolg der Konflikte war in 27 Proz. der Arbeiter ein günstiger, in 33 ein ungünstiger, in 36 Proz. endete der Konflikt durch Kompromiß und 4 Proz. waren am Ende des Jahres unerledigt. Von den 588 Konflikten, die 1901 begannen und von denen das Endergebnis bekannt ist, wurden 431 durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien geregelt, 33 wurden durch Einigungsamt bzw. Schiedsgericht erledigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Vorstand des Wahlvereins vom 4. Kreis (Süd-Ost) teilt mit, daß Urania-Villeis zu der am Sonntagvormittag 4 Uhr stattfindenden Vorstellung „Ueber den Völkern“ noch in der Parteipredigtion Lustiger Platz 14/15 zu haben sind.

Die Parteigenossen in Neudorf, welche verhindert sind, die täglich von 8-3 Uhr im Gemeindepark ausliegende Wählerliste einzusehen, wollen sich an Restaurateur Karl Groß, Romawas, Prieserstraße, und an Robert Lange, Wallstr. 62, ebenfalls selbst, wenden.

Wilmersdorf. Die Wählerliste zur Gemeindevahl liegen bei Witte, Berlinerstr. 40, zu jedermanns Einsicht aus. Im weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag die Arbeitslosen-Zählung erfolgt und es jedes Parteigenossen Pflicht ist, an dieser Zählung teilzunehmen.

Weißensee. Die Genossen, welche sich an der am 26. Januar stattfindenden Arbeitslosen-Zählung beteiligen, treffen sich morgens 8 Uhr in folgenden Lokalen: 1. Abt.: Helmke, Weimersdorfer Weg 38. 2. Abt.: Stolle, Lehderstr. 28. 3. Abt.: Schmy, König-Charfsee 38. 4. Abt.: Wasserbaum, König-Charfsee 55. 5. Abt.: Sorrer, Straßburgerstr. 58. Gleichzeitig den Genossen zur Nachricht, daß die Wählerliste von jetzt ab auch beim Genossen Schumann, Lehderstr. 118 einzusehen ist.

Schöneberg. Am Freitagabend von 6 1/2 Uhr ab findet eine Flugblattverteilung zu den Gewerbegerichts-Wahlen statt. Treffpunkt bei Schilling, Kuffhäuserstr. 16; Krüger, Grunewaldstr. 110; Hoppe, Reichenburgerstr. 7; Obst, Weiningerstr. 8; Schlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Hauser, Sedanstr. 31; Pöschel, Gnylowstr. 9. Eine zahlreiche Beteiligung, besonders der Gewerkschaftsmitglieder, ist erforderlich.

Zehlendorf. Die Wählerliste zur Gemeindevahl liegt am 24., 28. und 30. d. M. bis abends sieben Uhr, an den anderen Tagen von 8 Uhr bis 3 Uhr öffentlich im Zimmer 2 des Amtsbüreaus aus.

durch kleine Uebertretungen irgendwie auffällig gemacht. Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit waren ihre allgemein anerkannten Charakterzüge, und in vielen größeren Anlässen, in verschiedenen Handelsfirmen, Unternehmungen, wie auch in Privathäusern verließ man sich bedingungslos auf die Chinesen als Angestellte oder Bedienstete, ihnen vollkommenes Vertrauen entgegenbringend. In vielen russischen Familien, die junge Chinesen als männliche Bedienung hatten, bekam man sie lieb wie Verwandte. Nicht selten lernte man sie russisch und sie ergaben sich dieser Beschäftigung mit einem außerordentlichen Fleiße: über einem russischen Buche oder sich in russischem Schreiben übend, saßen sie bis nach Witternacht und machten dann solchen Fleiß rasche Fortschritte.

Aber in der Mitte der kulturell tiefer stehenden Schichten der russischen Bevölkerung behagten die Chinesen niemals besondere Sympathien. Das Volk sah in ihnen vor allem die Vertreter einer fremden Nation, die hartnäckig eine Verästelung mit der russischen Vermied — denn bekanntlich ändern die Chinesen niemals, mit äußerster Wenigkeit Ausnahmen, ihre Gebräuche und ihr ähneres Aussehen. Sobald sahen die russischen Arbeiter in ihnen stets gefährliche Konkurrenten. Es wird allgemein anerkannt, daß wenn die Chinesen nicht am Amur wären, der Lohn der russischen Bevölkerung bedeutend höher stände. Andererseits aber ist zu konstatieren, daß viele Produkte, die früher durch ihre Billigkeit auch Unbemittelten zugänglich waren, enorm teurer wurden, als nach dem Kriege die billige chinesische Arbeit verschwand.

Aus diesen Ursachen, sowie einfach aus Rohheit — und rohe Elemente finden sich ja in jedem Volke — passierte es nicht selten auch in der friedlichen Zeit, daß die Chinesen ohne die geringste Veranlassung ihrerseits bei Begehungen auf der Straße von Russen in jeder Weise mißhandelt wurden; man stieß sie, prügelte sie, riß sie an den Zöpfen. Ueber einige besonders abstoßliche Fälle der Belästigung der demütigen, verängstigten Chinesen gelangten Mitteilungen auch an die lokale Presse.

Besonders häufig wurden die Vergevolkungen der Chinesen nach der Verkündigung der Mobilisation am 23. Juni Reservistenhäusern, die vom Lande während der Centzeit zum Dienste einberufen wurden, übersüllten die Straßen der Stadt, mandarin stark betrunken, überfielen die Chinesen, mit denen sie zusammentrafen, und verprügelten sie unbarmerzig, ihnen zuzufend: „Wegen Euch, Siebeler, werden wir von der Arbeit und der Familie fortgerissen und in den Tod gejagt.“ In den Augen des gemeinen Mannes ist der Chinese überhaupt kein Mensch, sondern „das Vieh“, „die Kreatur“.

Schon am 14. Juli, als die Schiffe vom chinesischen Ufer erlönten, und die erschrockene Menge die Flucht ergriff, konnte man sehen, wie die Davonlaufenden die unglücklichen Chinesen, mit denen sie auf dem Wege zusammentrafen, mißhandelten. Die bemitleidenswertesten Chinesen und Mandchuren irren durch die Stadt, nach einem sichten Schlupfwinkel suchend. Am Abend des gleichen Tages kamen Fälle der Ermordung von Chinesen auf offener Straße vor. Durchaus kompetente Persönlich-

keiten behaupten, daß die Polizeibeamten selber den Einwohnern den Rat gaben, die Chinesen zu töten, falls diese abends auf der Straße erscheinen sollten, denn viele äußerten die Befürchtung, daß die auf dem russischen Gebiet wohnenden Chinesen zur Unterstützung ihrer Stammesgenossen nachts die Stadt in Brand setzen könnten. Man vermutete auch, daß sich unter ihnen Anhänger der Vorer befänden. Darum kam die Idee auf, daß es notwendig sei, ernste Maßnahmen gegen die in Magowesthensl und seiner Umgegend wohnenden Chinesen zu ergreifen. Die kollektiven und überlegenden Leute hielten es in dieser Beziehung für ausreichend, wenn man jene Chinesen, für welche die russischen Einwohner Vürgschaft leisten wollten — und solche hätten sich genug gefunden — diesen überließ, die übrigen Chinesen aber an einem Orte versammelte und unter Bewachung hielt. Doch die Ortsbehörden dachten anders.

Am zweiten Tage nach dem Beginn des Bombardements von Magowesthensl konnte man Kosaken zu Pferde und zu Fuß, sowie Schützen beobachten, die in alle Häuser eintraten und Nachfragen hielten, ob sich nicht dort Chinesen und Mandchuren aufhielten. Als die Einwohner fragten, was man mit jenen thun wolle, erhielten sie die Antwort, daß man sie alle zusammenbringen und in Polizeihast nehmen wolle. Nichts Gutes ahnend, traten einige Einwohner die bei ihnen wohnenden Chinesen zu verheimlichen, indem sie sie in Kellern, in den Vordereisen und ähnlichen Orten versteckten. Nicht selten erfuhr aber die Nachbarn davon und zeigten es der Polizei an; dann forderten die Kosaken brutal, unter Androhung von Gewalt, mandarin die Säbel ziehend, die Auslieferung der Verborgenen. Diese Gefangennahme der Chinesen fand während mehrerer Tage statt.

Ich vermag die Niedergeschlagenheit dieser Unglücklichen nicht zu schildern, als man ihnen erklärte, daß sie zur Polizei gehen müßten. Hastig sammelten sie ihre Sachen, mit unaussprechlicher Angst im Gesicht folgten sie den Kosaken. Von ihren Wirtin, den Weibern, die ihnen Unterschlupf gewährt hatten, Abschied nehmend, gaben sie ihnen ihr Geld und ihre Sachen zur Aufbewahrung, mandarin auch den Auftrag, irgend eine Schuld zu bezahlen, oder sie stellten ihnen ihr Vermögen zur freien Verfügung, Häuser und Kaufhäuser, voll von allerlei Gut und Waren. Gleichsam das traurige Ende vorausahnend, fragten einige beim Fortgehen: „uns-kantami?“ (Wird man uns töpfen?)

Sie irten sich nicht: sie wurden auf die abstoßlichste Art ermordet. Nur im Mittelalter, zur Zeit der Inquisition und der Verfolgung von Ketzer, Juden und Mäuren in Spanien wurden derartige grauenhafte Massenerschießungen vorgenommen.

Einige Werl oberhalb Magowesthensl auf dem linken Ufer des Amur befindet sich eine Niederlassung der Kosaken. Dort hin wurden vor Sonnenaufgang unter Begleitung von Kosaken und Polizisten etliche Tausend Chinesen, darunter Greise, Gebrechliche, Kranke, Frauen und Kinder, getrieben. Wer vor Krankheit oder Müdigkeit nicht weiter gehen konnte, wurde von den Kosaken gleich am Wege niedergestochen. Einer der auf diese Weise Geleiteten, ein

Waidmannslust und Umgegend. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Schweizerhauschen“ von Aug. Kuhn zu Waidmannslust eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in derselben zu erscheinen.

Zu Ober-Schöneeweide ist unser Parteigenosse Richard Härl, Ober-Schöneeweide, Siemensstr. 28, zum Vertrauensmann der Partei gewählt worden.

Lokales.

Auf die Arbeitslosen-Zählung.

Die am kommenden Sonntag mit der Verteilung der Zählkarten beginnt, machen wir unsre Leser nochmals aufmerksam. Da es das erste Mal ist, daß die Berliner Arbeiterschaft eine derartige Zählung ins Werk setzt, so ist anzunehmen, daß namentlich in den Reihen der indifferenten Arbeiter noch große Unklarheit über die Bedeutung der Arbeitslosen-Zählung herrscht. Jeder aufgeklärte Arbeiter möge es sich deshalb zur Aufgabe machen, seine Mitarbeiter, seine Bekannten etc., dahin zu belehren, daß es sich nur allein um eine möglichst genaue Feststellung der Zahl der Arbeitslosen handelt, und daß die gewissenhafte Ausfüllung der Karten notwendig ist, wenn die Zählung das gewünschte Resultat haben soll.

Diejenigen, welche sich an der Verteilung der Zählkarten beteiligen, machen wir auf folgendes aufmerksam: Die Parteigenossen, welche politisch thätig sind, begeben sich am Sonntag früh um 8 Uhr in ihre Bezirkslokale. Wer bisher politisch nicht thätig war, sich aber bei seiner Gewerkschaft zur Mitarbeit gemeldet hat, der geht in eines derjenigen Lokale, welche im Inferatenteil unseres Blattes bekannt gegeben sind. Von diesen Lokalen aus werden die Gewerkschaftler den Bezirkslokale zugeteilt.

Beim Austragen der Karten durch die Zähler ist darauf zu achten, daß in jeder Wohnung eine Zählkarte abgegeben wird mit der Bitte, dieselbe aufzuheben, und sie am Sonntag, den 2. Februar dem Zähler, der dann wiederkommt, ausgefüllt wieder abzugeben.

An die Einwohner Berlins richten wir das dringende Ersuchen, das Werk der Arbeitslosen-Zählung dadurch zu unterstützen, daß sie sich ohne Ausnahme der kleinen Mähe unterziehen und die ihnen überreichten Karten ausfüllen. Wer arbeitslos ist, der hat nur wenige auf diesen Punkt bezügliche Eintragungen zu machen. Wer nicht arbeitslos ist, hat nur nötig, seinen Namen einzutragen und die Frage, ob er Beschäftigung hat, mit „Ja“ zu beantworten. — Möge niemand glauben, die genaue Beantwortung der Fragen könne ihm Nachteile bringen. Das ist nicht der Fall; denn die Karten haben nur den einen Zweck: die Zahl der Arbeitslosen festzustellen.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der schleunige Antrag, den die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung zu der Angelegenheit des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Barbierlehrlings und ehemaligen Waisenknaben Emil Bahrend eingebracht hatte, ist schon in der gestrigen Sitzung verhandelt worden, nachdem die Versammlung die Dringlichkeit anerkannt hatte. In einer kurzen Begründung wies Genosse Singer auf die große Erregung hin, die das Vorwissen in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Der Decretent der südlichen Waisenverwaltung, Stadtrat v. Friedberg, machte in seiner Antwort bemerkenswerterweise keinen Versuch, den Lehrern Behrends, den Barbier und Heilgehilfen Heinrich Wagner, zu entlasten. Er bemühte sich nur, die Verantwortung für die Unfälle zu gewinnen, daß der Selbstmord wohl die Folge einer unglücklichen Charakteranlage sei. Im übrigen zielten seine Darlegungen darauf ab, von der südlichen Waisenverwaltung den Verdacht abzuwehren, daß sie nicht sofort eingegriffen habe, als ihr Gerichte und Beschwerden über eine unzulässige Behandlung Behrends zu Ohren gekommen waren, oder daß sie irgend etwas unterlassen habe, was das Interesse des Jungen erforderte. In letzterer Hinsicht ist der Beweis, den Herr v. Friedberg zu führen versuchte, meines Erachtens vollkommen mißlungen. Es wäre der Waisenverwaltung ein Leichtes gewesen, sich rechtzeitig und ausreichend über die Person des Herrn Wagner zu informieren. Sie durfte sich eben nicht darauf beschränken, Herrn Wagner selber bezug seines aufsehend eingeschickterten Lehrling zu befragen. Herr v. Friedberg schien übrigens selber die Ueberzeugung zu haben, daß seine Erklärungen durchaus unbefriedigend waren; er trug sie ziemlich kleinlaut vor.

Bevollmächtigter der großen chinesischen Firma Li-Wo-Tschau, weigerte sich, weiter zu gehen, und hat, man solle ihn zum Gouverneur führen, der den chinesischen Vertretern die Sicherheit aller, die auf russischem Gebiet verblieben waren, garantiert habe, aber zur Antwort auf dieses Ersuchen ermordeten ihn die Kosaken gleich auf der Straße. Anwesend dabei war der Vice-Präsident (Polizeikommissar) Schabanoff, der aber mit keinem Worte diese Frevelthat hinderte.

Als man die unglücklichen Chinesen bis an das Ufer des Amurs herangebracht, wurde ihnen befohlen, ins Wasser zu gehen. Mittel zur Ueberfahrt nach dem gegenüberliegenden chinesischen Ufer gab es keine; der Fluß ist aber an diesem Orte über einen halben Werst (über fünfshundert Meter) breit und besitzt eine starke Strömung. Man kann sich den Schreden denken, der die an das Wasser Herangebrachten erfaßte. Auf die Arme fallend, mit zum Himmel emporgehobenen Händen, oder auch sich kreuzigend, fielen die Unglücklichen, man möge sie nicht auf solche Weise töten; dabei versprachen einige, zum Christentum überzutreten und sich die russische Unterthanenschaft zu erwerben. Aber zur Antwort auf diese Witten jagten die unbarmerzigen Bolschewer der Befehle der Behörden mit Gewehrkolben, Bajonetten und Säbeln die um Gnade flehenden ins Wasser; jene aber, die sich niederlegten oder zögerten, wurden auf der Stelle ermordet. Angesehene, die zuhause in diesen Massenerschießungen bewohnten, die während mehrerer Tage nacheinander vor Sonnenaufgang stattfanden, erzählten von schrecklichen, herzzerreißenden Szenen.

1. Es wurde z. B. eine Mandchurenfamilie ins Wasser getrieben: Mann, Frau und zwei kleine Kinder. Jedes der Eltern bindet sich ein Kind auf den Rücken und versucht, über den Amur zu schwimmen, aber bald sinken sie alle zusammen unter. In einer anderen Familie ist ein Kind. Die Mutter fleht ihre Helfer und die Unbeteiligten, die mit anwesend sind, an, sie mögen ihr Kind zu sich nehmen, um es wenigstens am Leben zu erhalten, aber niemand will ihrer Bitte willfahren. Dann läßt sie das Kind am Ufer und geht selbst ins Wasser. Aber nach einigen Schritten kehrt sie zurück, um das Kind zu holen und dieses in den Armen tragend, geht sie wieder in den Fluß; doch sie kehrt wieder zurück und legt das Kind wieder hin. Die Kosaken machen ihren Schwankungen ein Ende, indem sie Mutter und Kind niederstießen. Was diese unglückliche Mutter empfand, wie überhaupt alle, die auf die Weise getötet wurden, kann nur der nicht begreifen, bei dem jedes menschliche Gefühl abgestumpft ist. Selbst der oben erwähnte Polizeikommissar Schabanoff erzählte, daß er es nicht mehr bis zum Ende dieser Mordscene habe aushalten können.

Nur sehr wenigen, bloß einigen der stärksten und geschicktesten Schwimmer aus der ganzen gewaltigen Volksmenge gelang es, wie erzählt wird, beinahe das chinesische Ufer zu erreichen, aber auch von diesen Glücklichen blieb nur eine winzige Zahl am Leben. Als die Kosaken sahen, daß die Schwimmenden nahe daran waren, sich zu retten, schickten sie ihnen gut gezielte Augen nach.

(Schluß folgt.)

Genosse Singer klappte an die Ausführungen des Magistratsvertreter die leider sehr notwendige Maßnahme, die in letzterem mitgebrachten ehemaligen Waisenknaben künftig strenger überwachen zu lassen. Genosse Zolldorf ergänzte diese Mahnung durch die an den Magistrat gerichtete Anforderung, Herrn Wagner überhaupt keine Waisenknaben mehr in die Lehre zu geben. Für die Stadtverordneten-Versammlung war die Angelegenheit hiermit erledigt; für die Waisenvorwaltung ist es hoffentlich noch nicht.

Der größte Teil der Sitzung wurde durch eine Reihe von Vorträgen in Anspruch genommen. Die Ueberführung der Kostenanschläge, die bei mehreren bereits fertiggestellten Bauten vorgekommen ist, führte zu einer sehr langen und lebhaften Debatte über die Thätigkeit des Stadtbaurats Hoffmann. Man äußerte sich fast allgemein sehr anerkennend über die künstlerischen Intentionen des Baurats, es wurde ihm aber von verschiedenen Seiten nahegelegt, sparsamer zu sein. Dabei wurde auf seinen Vorgänger Stadtbaurat Wankenstein hingewiesen, mit dem man in dieser Beziehung recht zufrieden habe sein können. Für Stadtbaurat Hoffmann wurde am entschiedensten von sozialdemokratischer Seite gesprochen. Unser Genosse Borgmann und Singer und noch bei einer der anderen Vorträge noch Genosse Bruns wiesen die Angriffe auf die Thätigkeit Hoffmanns mit nachdrücklicher Schärfe zurück.

In der geheimen Sitzung wurde im Anschluß an die Verichterstattung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahlen für die städtischen Ausschüsse der Versammlung von Genossen Singer Einspruch erhoben gegen die Absicht, die sozialdemokratischen Mitglieder von der Schuldeputation auszuschließen. Die Versammlung habe in dieser Hinsicht das Recht der sozialdemokratischen Fraktion früher stets anerkannt. Singer geißelte die Anglisterei der Mehrheit, die die Wahl eines Sozialdemokraten unter dem Vorwande, daß das eine „nuglose Demonstration“ sei, zu verhindern suchen wolle. Die Wahl wird in der nächsten öffentlichen Sitzung erfolgen.

Von der Neu-Organisation der Berliner Gemeindefchule.

Die Beratungen der Schuldeputation über die jetzt abgeschlossenen vorliegenden Ergebnisse der Konferenz zur Aufstellung des neuen Gemeindefschul- Lehrplans haben begonnen. Zunächst war die prinzipielle Frage zu entscheiden, ob die Gemeindefschule fortan 8 Klassenstufen haben soll oder ob an dem jetzigen System von 7 Klassen mit einer Oberstufe festgehalten werden soll. Nach sehr langer Erörterung hat die Schuldeputation in ihrer Mehrheit sich für 7 Klassen mit einer Oberstufe entschieden. Wie ein hiesiges Blatt mitteilt, sei für diesen Beschluß der Umstand maßgebend gewesen, daß von der großen Zahl derjenigen Kinder, die nicht alle 8 Klassen durchlaufen, so das Obium genommen werde, die Gemeindefschule nicht völlig absolviert zu haben. Diese Begründung dürfte unzutreffend sein. Den Ausschlag hat vermutlich die Erwägung gegeben, daß die obere Klasse, wenn sie eine nur fakultative Einrichtung bleibt, bei einer ganzen Reihe von Schulen gespart werden kann. Der Vertrauenslehrplan-Entwurf vor von dem Gedanken ausgegangen, daß die obere Klasse nur nach Bedarf aufgesetzt werden solle, d. h. nur dann, wenn an der betreffenden Schule für die obere Klasse so viel Kinder vorhanden sind, daß die Klasse nach dem für die Berliner Gemeindefschule gültigen Maßstab als gefüllt angesehen werden kann. Wir fürchten sehr, daß sich hinter dem jetzt gefassten Beschluß der Schuldeputation der Wunsch verbirgt, jenen Vertrauensgedanken wieder aufleben zu lassen und seiner Verwirklichung die Wege zu bahnen.

In den Armen liegen sich beide. Bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen war im 9. Bezirk der zweiten Abteilung unter den liberalen Wählern ein Bruderzwist ausgebrochen. In diesen Bezirk hatte sich, um seine Wiederwahl zu erlangen, der Stadtverordnete Karl Goldschmidt hineingeschoben, aber die sonst zum Freisinn haltenden Hausagrarier hatten ihm die Unterstützung verweigert und ihm einen eignen Kandidaten gegenübergestellt. Sie waren mit diesem am Wahltage zwar in der Minderheit geblieben, hatten aber doch eine so beträchtliche Stimmenzahl für ihn aufgebracht, daß Herr Goldschmidt sich schon jetzt die bange Frage vorlegen mußte, wo er das nächste Mal bleiben werde. Hinterher hatte freilich der Zorn der feindseligen Brüder sich rasch wieder abgekühlt. Um eine völlige Ausöhnung herbeizuführen, hat am Dienstag ein „großer Konvent liberaler Wähler der äußeren Luisenstadt“ stattgefunden, über dessen Verlauf die „Voss. Ztg.“ berichtet. Aus beiden Lagern waren die Kampfbühnen erschienen, an der Spitze auf der einen Seite Herr Goldschmidt selber, auf der anderen der Führer der luisenstädtischen Hausagrarier, Stadtverordnete Iden. Man hielt die üblichen Reden, betonte die Bedeutung der Einigkeit aller liberalen Männer für die Bekämpfung der Feinde des Liberalismus, bekehrte den Bruderzwist, wünschte die alte Waffenbrüderschaft wiederhergestellt, bogte sich gegenseitig an und sonst einander gerührt in die Arme. Hoffentlich wird nun der „radikale“ Herr Karl Goldschmidt auch in Zukunft häßlich artig sein, damit er sich die Gunst seiner hausagrariischen Brüder nicht wieder verliert.

Die Stadtgemeinde Berlin besitzt nur 5 Gemeindefriedhöfe und eine Leichenbestattungsstelle in der Dierckensperstraße. Es sind dies der Central-Friedhof bei Friedrichsfelde, der Gemeindefriedhof an der Gerichts- und Ankerplatzstraße, der „Alte Jakobskirchhof“ oder „Walder-Kirchhof“ an der Oranienstraße, der Friedhof der Märzgefallenen in Friedrichshagen und der Charité-Friedhof in der Seestraße. Der Friedhof in Friedrichshagen und der Walder-Kirchhof dienen nicht mehr Bestattungszwecken. Der Charité-Friedhof hat vertragsmäßig die Charité-Direktion in niebräunlicher Verwendung als Begräbnisplatz. Der Etat für 1902 für die übrigen Friedhöfe schließt in Ausgabe mit rund 50 000 M. und in Einnahme mit 24 000 M. ab, so daß ein Ueberschuß von rund 26 000 M. erforderlich ist. Bei den Kirchhöfen der Kirchengemeinden ist das Verhältnis umgekehrt, weil diese nach bekannten kirchlichen Grundsätzen aus dem Verkauf der Begräbnisstellen höhere Einnahmen erzielen.

Die Rechte der städtischen Arbeiter. Man schreibt uns aus den Kreisen der organisierten städtischen Arbeiter: Der Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordneten folgend, beschloß das Berliner Stadtverordneten-Kollegium im Sommer des vorigen Jahres eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter, nach welchen den annähernd 12 000 in städtischen Betrieben beschäftigten Personen in mancher Beziehung Vorteile geboten werden sollten. Der Magistrat schien die Berechtigung dieses Beschlusses einzusehen, wie aus einer unterm 25. Oktober 1901 erfolgten Verfügung hervorgeht. Leider hat er oder die zuständigen Verwaltungsbekanntungen es unterlassen, die direkt davon Betroffenen, nämlich die städtischen Arbeiter, gehörig in Kenntnis zu setzen. Um nun diese hochherzige That des Magistrats in das richtige Licht zu setzen, andererseits aber auch die Arbeiter über die ihnen zustehenden Rechte recht gründlich zu informieren, bringen wir die uns freundlichst zur Verfügung gestellte Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters Kischner hiermit zur allgemeinen Kenntnis:

Bezüglich der Zuwendungen der Arbeiter und Bediensteten der Stadtgemeinde in Krankheits- und Verletzungsfällen sind bisher, soweit nicht die Unfallversicherung einen Anhalt bot, bei den einzelnen Verwaltungsbekanntungen einschlägige Grundzüge nicht beachtet worden. Wir haben deshalb die nachstehenden Normen aufgestellt, welche fortan — unbeschadet der Bestimmungen der Unfallversicherung vom 1. Juni 1900 — allen Stellen der städtischen Verwaltung zur Richtschnur dienen sollen:

1. Die Rechtswirkung des § 616 Bürgerlichen Gesetzbuchs, der kein zwingendes, sondern nachgiebiges Recht bietet, ist durch die Arbeitsordnung oder den sonstigen Dienstvertrag auszuschließen.

2. In Krankheitsfällen ist der Lohn nicht nur nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als 4 Wochen zu gewähren.

3. In Fällen der militärischen Einziehung zu den 12—14 Tage währenden Landwehrrübungen ist der Lohn nach Abzug der reichsgesetzlichen Unterhaltungen fortzuzahlen. Bei der Einberufung zu den Reserve- oder anderen längeren Übungen ist das Arbeitsverhältnis aufzulösen.

4. In allen anderen Fällen bleibt es den zuständigen Verwaltungsbekanntungen überlassen, für eine nicht erhebliche Zeit der Dienstverhältnis den Lohn oder das Entgelt fortzuzahlen.

5. Bei denjenigen Bediensteten, welche neben dem Lohn noch Kost oder Wohnung erhalten, wie Wärter und Wärterinnen in Kranen- und anderen Anstalten, Hausdiener, Köchinnen etc., bewendet es in Krankheits- und Urlaubsfällen bei den zur Zeit in Urlaub befindlichen Grundbesitzern.

Berlin, den 25. Oktober 1901.

Kischner.

So sieht es um das sozialpolitische Verständnis des Magistrats der deutschen Reichshauptstadt aus.

Wegen der am 1. April d. J. in Kraft tretenden neuen Polizeiverordnung über die Anbringung von Bremsen und festen Aufsicherungen an den in Berlin verkehrenden Fahrverleihen hatte der Verein Berliner Möbelpediteure an den Polizeipräsidenten eine Petition gerichtet, darin wurden gegen die Anbringung solcher Aufsicherungen an Möbeltransportwagen Bedenken geäußert und zugleich wurde um eine Verlängerung der Anbringungsfrist gebeten. In dem jetzt erfolgten Bescheid erklärt der Polizeipräsident, daß er die Möbelwagen als „Specialwagen“ anerkenne und gegen die zusammenlegbaren festen Aufsicherungen sowie auch gegen das Fahren von Sattel nicht einzuwenden habe. Dagegen könne eine Hinausschiebung des Zeitpunktes, an dem die neue Polizeiverordnung in Kraft treten soll, nicht stattfinden.

Zur Haftpflicht der Lehrer. Auf Grund der Haftpflichtversicherung, die der „Deutsche Lehrerverein“ im vorigen Jahre für seine Mitglieder mit einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossen hat, sind in den ersten sechs Monaten — bis zum Schluß des Jahres 1901 — in 84 Fällen Ansprüche bei der Gesellschaft angemeldet worden. Darunter war kein Fall aus Berlin, aber 5 Fälle aus Berliner Vororten (Charlottenburg, Schöneberg, Kigdorf, Zehlendorf, Nimmelsburg). 32 mal lagen Schullinder in Frage, 2 mal andere Personen. Die Schullinder hatten in 1 Fall in der Schule, in 2 Fällen auf Ausflügen Sachbeschädigung verübt oder durch ihr Verhalten veranlaßt (zum Beispiel durch Träumen ein Pferd schon gemacht und dadurch einen Bogen beschädigt). In 29 Fällen handelte es sich um Schädigung der Kinder selber und zwar 28 mal um Schädigung an ihrer Gesundheit und 1 mal um Schädigung an ihrem Eigentum (Ableidung). 15 mal hatte eine körperliche Nichtigkeit den Anlaß der erwiehenen oder nur behaupteten Gesundheitschädigung der Kinder gebildet, 4 mal ein Unfall beim Turnen, 4 mal ein Unfall beim Spielen unter Aufsicht, 2 mal ein Unfall auf Ausflügen, 1 mal ein Unfall bei einer für den Lehrer angeführten Arbeit (Holzbocken), 2 mal Unfälle anderer Art. Erledigt ist erst die Hälfte der angemeldeten Ansprüche und zwar in 12 Fällen durch Zahlung, in 5 Fällen durch Ablehnung. In einem der noch nicht erledigten Fälle, wo ein Schüler über den Fuß des Lehrers gestolpert ist und den Arm gebrochen hat, so daß er dauernd unvalide bleiben wird, sind 15 046 M. Schadenersatz beansprucht worden. Die Klage, zu der es hier gekommen ist, schwebt noch.

Ueber Rudolf Virchow's Befinden waren in diesen Tagen brennende Gerüchte im Umlauf. Die Folgen jenes Unfalls, den Virchow am 4. Januar beim Verlassen der Strahenbahn erlitten hat, sollten sich neuerdings bedenklicher gestaltet haben, als anfänglich zu bestritten war. Auf eine Anfrage wird von Professor Koerte, der den großen Gelehrten behandelt, jedoch mitgeteilt, daß das körperliche Befinden des Patienten im ganzen ein zufriedenstellendes ist. Der Patient nimmt leidlich gut Nahrung zu sich und sitzt tagsüber im Bett auf. Auch hat er ihm nahebefindende Personen empfangen. Die Nächte verbringt der Patient noch oft unruhig und machen sich dann Depressionen bemerkbar. Man hofft, daß der Patient den Fall überwinden wird.

Wesentliche Hygienische Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen Berlins. Das Thema von heute abend lautet: „Ansteckende Krankheiten“. Es wird das ganze Gebiet der Ansteckung, Seuchenverbreitung und der Säugmaßregeln des Staates und der einzelnen Personen zur Sprache kommen. Der Vortrag findet statt in den Aulen der Gemeindefchulen Poststr. 8, Drangelstr. 128, Winterfeldstr. 16, Charlottenburg, Goethestr. 22, Beginn 8 1/2 Uhr. Eintritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation. Vortragende die Herren Doktoren Gebert, Svarnsensky, Engel, Bloch.

Telephon und Große Berliner Straßenbahn. Seit einer Woche etwa macht sich in einem ganzen Bezirk der königgräzerstraßengegend in den Telephonen ein andauerndes hartes Geräusch bemerkbar, das den Verkehr fast bis zur Unmöglichkeit erschwert. Auf eine erste Anfrage bei dem Amt erhielt unser Gewährsmann den Bescheid, daß die Störung durch die Straßenbahn herbeigeführt sei und in einigen Tagen beseitigt sein würde. Eine wiederholte Beschwerde wurde dahin beantwortet, daß bereits Schritte zur Beseitigung des Uebelstandes getroffen seien, daß die Beseitigung selbst aber noch Wochen in Anspruch nehmen könne. Wir halten es für im öffentlichen Interesse liegend, daß die Postverwaltung sich über die Verhältnisse äußere, die vermutlich auch in anderen Stadtgegenden bestehen oder eintreten können.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichslanzlers vom 4. März 1896 über den Betrieb der Wägereien und Konditoreien zu I 3a werden nach polizeilicher Bekanntmachung vorläufig der 23. Januar, 1. 11. und 22. Februar, 1. 8., 15. und 27. März, 12. 19. und 26. April, 3., 10., 15. und 18. Mai dieses Jahres als diejenigen Tage festgesetzt, wo in Wägereien und Konditoreien Besätzen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Die Einbrüche in den Konsumgenossenschaften mehren sich unheimlich. Nachdem erst vor kurzem die Kassenschele des Vereins Koch heimgekehrt worden ist, wird uns jetzt mitgeteilt, daß in der Nacht zu gestern im Laden des Vereins Berlin-Süd in der Gräsestraße 40 ein Einbruch verübt und ein Schaden von etwa hundert Mark verursacht worden ist.

Durch unbegreifliche Leichtgläubigkeit haben drei bisher unbescholtene Männer sich und ihre Familien in schweres Unglück gestürzt. Als sie eines Tages auf dem Weg beschäftigt waren, ließen sie sich während der Frühstundspause in eine Unterhaltung mit einem ihnen bis dahin völlig unbekanntem Manne ein. Dieser erzählte ihnen unter anderem, daß in einem von ihm genau beschriebenen Ortgebirgs eine reiche Familie auf dem Salobis-Rischhofe ein Erbdob von 15 000 M. in Gold verborgen sei. Der Erzähler versicherte, daß er keine Kenntnis aus sicherer Quelle habe. Den drei Zuhörern ging die Sache im Kopf herum, nach längerem Beraten beschloßen sie, sich mit einigen schweren Jungen in Verbindung zu setzen, um gemeinsam mit ihnen den Schatz zu heben. Der Plan wurde ausgeführt; in einer Nacht das Ortgebirgs erobert und alles umgegraben, ohne aber den Schatz zu finden. Die Thäter wurden sämtlich ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Zum Unglück für die drei Familienväter stellte sich bei der Verurteilung heraus, daß die mitbeteiligten schweren Jungen noch verschiedene andre Straftaten auf dem Kerbholz hatten, so daß sämtliche Angeklagten sich bereits viele Monate in Untersuchungshaft befinden. Im nächsten Monat dürfte die Verhandlung stattfinden, die drei Familienväter werden vom Rechtsanwalt Heine verteidigt.

Dem hiesigen königlichen Zoologischen Museum haben die Erben des am 7. November 1901 in Jena gestorbenen Meisters Carl Wend Friedrich Wiegmann über 500 anatomische Präparate der Jungen, Meisen und Geflügelapparate von Land- und Süßwasser-Schnecken geschenkt, ferner ungefähr 100 beschaltete Mollusken in Spiritus und eine kleine Sammlung subfossiler Schnecken aus dem Süßwasserfall bei Jena. Außerdem sind von den Veröffentlichungen des Verstorbenen über seine zoologischen Untersuchungen von Landmollusken eine Anzahl Sonderabdrücke für die Bibliothek des Zoologischen Museums mit überwiehen, sowie mehrere noch nicht druckfertige Manuskripte und viele Briefe, die von Zoologen an ihn gerichtet wurden. Die zoologischen Präparate sind nun systematisch geordnet und die Spirituspräparate in die Hauptsammlung eingereiht. Die Schnecken aus dem Süßwasserfall von Jena sind dem Paläontologischen Museum überwiehen. Die Präparate und Sammlungen des Verstorbenen bilden eine äußerst dankenswerte Bereicherung des Zoologischen Museums und haben in demselben eine bleibende würdige Stätte gefunden. Sein Name wird auf der Donatorenliste des Museums verewigt werden.

Durch einen Sturz von der Treppe ist der 74 Jahre alte Säeneidermeister Christian Stähler tödlich verunglückt, der bei seinem Kessen, dem Gastwirt Stähler, in der Reuen Geinstr. 98 wohnte. Der Greis war am Sonntagabend bis 11 Uhr in der Gastwirtschaft seines Kessen und wollte dann in seine Wohnung hinaufgehen, um sich zur Ruhe zu legen. Auf der dritten Treppe muß er einen Schwundelfall bekommen haben oder ausgeglitten sein. Er stürzte acht Stufen hinab und blieb mit gebrochenem Schädel beunruhiglos auf dem nächsten Absatz liegen. Zu der Wohnung erhobte er sich wieder etwas, am Montagmorgen aber wirkte man ihn mit einem Krankenwagen nach Westhafen bringen. Hier starb er gestern an einer Gehirnerschütterung. Die Leiche wurde beflagelant.

Das Vedmannsche Ehepaar, das im Herbst v. J. nach Verlobung umfangreicher Beiträge, Urkundenfälschungen und Verleumdungen zum Meineide von hier flüchtig geworden und seitdem steterflüchtig verfolgt war, ist in Paris festgenommen worden. Die Eheleute sind, nachdem ihre Auslieferung an die preussische Staatsbehörde stattgefunden hatte, über Belgien nach Berlin transportiert und hier ins Moabitler Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Der 50 Jahre alte Emil Vedmann betrieb mit seiner Frau, geb. Rubinshy, in der Gartenstr. 49 zu Berlin und in Rankow Untertagesgeschäfte, die, nach der Höhe des Umsatzes zu urteilen, bedeutende Erträge gehabt haben müssen. Im Sommer vorigen Jahres geriet Vedmann mit seinen Lieferanten in einen Streit, als diese ihre Forderungen aufstellten. Er suchte durch Quittungen, die er, wie sich nachträglich herausstellte, sehr geschickt gefälscht hatte, den Nachweis zu führen, daß er die Forderungen eines Teiles der Lieferanten durch Barzahlungen bereits beglichen hätte, während er die Forderungen der übrigen Lieferanten einfach zurückwies unter dem Vorgeben, die entsprechenden Warenlieferungen nicht erhalten zu haben. Als es hierüber zum Prozeß kam, beeinflusste er durch Bestechungen mehrere Zeugen, in seinem Sinne auszusagen. Vedmann mochte alsbald fühlen, daß ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, löste seine Geschäfte unter abermaliger Schädigung von Lieferanten auf und begab sich mit seiner in der Meineidsaffäre stark beteiligten Frau auf die Flucht. Da sich das Paar von der Kriminalpolizei verfolgt glaubte, hatte die 48 Jahre alte Frau bei der Abreise in Rankow Männertracht angelegt, in der sie mit ihrem Mann nach mancherlei Abenteuer in London ankam. Hier wurde das Paar von den größten Teil seiner Gelder durch Diebe beraubt, und nun ging die Reise nach Paris, wo beide ihr Schicksal erlebte. In der angezeichneten Meineidsache sind bereits mehrere Verhaftungen mitschuldiger Personen erfolgt.

Zu geistiger Ummachtung erkrankte sich gestern abend der 48 Jahre alte Arbeiter Heinrich Heisel aus der Friedrichsbergerstraße 27, das Opfer eines Unfalls. Heisel fiel im Jahre 1888 auf einem Bau in der Leipzigerstraße ein Kegelroll auf den Kopf. Acht Wochen lag er damals in der Charité. Nach zehn Jahren stellten sich Kopfschmerzen ein. Der Verunsüchte war seitdem viertel in Dalldorf und Herzberge, seit dem 1. Oktober 1900 wieder zu Hause, wo er seiner Frau beim Zeitungsantragen half. Gestern nachmittag ging er zur Polizei, um seine Einwilligung zu geben, daß sein ältester Sohn eine Hausdienersstelle antrete. Erst gegen 10 Uhr abends kehrte er zurück und tötete sich, ohne die Wohnung wieder betreten zu haben, in dem Klosetttraum am Treppentur durch einen Revolvererschuss in die rechte Schläfe. Er hinterläßt seine Frau und sechs Kinder.

Der Totschlag an der früheren Kellnerin Hedwig Weber, über den schon wiederholt berichtet wurde, ist noch nicht aufgeklärt. Nur so viel steht fest, daß das Mädchen vor dem Steinfurter Bahnhof nachts mit vier Männern in einen Wortwechsel geriet und von einem der Männer den tödlichen Schlag auf den Kopf mit einem Stod mit Hirschhornspitze erhielt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem Täter hatten noch keinen Erfolg. Etwasige Mitteilungen zur Aufklärung der Angelegenheit werden im Zimmer Nr. 337 des Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Zu dem Selbstmordversuch der Frau Robert in der Pappel-Allee 133 teilte uns der Ehemann mit, daß der That keine ethischen Zwistigkeiten zu Grunde liegen. Der Vergiftungsversuch sei vielmehr in einem Anfall von Schwermut ausgeführt worden.

Feuerbericht. Bei einer Benzineplosion, die Donnerstagmittag in der Reppenstraße 43 erfolgte, erlitt der Arbeiter Schulz schwere Brandwunden. Er war bei dem Kaufmann Stephan damit beschäftigt, eine große Flasche Benzin abzumessen, als die Flasche umfiel und explodierte, wobei die ausgelassene Flüssigkeit Feuer fing. Die Flammen erfaßten den Arbeiter, konnten aber von andern Arbeitern bald erstickt werden. Doch hatte Schulz so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach Auflegung eines Notverbandes durch die Samariter der herbeigerufenen Feuerwehrr das Krankenhaus Bethanien aufsuchen mußte. Mittwochabend 8 Uhr wurde die Wehr nach der Schulstraße 26 gerufen, wo durch Unfällen einer Petroleumlampe ein Wohnungsbrand entstanden war, der indes schnell abgedämpft werden konnte. Zur selben Zeit war Treppentower Chauffeur 1 der Fußboden und die Balkenlage in Brand geraten, während in der Ullrichstraße 1 Wäsche und Teppiche in Flammen aufgingen. Admittags wurde in der Gontardstraße 5 ein Waren-Automat durch Feuer beschädigt. Kurz vorher hatte sich in der Wilmertstraße 15 Spiritus entzündet und dabei Cardine und Kleiderstücke ergriffen. Außerdem waren noch Alarmierungen von Heiligegeiststraße 15, Klosterstraße 25 und Wäldersdorferstr. 41 zu verzeichnen, die jedoch auf unbedeutende Unfälle zurückzuführen waren.

Gymnasialzettel für zwölfjährige Mädchen. Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Infolge der guten Erfahrungen, die man mit der von Frau Dr. phil. Wegscheider-Ziegler geleiteten Gymnasialschule für Mädchen gemacht hat, werden sich zu Ostern d. J. neue Kurse bilden. Fräulein Dr. phil. Helene Stöder hat sich bereit erklärt, die Leitung eines solchen Zirkels zu übernehmen. Bei dem großen Andrang und der durch die Form der Familienkassen bedingten kleinen Anzahl von Schülerinnen werden Eltern, die ihren Töchtern diesen Unterricht zu sichern wünschen, gebeten, sich möglichst bald mit der Leiterin Dr. phil. Helene Stöder, Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburgerstraße 70, in Verbindung zu setzen.

Zur Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Freitag, den 24. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Andreas-Realschulstifts, O. Langest. 31, Herr Professor Dr. Alfred G. Meyer, seinen Vortragskursus über „das moderne Kunstgewerbe“. Am gleichen Abend um dieselbe Zeit beginnt im Bürgeraal des Rathauses Herr Professor Dr. Richard W. Meyer seinen Vortragskursus „Lebensleben und Werke“. Eintrittskarten à 1 M. sind für beide Kurse — jeder umfaßt 6 Abende von je 1 1/2 Stunden — zu haben bei: Georg Walling, W. Leipzigerstraße 136; A. Schütz, O. Holmarstr. 60; Tischendörfer, C. Sophienstraße 20; J. E. Lederer, W. Rinsfürstenstr. 70; Bernhard Staar,

S.W. Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen, W. Köpcke, 23 (8-3 Uhr).

Theater. Zwischen Herrn Direktor Herenczy und der Direktion des Apollo-Theaters ist ein Vertrag zu Stande gekommen, wonach während des Gastspiels der Operette 'Die Schöne Müllerin' am Central-Theater vom 3. Februar d. J. ab: 'Das tolle Mädel' in der Originalbesetzung des Central-Theaters am Apollo-Theater zur Ausführung gelangen wird.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die gestrige Stadtverordnetenwahl endete mit folgendem Ergebnis: Wollermann (Soz.) 209 Stimmen, Dr. Richter (bürgerl.) 324, Absolute Mehrheit 324. Gewählt Dr. Richter (bürgerl.).

Obst (Soz.) 209 Stimmen, Terzsch (bürgerl.) 323 Stimmen. Mit Hinzurechnung einiger ungültigen Stimmen beträgt die absolute Mehrheit 324 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen unserm Genossen Obst und Terzsch statt.

Die Obstruktion in der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung ist nunmehr beendet; im Seniorenkontext ist eine Einigung erzielt worden, so daß die Wahlen imgeforderten erfolgen konnten. Von unserer Seite wurden gewählt in den Wahlprüfungs-Ausschuss Paale, in die Elektrizitäts-Deputation Dr. Vorkardt, in die Krankenkaassen-Deputation Paale, in den Ausschuss zur Veranlagung der direkten Gemeindesteuern Hirsch, in den Ausschuss betreffend unentgeltliche Lieferung von Elektrizität an die Inhaber von Dienstwohnungen Jander und in den Ausschuss betreffend Vergütung von unterirdischen Kabeln Dr. Vorkardt. Unter den Vortragenden, mit denen sich die Versammlung am Mittwoch beschäftigte, verdient nur die Überlassung einer Fläche von 1600 Quadratmetern auf dem Gelände der Gasanstalt II an die Firma Schuppmann in Berlin zu Mälverbreitungs-Versuchen Erwähnung. In der nächsten Sitzung steht u. a. die Interpellation Dr. Klingenberg u. Gen. auf der Tagesordnung, wozu die elektrische Straßenbeleuchtung in Charlottenburg eingeführt werden soll.

Aus Steglitz schreibt man uns: Die hiesige Ortspolizei hat wiederum diejenigen Schankwirte mit Strafmandaten bedroht, die in ihren Lokalen die Agitationsplakate der Gewerkschaften aushängen. Während seither nur das Plakat des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes nach dem Kammergerichts-Urteil gegen die Vorschriften des Preßgesetzes sündig, sind nunmehr auch die Plakate des Metallarbeiter-, des Holzarbeiter-, des Maurer- und des Zimmerer-Verbandes, sowie Plakate von Kranken-Zassen auf den Index gesetzt. Der sozialdemokratische Gemeindevertreter Rapp hat dem neuen Amtsvorsteher angekündigt, daß er ihn in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung über die Beanstandung der Gewerkschaftsplakate zu interpellieren gedenke, da von einer Beanstandung der Plakate des 'Christlichen Vereins junger Männer' und anderer Körperschaften, die ebenfalls keine geschäftlichen Angelegenheiten betreffen, abgesehen wird. — Da die Gemeindevertretung die Höhe des Gehalts des neuen Gemeindevorstehers mit dessen juristischer Vorbildung begründet, dürfte sie auch auf die juristische Begründung dieser unterschiedlichen Gelegeten Anwendung Anspruch machen. — Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung, die um 8 Uhr beginnt, steht u. a. auch die Berichtserstattung der Kommission für die Wohnungsstatistik.

Nixdorf. Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, welcher die Ausschreibung der Stelle des befohlenen Stadtrats, sowie die Festsetzung der Anstellungsbedingungen betrifft, genehmigend beigetreten. — Die Stadt wird nun auch bald ihr Wappen bekommen. Nach vielen Beratungen hat die Wappenkommission ein dreiteiliges Wappen, mit Johanniterkreuz, sowie Helm und Adler der mit Berlin vereinigten Stadt Köln angelehnt, und der Magistrat hat jetzt beschlossen, es für Nixdorf anzunehmen. — Der Ortspolizeibehörde soll vorgeschlagen werden, als Ausnahmezeitung gemäß §§ 139d, 139f 3 und 139g, Ziffer 2, Absatz 2 der Reichs-Gewerbe-Ordnung für Nixdorf für das Jahr 1902 dieselben Tage festzusetzen, wie sie der Polizeipräsident für Berlin bereits bestimmt hat. Die Verlehrs-Deputation hat beschlossen, um baldige Inangriffnahme des Baues des neuen Post-Dienstgebäudes zu petitionieren. Der Magistrat erklärte sich damit einverstanden. Ferner genehmigte der Magistrat, daß die zur Ausführung des Städtkanals erforderlichen Beschlässe von der Baudeputation beziehungsweise der von dieser eingesetzten Kanal-Kommission gefaßt werden. — Bei dem Bau des Städtkanals waren in den letzten Tagen etwa 200 Arbeiter beschäftigt. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, beweist, daß sich am Tage nach dem Arbeitsbeginn wieder Hunderte einfanden, in der

Goffnung, Verdienstlosigkeit zu erhalten. Eine Anzahl junger Mädchen hat selber Störungsversuche gemacht und ist sogar soweit gegangen, mit Erde beladene Porzins in den Wiesen-graben zu kippen. Einer der Rabaudräher wurde verhaftet, auch wurde Polizei zum Schutze der Arbeitsstätte aufgeboten.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Im September vorigen Jahres hatte der hiesige Gendarm eine Kollektivsammlung aufgelöst, weil der Raum ungeeignet wäre. Landrat und Regierungsrat wiesen beide die erhobene Beschwerde zurück. In dem Bescheid vom Regierungspräsidenten heißt es wörtlich: 'Wegen seiner geringen Größe und weil die Türen nach innen aufschlagen, ist der Raum ungeeignet zu einem öffentlichen Versammlungs-raume, in dem eine von vornherein nicht bestimmbar Anzahl von Personen ohne Gefährdung ihrer Sicherheit Platz finden soll.' Und aus diesem sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkt mußte der Gendarm die Versammlung auflösen. Sind wir jetzt auch, soweit politische Versammlungen in Betracht kommen, obdachlos, so geht es mit der Bewegung doch weiter und der Amtsvorsteher irrt sich sehr, wenn er glaubt, die Sozialdemokratie am Ort vernichten zu können.

Gerichts-Beilage.

Wegen eines Revolver-Auschlages stand gestern der Kellner bezw. Kaufmann Hans v. Kunkelich unter der Anklage der Verletzung von der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, der den Eindruck eines sehr flotten jungen Mannes macht, hatte sich mit dem Dienstmädchen Bertha Krause, mit der er zusammen lebte, verlobt. Die Verlobung wurde aufgehoben, als der Angeklagte merkte, daß ihm das Mädchen nicht treu sei, sondern ihre Liebe auch anderen schenkte. Er weigerte sich dann auch, die Vater-schaft des Kindes anzuerkennen, dem sie das Leben gegeben hatte und es kam zu einer Klimentenklage. Im Verlaufe derselben richtete der Angeklagte mehrmals Briefe an die K. mit der Auf-forderung, ihn zu besuchen, angeblich, um einige alte Sachen, die sich noch bei ihr befänden, abzuholen. Die Briefe blieben unbeantwortet und nun lautierte der Angeklagte dem Mädchen auf der Straße auf. Am 28. Mai gelang es ihm, seine ehemalige Braut, die inzwischen einen Dienst als Kindermädchen angenommen hatte, an der Ecke der Willow- und Frosenstrasse in Begleitung eines anderen Mädchens und der ihrer Obhut anvertrauten Kinder zu treffen. Er schloß auf sie zu, packte sie an der Hand und fragte sie, ob sie nun mit ihm kommen wolle. Als ihre Begleiterin weg-laufen wollte, um Hilfe herbeizuholen, zog er einen Revolver aus der Tasche und drohte ihr, sie niederzuschießen, wenn sie sich vom Plage rühre. Dann wandte er sich an seine ehemalige Verlobte und schrie ihr zu: 'Bertha, wenn Du nicht mitkommst, dann jage ich Dir hier dies vergiftete Messer in den Leib! Du sollst eines qualvollen Todes sterben!' Sie riß sich los und er verfolgte sie mit dem Revolver, den er in der ausgestreckten Hand hielt. Jengen wollten dabei gesehen haben, wie die Revolver aufblühte. In der Nähe befindliche Drochsenkutscher sprangen nun auf den Wüterich los, entriß ihm den Revolver und schleppte ihn in ein nahe gelegenes Cigarrengeschäft, wo sie ihn drann und blau schlugen. Die Untersuchung ergab, daß aus dem sechs-läufigen Revolver ein Schuß abgegeben, die Angel aber im Laufe festes geblieben war. Der Angeklagte schob diese Erklärung auf einen früher von ihm angestellten Schlegelverwandten und behauptete, daß er dem Mädchen mit dem Revolver lediglich einen Scherz habe einführen wollen. Der Angeklagte spielte sich dabei als ein äußerst gebildeten Menschen auf und behauptete, daß er das Abiturienten-Examen gemacht habe. — Vorsitzender Landgerichts-Direktor Müller: Wo war denn das? — Angeklagter (nach etw. Besinnen): In Herfeld! — Landgerichts-Direktor Müller: Wie hieß denn der Leiter der Anstalt? — Angekl.: Er hieß Direktor Müller. (Weiterleit.) — Vors.: Sagen Sie mir doch mal, wie die Dohse anfängt? — Angekl.: Das habe ich im Augenblick vergessen. — Vors.: Können Sie das Wort 'und' ins Griechische übersetzen? — An-geklagter schweigt. — Vors.: Können Sie einen gewissen Cornelius Nepos? — Angekl.: Durch den Verkehr mit den unter-geordneten Knechten, in die mich das Schicksal geworfen, ist mir die Erinnerung an solche Dinge etwas geschwunden. — Vors.: Sie behaupten, in Frankreich gewesen zu sein. Sprechen Sie doch einmal französisch! — Angekl.: Ja, war in Frankreich immer nur in deutschen Kneipen. — Vors.: Na, dann sprechen Sie doch 'mal englisch; Sie behaupten ja, in New York gewesen zu sein. — Angekl.: Englisch kann ich nicht mehr. — Vors.: Na, mit der Bildung, mit der Sie sich brüsten, scheint es nicht weit her zu sein. Ihre Briefe machen auch den Eindruck, als ob sie von einem Quartaner geschrieben wären. — Die Zeugin Bertha K. war nicht zur Stelle, sie konnte auch nicht herbeigeholt werden. — Staatsanwalt v. Penzinger beantragte deshalb die Verurteilung und eine Ordnungsstrafe gegen die ausgebliebene Zeugin. — Rechtsanwält Dr. Schwindt beantragte die Haftentlassung des Angeklagten, da derselbe schon über 7 Monate in Untersuchungshaft sitze und keine sehr hohe Strafe zu erwarten habe. Der Gerichtshof war anderer

Meinung; er beschloß, die Verurteilung, lehnte aber den Haftentlassungs-antrag ab, da die eventuell zu erwartende Strafe keineswegs gering ausfallen dürfte, sich auch erst durch die Beweisaufnahme ergeben müßte, ob nicht der Angeklagte wegen versuchten Mordes vor das Schwurgericht zu stellen sei. Gegen die ausgebliebene Zeugin wurde eine Ordnungsstrafe von 30 M. ausgesprochen.

Marktpreise von Berlin am 22. Januar 1902

nach Ermittlungen des fgl. Volksgesundheitsamts.		nach Ermittlungen des fgl. Volksgesundheitsamts.			
Waren	U. M.	U. M.	U. M.		
Wegeln, gut	17,50	17,44	Parrottschmalz, neue, 2 1/2 Ltr.	6 —	4 —
„ mittel	17,38	17,32	„ alte, 2 1/2 Ltr.	1 00	1 20
„ gering	17,28	17,20	„ do. 1 Ltr.	1 40	1 —
Hogeln, gut	14,50	14,49	Schweinefleisch	1 70	1 30
„ mittel	14,48	14,47	Ratthfleisch	1 80	1 —
„ gering	14,46	14,45	Hammelfleisch	1 60	1 —
*Weisz, gut	14,60	14 —	Butter	2 60	2 —
„ mittel	13,90	13,49	Vier 60 Stk.	5 20	2 80
„ gering	13,30	12,80	Kartoffeln 1 kg	2 20	1 80
*Jäger, gut	17,20	16,70	„ do.	2 60	1 40
„ mittel	16,60	16,10	„ do.	2 00	1 20
„ gering	16 —	15,60	„ do.	2 20	1 20
Mehl, 1. Sort.	7,82	7 —	„ do.	1 80	0 80
„ 2. Sort.	8,90	8 —	„ do.	1 80	1 40
„ 3. Sort.	40 —	25 —	„ do.	1 20	0 80
„ 4. Sort.	50 —	25 —	„ do.	1 20	0 80
„ 5. Sort.	60 —	20 —	„ do.	1 50	1 —

Produktmarkt vom 22. Januar. Auf dem heutigen Getreide-märkte kamen Umsätze so gut wie gar nicht zu Stande, da in Bezug auf die Preise keine Einigkeit zu erzielen war. Die Besuche der Käufer, die Forderungen im Hinblick auf das milde Wetter, mittere Meldungen aus England und nur schwach behaartes Nordamerika herabzubringen, hatten keinen Erfolg. Weizen und Roggen wurden sogar seitens der Abgeber in Folge sehr trauriger Tendenzberichte aus Dänemark-Ungarn 1/2 M. höher gehalten. Weizen war still und uninteressant. Futtergetreide im Preisverhältnis wie gestern, Hafer loco behauptet, Mais loco nachgebend. Am Rohstoffmarkt wurden bedeutende Abgaben für Rechnung der Provinzialmüller ausgeführt, doch fand das Angebot schlan Kaufnahme und die Preise blieben unverändert.

Spezialmarkt vom 22. Januar. Auf dem heutigen Viehmarkt unterlag die Nachfrage auf die beschriebene Erhöhung der Weizenpreise 1,05 M. an; loco Wdr wurde zu 33,75 M. in bedeutenden Posten umgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zerkleinerung findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. S. 100. Ja (nach Auskunft der Vereinstung der Mühlhändler).

H. S. 101. Unklar. Unklar. Unklar.

12 Streikpöbel. 1892; wo, wissen wir nicht.

H. S. 102. Nein.

H. S. 103. Was ist es, unklar. Unklar.

Hummelshaus 2. 1. In der Handwerkerhalle. 2. Geistes; was von ihr zu halten, wissen wir nicht.

H. S. 104. Mühlenträger. Der Centralverein für Arbeitsschutz hat an der Stadthalle, Stadthausgarten 104, sein Bureau.

H. S. 105. Die Adresse des betreffenden Genossen ist: Behlen-dorf, Brina Handwerkerhalle.

H. S. 106. 1. Wahrheitslieblich. 2. Ja. — **H. S. 107.** Moskauerstraße. An zufälliger Stelle werden wir und erkundigen, ob, was wir nicht glauben, ein unbedeutendes Kind in hiesigen Gemeindefürsorge Aufnahme findet. — **H. S. 108.** Wenn nicht besondere Auskünfte dagegen sprechen: Ja. — **H. S. 109.** Erlauben Sie sich auf dem Patentamt. — **H. S. 110.** Ein An-spruch steht Ihnen gegen die Braut nicht zu, sondern allein gegen den Brautgatten. Daher steht Ihnen auch kein Anrecht auf die Braut zu. — **H. S. 111.** 10. Nein. — **H. S. 112.** Ja. — **H. S. 113.** 100. Den Kandidat, nicht Sie rufen die Schwanderrichter an. — **H. S. 114.** Weiber ist das un-möglich; der Rasse gehören Sie trotz des Gesetzes an. — **Zwei Wertende.** An den 2. und an die 2. ist richtig; es ist der Kalkulator (vierter Teil). — **H. S. 115.** An die Erfolgskommission bis spätestens Ende Januar. — **H. S. 116.** Die Firma ist im Recht. Sie würde eine Klage gewinnen. — **H. S. 117.** Sie können zur Vermeidung des Offenbarungsbundes loben und den Lohn pflanzen lassen. — **Schlichter.** 11. 1. Ja. Sie müssen einen dahin gerichteten Antrag stellen. 2. Der Betreffende ist wegen Mordes zum Tode, wegen Diebstahls zu Zuchthausstrafe verurteilt. — **H. S. 118.** Nein.

Witterungsübersicht vom 23. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Zwinnende	766 2/3	1	bedekt	6	Opasanda	762 2/3	—	—	—	—	—
Hamburg	767 2/3	1	bedekt	6	Berlin	766 2/3	1	bedekt	6	Schnee	-15
Frankf./M.	770 2/3	2	bedekt	5	Sart	766 2/3	3	bedekt	5	Thau	9
Wien	771 2/3	1	bedekt	5	Aberdeen	—	—	—	—	—	—
					Paris	771 2/3	2	bedekt	5		

Wetterprognose für Freitag, den 24. Januar 1902.
Gleitschneewarm, vorwiegend trübe und neblig mit leichten Regenfällen und schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

4. Wahlkreis (Süd-Ost).

Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Urania“, Wrangelstrasse 10:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Clara Zetkin aus Stuttgart über den Bankrott des sozialistischen Ministerialismus in Frankreich. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch (Männer und Frauen) erwarten
Die Vertrauensleute.

Achtung! 6. Wahlkreis, Achtung!

Sonntag, den 26. Januar, abends 6 Uhr, im Lokal „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Curt Freundenberg. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Berammlung der Einieker.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Wahl der Kommission und der Vertrauensmänner. 4. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß die Kollegen zahlreich erscheinen.
Die Kommission.

Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“

(Mittl. d. U.S.B.)
Am Sonnabend, den 1. Februar 1902:

Großer Wiener Masken-Ball

in Klemens Festsälen, Hasenheide 13.
— Jede Dame erhält ein Kostüm. —
Billet 50 Pfennig. [65,24] Anfang 8 1/2 Uhr.
Dazu ladet freundlich ein Das Komitee.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Weichlorstr. 15:
Versammlung.
T.D.: Vortrag des Herrn Ehrlich über 'Versicherungswesen'. Bericht vom Weihnachtsergebn. Ausgabe der Wälsch zum Besten der 'Urania' am 23. Februar. Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden auf die §§ 3 und 4 des Krankenkaassen-Statuts aufmerksam gemacht.
Der Vorstand.

Lederarbeiter Berlin I.

Weißgerber, Lederfärber und Berufsgenossen.
Freitag, 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Brakmann (Hollgärten, kleiner Saal), Badstr. 56: 765

Große öffentliche Versammlung

aller in der Lederfabrikation besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Der heutige Einrückungsmodus mit den damit verbundenen Schwierig-keiten. 2. Wahl der Revision zur Abrechnung beim Vertrauensmann. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Der Vertrauensmann: H. Knoblich.

Samariter-Kursus

für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Sonntag, 26. Januar, abends 5 1/2 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 30:
Versammlung.
Vortrag des Stadtverordneten Dr. A. Bernstein über: Die Wohnungsfrage.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Um regen Besuch bitten
Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler

und and. gew. Arbeiter. (E. H. Hamburg 3.) Verw. Berlin D. Moabit.
Sonntag, 26. Januar, vorm. 10 Uhr, in Ahrens Brauerei (kleiner Saal), Thurmstr. 25-26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal ex. 2. Ärzte- und Apothekenfrage. 3. Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Sonnabend, den 1. Februar 1902:

Großer Wiener Maskenball

in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49.
Zum Besten der arbeitslosen Mitglieder. Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein Das Komitee.

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstellen Berlins und der Vororte.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsre am 26. Januar fällige Generalversammlung der Arbeitslosen-Zählung wegen ausfällt. Diefelbe findet am Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, in den 'Kaminhallen' statt.
Wir ersuchen die Mitglieder, sich recht zahlreich an der Arbeitslosen-Zählung am 26. Januar und 2. Februar zu beteiligen. Besonders diejenigen, welche in den Listen eingeschrieben sind, müssen pünktlich zur Stelle sein.
Alle Kameraden, die sich an der Arbeitslosen-Zählung beteiligen, mit Ausnahme derjenigen, die sich dem Vorsitz der Partei direkt zur Verfügung stellen, finden sich in einem der ihnen am nächstgelegenen Lokale, welche von der Gewerkschaftskommission am Donnerstag im 'Borsdort' bekannt gegeben sind, zur festgesetzten Zeit ein.
Nähere Einladung erfolgt nicht mehr.
Am Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Kamin-hallen eine Versammlung sämtlicher Mitglieder der Zahlstellen Berlins und der Vororte statt, mit der Tagesordnung:
Berichterstattung und Beschlußfassung über die Verhandlungen der Achtzehnerkommission.
Wir ersuchen die Kameraden recht rege für diese Versammlung zu agieren.
Der Vorstand. J. A.: G. Knüpfer.

Jahre 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen kameradsch. Zahn-sachen 1 M. Plomben 1,50 M. Zeitzahl wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Str. 9-7.

Berliner Arbeiterhaushalte.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat für das Jahr 1900 eine „Statistik von Haushaltrichtungen in der bemittelten Bevölkerungsklassen“ zusammengestellt...

Im ganzen sind 142 ausgefüllte Fragebogen rechtzeitig an das Statistische Amt zurückgeliefert (darunter allein 48 durch Vermittlung der Berliner Gewerkschaftskommission).

Die Einnahmen, die vielfach durch Mitarbeit von Frauen und Kindern, vereinzelt auch durch Vermieten an Schlafleute usw. ergänzt sind, liegen in keinem Falle unter 1000 M. im Jahre.

Unter den Ausgaben stehen die für Ernährung an erster Stelle. Auf Essen und Trinken im Hause kommen selbst in den kleinsten Haushaltungen, die nur aus zwei Personen bestehen, durchschnittlich 41 Proz. aller Ausgaben.

Unter den Ausgaben stehen die für Ernährung an erster Stelle. Auf Essen und Trinken im Hause kommen selbst in den kleinsten Haushaltungen, die nur aus zwei Personen bestehen, durchschnittlich 41 Proz. aller Ausgaben.

Die 11köpfige Familie, aus den Eltern und 9 Kindern bestehend, hat auf diese Weise fast zwei Drittel ihrer gesamten Jahreseinnahmen aufgegeben. Ein Wohlleben kann sie trotzdem nicht geführt haben; denn die gesamte Jahreseinnahme ist nur 1000 M. (bei einer Jahreseinnahme von 1905 M.).

Was die Zusammensetzung der Nahrung betrifft, so wiesen wir hier aus den detaillierten Angaben nur zwei herausgreifen. In den kleinsten Haushaltungen ist für Fleisch und Wurst fast dreimal so viel ausgegeben worden wie für Brot und Semmel.

In den kleinsten Haushaltungen ist für Fleisch und Wurst fast dreimal so viel ausgegeben worden wie für Brot und Semmel, in den größten dagegen bleiben die Ausgaben für Fleisch usw. sogar noch hinter denen für Brot usw. beträchtlich zurück.

Was die Zusammensetzung der Nahrung betrifft, so wiesen wir hier aus den detaillierten Angaben nur zwei herausgreifen. In den kleinsten Haushaltungen ist für Fleisch und Wurst fast dreimal so viel ausgegeben worden wie für Brot und Semmel.

Die Ausgaben für Ernährung sind die bedeutendsten die für die Wohnung. Der Durchschnitt ihres Anteils an der Gesamtausgabe schwankt zwischen 19 1/2 Proz. in zweiköpfigen Familien und 14 1/2 Proz. in achtköpfigen.

Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche bewegen sich meist um 10 Proz. aller Ausgaben. Gelegentlich finden sich aber doch recht beträchtliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche bewegen sich meist um 10 Proz. aller Ausgaben. Gelegentlich finden sich aber doch recht beträchtliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche bewegen sich meist um 10 Proz. aller Ausgaben. Gelegentlich finden sich aber doch recht beträchtliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche bewegen sich meist um 10 Proz. aller Ausgaben. Gelegentlich finden sich aber doch recht beträchtliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche bewegen sich meist um 10 Proz. aller Ausgaben. Gelegentlich finden sich aber doch recht beträchtliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

Die Ausgaben für Kleidung und Wäsche bewegen sich meist um 10 Proz. aller Ausgaben. Gelegentlich finden sich aber doch recht beträchtliche Abweichungen von diesem Durchschnitt.

an 10 Proz. aller Ausgaben — bei Wohnungen von 1 und 2 Zimmern! Auch hier ist ohne Kenntnis der begleitenden Umstände mit solchen Angaben nichts anzufangen.

Dieses gilt in noch größerem Maße von den Aufwendungen für Vergnügungen, den Ausgaben für Straßenbahn usw., den Beiträgen zu Versicherungen und an Vereine usw. usw.

Der Fall zeigt, daß die Einzelausgaben mancher dieser Rechnungen bei dem gänzlichen Fehlen eines erklärenden und begründenden Kommentars mit großer Vorsicht aufzunehmen sind.

Versammlungen.

Verband aller in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter. Eine kombinierte Mitgliederversammlung der 17 Berliner Filialen des „Verbandes der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten“ fand am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

Der Vorstand des Verbandes hat einen diesbezüglichen Entwurf den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet und erbat sich Rat und Zustimmung der Mitglieder.

nahme: Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Die heute in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende öffentliche Protestversammlung erhebt gegen die unbedachte, mit den Bestimmungen des § 67 der Landgemeindeordnung im Widerspruch stehende Nichterfüllung der in der Erlassung gewählten fünf Gemeindevorsteher entscheidenden Einwirkung und richtet die dringende Aufforderung an den Gemeindevorstand, die Einführung der gewählten fünf Gemeindevorsteher in die Gemeindevertretung unverzüglich zu bewirken.

Vereinskalender.

- Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Zweiter Vorabend: K. Günter, Wilhelmstraße 134. — Erster Sängerkreis: Friedrichstraße 16. — Alte Kameraden im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Körner, Panzerstraße 33. — Freitag, 25. Januar: ...

Wilhelm Stein

Warenhaus.

Berlin N., Chausseestr. 66.

Warenhaus.

Worin liegt die Ersparnis für jede Hausfrau? Im Einkauf!

Wir offerieren:

Mehl.	1-Pfd.	5 Pfd.
Budapester Auszugmehl	0.20	0.95
Kaiser-Auszugmehl	0.17	0.80
Weizenmehl 00	0.14	0.65
Kartoffelmehl	0.18	0.75
Roggenmehl	0.15	0.70
Liebig's selbstthätiges Backmehl	0.33	1.60

Erbsen.	1-Pfd.	5 Pfd.
Kleine	0.14	0.65
Grosse	0.18	0.70
Enthülste	0.20	0.95
Enthülste, halbe	0.15	0.70
Grüne	0.17	0.80

Linsen.	1-Pfd.	5 Pfd.
Grosse	0.25	1.20
Mittel	0.18	0.85
Kleine	0.15	0.70

Bohnen.	1-Pfd.	5 Pfd.
Grosse	0.20	0.95
Kleine	0.15	0.70

Vorzugs-Preise für Kaffee

Sonnabend, Montag und Dienstag.

Dauernde Anerkennung meiner werten Kundschaft beweist, dass es keine

Reklame

ist, wenn ich die Qualitäten meines Kaffees als einzig dastehend bezeichne.

Mischung:	I	II	III	IV	V
Pro Pfund:	1,60	1,40	1,10	0,00	0,80

Gelegenheit zur Prüfung!

Wir verabreichen im Erfrischungsaum von Mischungen III und IV Proben a Tasse 4 Pf.

Kaffee-Surrogate

	1 Pack	5 Pack
Steins Kaisercichorien	0.20	0.95
blauer Dampfmaschinen-Cichorien	0.10	0.45

Zucker.

	Pfund
Feinster gemahlener	0.29 Mk.
Grobkörnige Raffinade	0.32 .
Kristall-Würfel	0.35 .
Feinster	0.33 .
Kleine Brode, 4 bis 10 Pfund, ohne Blau	0.35 .

Graupen.

	1 Pfd.	5 Pfd.
Feine, mittel, grob	0.18	0.85

Reis.

Java	0.23	1.10
Rangoon	0.18	0.85
Bruch	0.15	0.70
Reislocken	0.28	1.35

Gries.

Weizengries, fein, mittel, grob	0.20	0.95
Hartgries (gelber Flammgries)	0.22	1.05
Reisgries	0.20	0.95

Gemüse-Konserven.

Schnitt- u. Brechbohnen per 2 Pfd.-Dose	0.25
Gemüse Schoten " 2 " "	0.33
Kohlrabi m. Herablättern " 2 " "	0.30
Stangenspargel " 2 " "	1.00
Karotten " 2 " "	0.45
Schoten mit Karotten " 2 " "	0.53

Fleischwaren.

Größte Auswahl in feinsten Thüringer, Braunschweiger, Westfälischen u. Pommerschen Wurst- und Fleischwaren zu den billigsten Tagespreisen.

Teigwaren.

Hausmacher Eierudeln	Pfund 0.38
Eiergräuben	0.38
Maccaronischnitt	0.38
Padeudeln	0.38
Maccaroni	0.35

Sparkassen-System.

Wir gewähren bei sämtlichen Einkäufen 4 Proz. Rabatt. Jeder Kunde erhält beim Kaufe von je 25 Pf. einen Sparkassenschein im Werte von 1 Pf.; bei Rückgabe von Sparkassenscheinen im Gesamtwerte von Mk. 1,- wird der Sparbetrag fällig und mit Mk. 1,- bar ausgezahlt. Die Auszahlung der Sparkassenscheine kann jederzeit, auch am Jahresabschluss stattfinden.

Schmöckwitz.

Restaurant „Seddin-See“

empfehlen sein schön gelegenes Lokal zu Dampfpartien, Kubern und Stadtfahren. Großer schöner Garten für 2000 Personen. Zwei große Säle, Regeltaxen, Schiebende, Würfelbude etc. - Stelle die billigsten Dampf- für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt. Freundlich ladet ein. [32792]

Action-Brauerei „Friedrichshain“

(vormals Lipps).

Der Anstoss unsres diesjährigen vorzüglichen

Bock-Bieres

beginnt am

[3330L]

Montag, den 27. d. M.

Telephon Amt VII 4917 und 5343.

Herren-Kragen,

rein leinen, garantiert 4 fach, feinste neue Fasern in allen Weiten so lange der Stoff haltbar. Gefaltene Kragen per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.

Manchetten, prima, garantiert 4 fach, 1/2 Dutzend 2,25 Mark, Oberhemden, Serviteurs, Krawatten in größter Auswahl. Trikotasen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-Preisen. 32400 Ernst Marcuse, Wäuzstr. 23.

Große Betten 12 M.

(Überbet, Unterbet, zwei Betten) mit gereinigtem neuem Federbett bei Guldb. Gulig, Berlin N., Prinzenstr. 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungs-schreiben.

Honig! Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, beste Qual. per 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko Nachh. Versandt. Rüd. E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr. Odenbg.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59. Spezialarzt für 3/18* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Charlottenburg. M. Scherberg [31400] Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel. Obriicker werden schmerzlos geklopfen.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtes. Gebisse

Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Jedes Wort: 5 Pfennig.

Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bismarckstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Edelrestaurant, großes Berlinzimmer, gute Gegend, sichere Ertrags, billig zu verkaufen. Näheres Schanzberg, Charlottenburg, Selenhofstr. 1. 2115b

Rekulturation verkauft Beufelstr. 50, Cigarrenladen. 190*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 2115b

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausfertigung, geringe Teilzahlung. Kurze, Landbergerstr. 13. *

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, sind 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutfabrik, Compotois Kofferstr. 25A, früher Bornimstr. 4 und 6. Sonntag geöffnet. [9852]

Teppiche! (Jelteschäfte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadenstr. 4, Bahnhof Börse. 1117*

Gasöcher! Sparflamme! Zwei-Lochgasöcher 3,00, Drei-Lochgasöcher 5,00. Geschlossene Gasöcher 10,00. Gasöcher mit Bratofen 15,00. Gasplättchen, Gasbügellapparat, billig! Böhmler, Wämler - Theaterstr. am Ufer. 2102b*

Kanarienvogel, edle, Gedauer. Hund, Charlottenburg, Selenhofstr. 11. 144*

Restaurant veräußert. Rixdorf, Bergstr. 62. 1133*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontaturen, Regulatoren spottbillig. Verkauft Reanberstr. 6. Teilzahlungen gestattet. [6/7]

Räumungshalber verkaufe zu Spottpreisen: Kücheneinrichtungen, Kleiderschränke, Vertikons, Schlafsofas 42, Trumeaus, Tafelsofas 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze, Paneelsofas 80, Gobelins, Garnituren 100. Völliggarantur 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. R. Kolenfranz, Schönhauser Allee 171. [9832]

Gelegenheit! In meinem großen Möbelgeschäft mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Stuhlbestände mit Federmatratze 52, Tafelsofas 55, Hufeibetten 18, Schlafsofas 40, Gobelins, Garnituren 100. Komplette Zimmer-einrichtungen in jeder Preislage. R. Kolenfranz, Möbelgeschäft, Selenhofstr. 6. 9842*

Teppiche mit Gardinebänken, Hufeibetten, große Frankfurterstr. 9, parterre. 197*

Pianino, Schwedisch, wenig gebraucht, sofort billig veräußert. Ritterstr. 120, I beim Wirt. 5/20*

Brennholz vom Abbruch sowie sämtliche Baumaterialien, Charlottenburg, Bismarckstr. 89, Platz. 596

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197*

Cigarrengeschäft mit Wohnung, gutgehend, andere Unternehmungen wegen zu verkaufen. Uebowstr. 14. 144*

Nähmaschinen, preiswerte Bergungsanleihe, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Landbergerstr. 82, Köpferstr. 60/61. 188*

Vert. prachtvolles, 17,00. Michel, Köpferstr. 26. 64b

Kanarienvogel, Gedauer, ver-kauft Brandt, Holzmarktstr. 9. 655

Verkaufe sofort mein Kolonialwaren-Geschäft gegen Barzahlung. Julius Heine, Köpferstr. 2. 655

Vertico, Bettstellen mit Matrassen und Betten, Ruchschleiderpind 25,-, Kommode, Spiegelständer, Spiegel, Ausziehtisch, Speisetisch 8,-, Säulen-trumeau, Ruchbaumstühle, Schreibtisch, Tafelsofa, Regulator, Kücheneinrichtung auch einzeln, sofort für'n Spottpreis veräußert, Waldemarstr. 27 vorn I. 6/12

Haarefärben, unübertroffen, Probe-schalen 50 Pfennig. Winterfeldt, Gausstr. 121. 696

Kingschiff-Nähmaschine, umhän-delbar 36,-, Garantie, Koch, Rixdorf, Bremerstr. 57. 71b

Chamboroni, 60 Quadratmeter im genehmigten Bebauungsplan, sehr gesunde Lage, verkauft Hausverwaltung Brunnenstr. 151. 776*

Kolle, Robeneinrichtung, billig veräußert Prinz Handbergstr. 14, Rixdorf. 776*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Ein-gabengehälte, Patentierung. Andreasstr. 82, Vorderstr. 118*

Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen Puffer, Steglitzerstr. 55. 426*

Rechtsbureau „Westen“, Post-dammerstr. 26b, bestempelt. Schriftsätze! 246*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik, Gausstr. 1a. 9992*

Wassengarderobe! Betten, Damen, große Auswahl, sonstige Anzüge billig bei Müller, Weinbergstr. 62. 1139*

Waffen - Verkauf, Institut Herbrandt, Berlin W., Dennewitzstr. 1, vorn parterre. 2150b

Runkelkaffee von Frau Kofasta, Steinwegstr. 48, Quergebäude hochparterre. 765*

Bivision! Wer sich über diese raschloste Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bivision, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztlichen Verein Berlin, Röntgenstr. 108. Dasselbe können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Bivision bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Die Beleidigung, die ich dem Herrn Sauer in Dröge's Lokale zugefügt habe, nehme ich renovell zurück. Vohrens, Groß-Viktoriastr. 72b

Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. 780*

Stroffachen, Berufungen, Waden-gehülte, Unfallsachen, Schankfäden, Beträge, Klagen, Zahlungsbefehle, Verteilung billigt. Rechtsbureau Paulsen, Selenhofstr. 141. 156*

Jeden Bothen Klumpen, Reißing, Hint, Zinn, kauft zu höchsten Preisen Brauns, Blumenstr. 67. 197

Mittel Gold, Silber kauft Brunnenstr. 137, Uhrmacherladen. 785*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer an 1 oder 2 Herren, federat. Dignitzerstr. 17, vorn III, Müller. 765

Schlafstellen.

Kleines Zimmer ist als möbliertes Schlafstelle zu vermieten Oranienstr. 186, Hof II rechts. 120

Eine möblierte Schlafstelle vorn 1 Trepp, 12 Mark. Schliebermann, Rantenschiffstr. 82, I. 745

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volksänger-Gesellschaft Levan-dorfs, Sidingenstr. 4. 180*

Blinder Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geklopfen, werden abgeholt und unentgeltlich zurück-geliefert. Adresse: Pulaskistr. 27, H. Wäler.

Stellenangebote.

Dirigent gesucht von altem Gesangsverein Rixdorf, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, zu Dienstag, Abends 8 Uhr, in der Expedition dieser Zeitung. Salzwedderstr. 16. 180

Junge Burken für Grundriever verlangt, Ray Deonhard, Schleißerstr. 31. 75b

Rebenverdienst leicht, für Männer und Hausfrauen weiß sofort nach unter D. 2 Expedition dieser Zeitung. Aufwartefrau verlangt vormittags Weiler, Fischerstr. 21. 67b

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 20 Pf. pro Seite

Cigarettenarbeiter oder Arbeiterin. Einige Cigarettenarbeiter, oder Arbeiterinnen, welche mit und ohne Rundhüt arbeiten können, finden feste Beschäftigung in Rokenhagen. Reisekosten werden vergütet. Schriftliche Anträge werden erbeten an J. G. J. Lichtinger, Rokenhagen.